

Konzernabschluss und Konzernlagebericht 2012

Inhaltsverzeichnis

KONZERNLAGEBERICHT	5
GRUNDLAGEN	5
Geschäftsmodell	5
Weiterentwicklung des Geschäftsmodells	5
Steuerungssysteme der Bank	6
WIRTSCHAFTSBERICHT	7
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	7
Geschäftsverlauf 2012	12
Allgemeiner Geschäftsverlauf	12
Entwicklung in den Segmenten	15
Lage des Konzerns	21
Ertragslage	21
Vermögenslage	23
Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität	25
NACHTRAGSBERICHT	26
PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT	27
Prognose- und Chancenbericht	27
Risikobericht	36
 KONZERNABSCHLUSS	 77
KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	77
KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG	78
KONZERN-BILANZ	79
KONZERN-EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	80
KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG	82
KONZERN-ANHANG	84
(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses	84
(2) Angewandte Rechnungslegungsvorschriften	85
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	91
(3) Konsolidierungsgrundsätze	91
(4) Konsolidierungskreis	91
(5) Finanzinstrumente	92
(6) Finanzgarantien	97
(7) Strukturierte Finanzinstrumente	97
(8) Echte Pensionsgeschäfte	98
(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen	98
(10) Währungsumrechnung	99
(11) Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	99
(12) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	99
(13) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verpflichtungen	102
(14) Finanzanlagen	102

(15) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	103
(16) Immaterielle Vermögenswerte	104
(17) Sachanlagen	105
(18) Ertragsteuern	105
(19) Sonstige Aktiva	106
(20) Verbindlichkeiten	106
(21) Rückstellungen für Pensionen	107
(22) Andere Rückstellungen	107
(23) Sonstige Passiva	108
(24) Eventualschulden	108
(25) Anpassungen unter Anwendung von IAS 8	108
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	110
(26) Zinsüberschuss	110
(27) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	111
(28) Provisionsüberschuss	111
(29) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	111
(30) Ergebnis aus Finanzanlagen	112
(31) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen	113
(32) Verwaltungsaufwand	113
(33) Sonstiges betriebliches Ergebnis	114
(34) Ertragsteuern	114
Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	116
(35) Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	116
(36) Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	116
(37) Steuereffekte der Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses	116
Segmentberichterstattung	117
(38) Erläuterung und Methodik zur Segmentberichterstattung	117
(39) Entwicklung der Segmentergebnisse	119
Erläuterungen zur Bilanz	122
(40) Barreserve	122
(41) Forderungen an Kreditinstitute	122
(42) Forderungen an Kunden	122
(43) Wertberichtigungen auf Forderungen	123
(44) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	124
(45) Finanzanlagen	124
(46) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	125
(47) Immaterielle Vermögenswerte	126
(48) Sachanlagen	127
(49) Ertragsteueransprüche	127
(50) Sonstige Aktiva	128
(51) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	129
(52) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	129

(53) Verbriefte Verbindlichkeiten	130
(54) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	130
(55) Rückstellungen	131
(56) Ertragsteuerverpflichtungen	133
(57) Sonstige Passiva	134
(58) Eigenkapital	134
Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten	136
(59) Wertpapierpensionsgeschäfte	136
(60) Sicherungsleistungen	136
(61) Nachrangige Vermögenswerte	137
(62) Derivative Geschäfte	138
(63) Zeit- und Buchwerte nach Klassen und Bewertungskategorien	138
(64) Ergebnis nach Bewertungskategorien	141
(65) Bewertungsverfahren bei zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	143
(66) Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Kredite und Forderungen und finanzielle Verbindlichkeiten	144
Sonstige Angaben	146
(67) Eigenkapitalmanagement	146
(68) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital	146
(69) Finanzgarantien und andere Verpflichtungen	148
(70) Treuhandgeschäfte	148
(71) Angaben zu Leasingverhältnissen	149
(72) Sonstige Haftungsverhältnisse	149
(73) Anteilsbesitzliste	151
(74) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	152
(75) Bezüge und leistungsorientierte Pensionszusagen der Organe	156
(76) Geschäftsvorfälle mit Organen	156
(77) Corporate Governance	157
(78) Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates der IBB	158
(79) Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer	158
(80) Abschlussprüferhonorare	159
(81) Übrige sonstige Angaben	159
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	160
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	162
Impressum	163

Grundlagen

Geschäftsmodell

Als Förderbank des Landes konzentriert sich die Investitionsbank Berlin (IBB) auf die Finanzierung und Beratung von Gründern und Unternehmen in Berlin sowie die Förderung und Finanzierung von Wohnimmobilien. Daneben leistet die Investitionsbank Berlin über die IBB Business Team GmbH und weitere Beteiligungen, wie die Berlin Partner GmbH, die Berlin Tourismus & Kongress GmbH, die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH und die ipal Gesellschaft für Patentverwertung mbH, sowie durch die Unterstützung der Technologiestiftung Berlin erhebliche Beiträge zur nicht monetären Wirtschafts- und Technologieförderung in Berlin. Die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH und die von ihr gemanagten VC Fonds für Technologie und Kreativwirtschaft sind Tochterunternehmen der IBB und beteiligen sich erfolgreich an entsprechenden Berliner Wachstumsunternehmen.

In der Wirtschaftsförderung unterstützt die IBB Unternehmensgründungen und mittelständische Unternehmen (KMU) über Darlehen, Beteiligungen und Zuschüsse sowie Beratungsleistungen. Zukunftsfähige Unternehmen in den Berlin-Brandenburger Clustern (Gesundheitswirtschaft, Energietechnik, Verkehr/Mobilität/Logistik, Optik sowie IKT/Medien und Kreativwirtschaft) genießen hierbei eine besondere Aufmerksamkeit.

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung leistet die Investitionsbank Berlin über ihre Finanzierungsangebote Beiträge zur nachhaltigen energetischen Sanierung und Modernisierung als auch zur altersgerechten und barrierearmen Anpassung des Wohnungsbestandes. Außerdem kommt sie ihrem förderpolitischen Auftrag mittelbar durch die Vergabe von Global- und Konsortialdarlehen über Geschäftsbanken nach und bietet Lösungen bei Fragen des Förderaltbestandes. Sie ist direkter Ansprechpartner für alle Förder- und Finanzierungsfragen. Dies gilt für einzelne Objekte ebenso wie für das gesamte Finanzierungsportfolio eines Unternehmens.

Weiterentwicklung des Geschäftsmodells

Seit 2010 werden zahlreiche Umsetzungsmaßnahmen mit den übergeordneten Zielen „Förderauftrag optimal erfüllen“, „Komplexität reduzieren“, „Ressourcen optimal einsetzen“ sowie „Kundenzufriedenheit erhöhen“ bankweit durchgeführt. Diese Maßnahmen sind in eine bis 2015 ff. angelegte strategische Planung eingebettet. Im Rahmen regelmäßiger Reviews wird sichergestellt, dass die Umsetzung der geplanten Maßnahmen wie geplant erfolgt bzw. frühzeitig in geeigneter Weise gegengesteuert wird. In 2012 ergab eine Überprüfung, dass der überwiegende Teil der Optimierungen bis 2015 planmäßig umgesetzt werden kann. In 2013

werden eine Reihe von weiteren Optimierungsinitiativen in verschiedenen Bereichen der Bank durchgeführt.

Steuerungssysteme der Bank

Die Steuerungssysteme der IBB betreffen betriebswirtschaftliche, handelsrechtliche und aufsichtsrechtliche Aspekte. Darunter fallen insbesondere die Festlegung der strategischen Ausrichtung der Geschäfts- und Risikostrategie, die operative Planung, die Fragen der Eigenkapitalausstattung und Fristentransformation, die Entscheidung über einzusetzende Steuerungsinstrumente sowie die Kernsteuerungsfunktionen Rechnungswesen, das Ergebnis- und Risikocontrolling und das Meldewesen.

Als erfolgsorientierte Steuerungsgrößen bzw. Leistungsindikatoren der IBB dienen dabei insbesondere:

- das wirtschaftliche Ergebnis und
- die Cost-Income-Ratio/Förder-Cost-Income-Ratio.

Das wirtschaftliche Ergebnis ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich des Berlin-Beitrages (im Vorjahr: Förderleistung) der IBB. Im Berlin-Beitrag werden die für die IBB wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt.

Die Cost-Income-Ratio ergibt sich als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Bruttoertrag, wobei der Bruttoertrag definiert ist als die Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis abzüglich des Berlin-Beitrages der IBB. Sofern der Berlin-Beitrag im Bruttoertrag nicht abgezogen wird, ergibt sich daraus die Förder-Cost-Income-Ratio.

Die Geschäftssteuerung der Bank erfolgte im zurückliegenden Jahr im Rahmen der in der Geschäftsstrategie verankerten Strategien für die Geschäftsfelder Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Treasury. Dabei wird die Konkretisierung auf Basis der aktuell gültigen Mittelfristplanung der Bank vorgenommen. Die Funktionalstrategien, insbesondere die Risikostrategie, werden aus der Geschäftsstrategie abgeleitet. Die Steuerung erfolgt primär auf Ebene der Geschäftsfelder. Die Risikosteuerung wird detailliert im Risikobericht beschrieben.

Die strategischen Vorgaben und Ziele werden jährlich bzw. anlassbezogen überprüft und ggf. angepasst.

Die Operationalisierung der Ziele erfolgt auf Gesamtbankebene jährlich im Rahmen der operativen Planung mit einem Planungshorizont von einem Jahr und in jedem zweiten Jahr auf strategischer Ebene mit einem Planungshorizont von fünf Jahren im Rahmen der Mittelfristplanung. Diese basiert ebenfalls auf den Rechnungslegungsvorschriften des HGB.

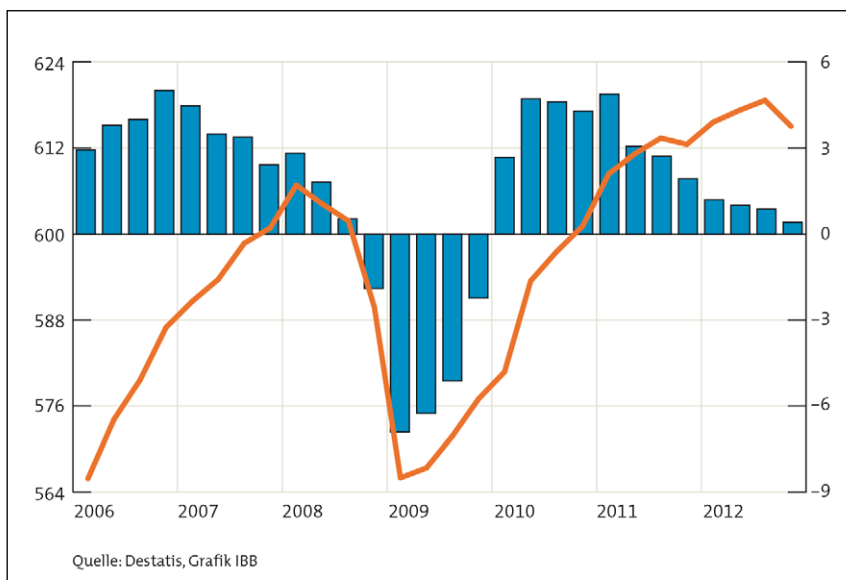
Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Wirtschaftsverlauf in Deutschland hat sich trotz der seit 2011 anhaltenden globalen Konjunkturschwäche und der Krise im Euro-Raum zunächst als robust erwiesen. Gleichwohl wurden im weiteren Jahresverlauf die Krisenfolgen vor allem im Auftragsgeschehen zunehmend sichtbar, so dass konjunkturelle Dämpfer durch eine rückläufige Investitionstätigkeit nicht ausblieben.

BIP-Entwicklung in Deutschland

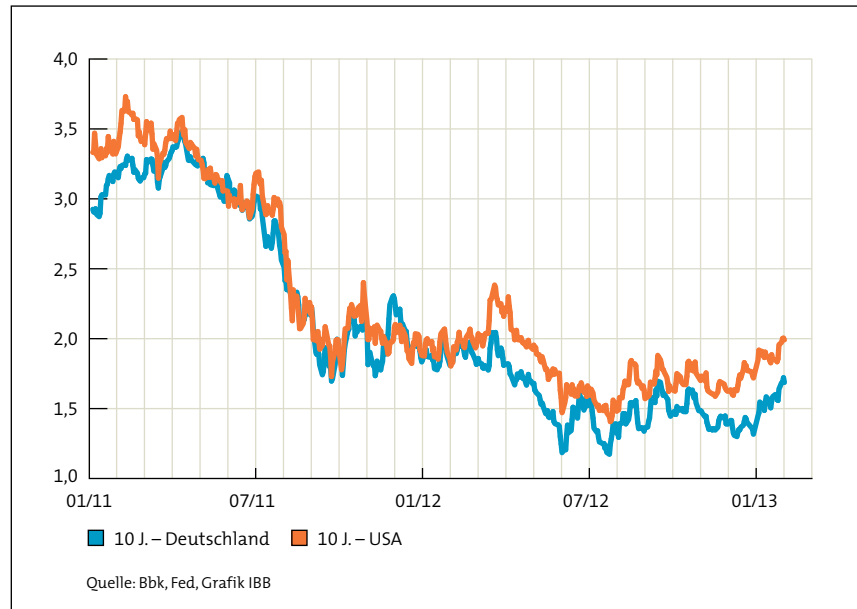
Mrd. EUR, in Preisen von 2005, Wachstumsraten ggü. Vorjahr in % (rechte Skala)



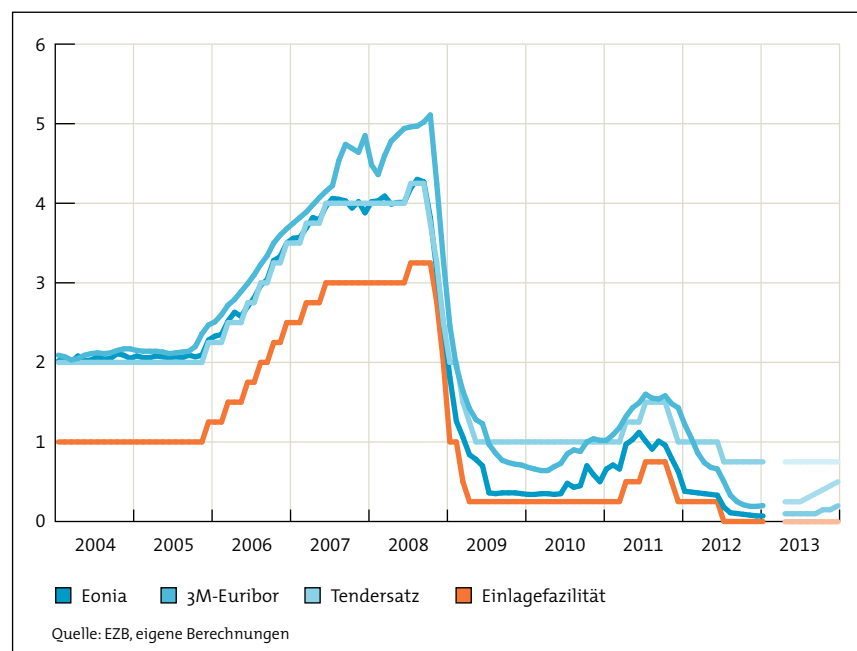
Die Euro-Krise hatte sich im Verlauf des Jahres 2012 zunächst weiter verschärft. Nachdem die großvolumigen Langfristoperationen der Europäischen Zentralbank (EZB) die Kapitalmärkte nur kurzzeitig beruhigen konnten und die europäische Finanzpolitik im ersten Halbjahr vertrauensfördernde Impulse vermissen ließ, sah sich die EZB im Sommer 2012 schließlich veranlasst, ihre Bereitschaft zu Anleihekäufen zu erklären. Auch ohne tatsächlichen Vollzug der Anleihekäufe sorgte die grundsätzliche Bereitschaft der EZB zunächst für eine Rückbildung der Risikoaufschläge.

Bundesanleihen waren aber weiterhin durch außerordentlich niedrige Renditen gekennzeichnet, denn der stabilisierende Einfluss möglicher EZB-Eingriffe wurde auch als Vorsorge gegen deutsche Haftungsrisiken im Zuge der Euro-Rettungsmaßnahmen verstanden.

Kapitalmarkttrenditen USA/Deutschland



Geldmarktzinsen Euroland



In diesem durch Verunsicherung gekennzeichneten Marktumfeld hielt die unterschiedliche Entwicklung der europäischen Finanzinstitute weiter an. Während schwächere Marktteilnehmer vorrangig auf die Liquiditätszuteilungen der EZB angewiesen blieben, beließen stärkere Finanzinstitute Mittelzuflüsse vorwiegend ohne jede Verzinsung im Euro-System. Die geforderte Stärkung der Eigenkapitalausstattung wurde zu wesentlichen Teilen über den Abbau risikogewichteter Aktiva umgesetzt.

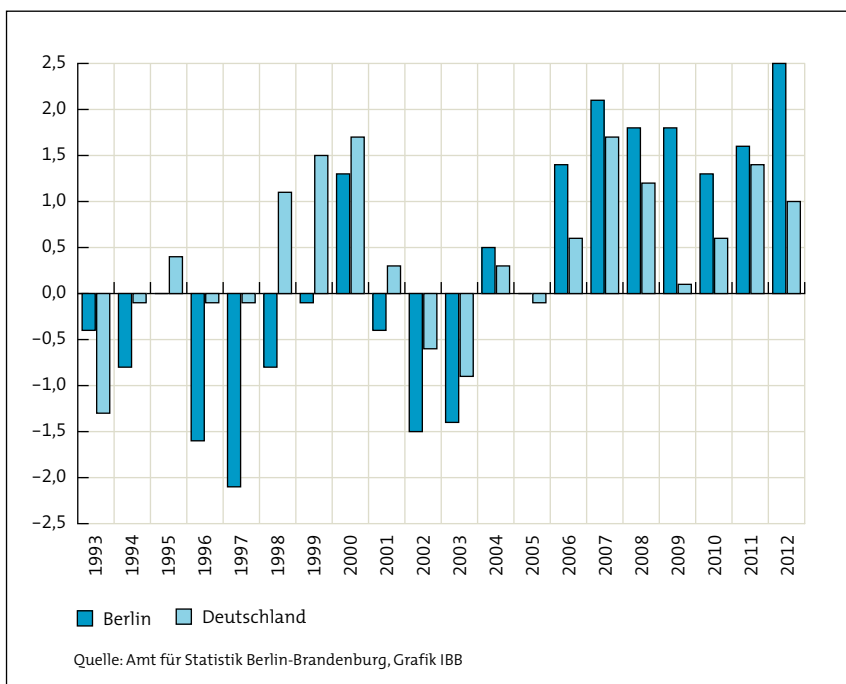
Der Wirtschaftsstandort Berlin ist 2012 relativ unbeschadet durch die Euro-Krise gekommen. Denn grundsätzlich ist die Wirtschaft der deutschen Hauptstadt weniger von den krisenanfälligen Industriebranchen abhängig als die Wirtschaftsstandorte in den südlichen Bundesländern. Die Berliner Konjunktur entwickelt sich im aktuellen Umfeld daher stabiler als im Bundesdurchschnitt.

Die schwierige Absatzlage in den rezessionsgeplagten südeuropäischen Ländern wie Spanien und Italien konnte in Berlin zumindest teilweise durch Exporterfolge in die USA und in die Schwellenländer kompensiert werden. Getrübt wurde die Konjunktur lediglich von der rückläufigen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe. Insbesondere die Aufträge aus dem Inland sind hier stark zurückgegangen. Dabei ging die Schwäche vor allem von den Investitionsgüterproduzenten im Bereich Maschinenbau und Elektrische Ausrüstungen aus. Demgegenüber profitierten die eher auf private Verbraucher orientierten Unternehmen – vor allem die Hersteller langlebiger Konsumgüter – von der bis zuletzt wachsenden Erwerbstätigkeit in der Hauptstadt, den Lohnzuwächsen und den Tourismusrekorden.

Die Touristen waren auch 2012 eine starke Stütze der Berliner Konjunktur. Hier hielt der außerordentlich positive Trend nach wie vor an. Beim Berliner Einzelhandel und im Gastgewerbe sorgte dies für deutlich steigende Umsätze.

Erwerbstätige in Berlin und Deutschland

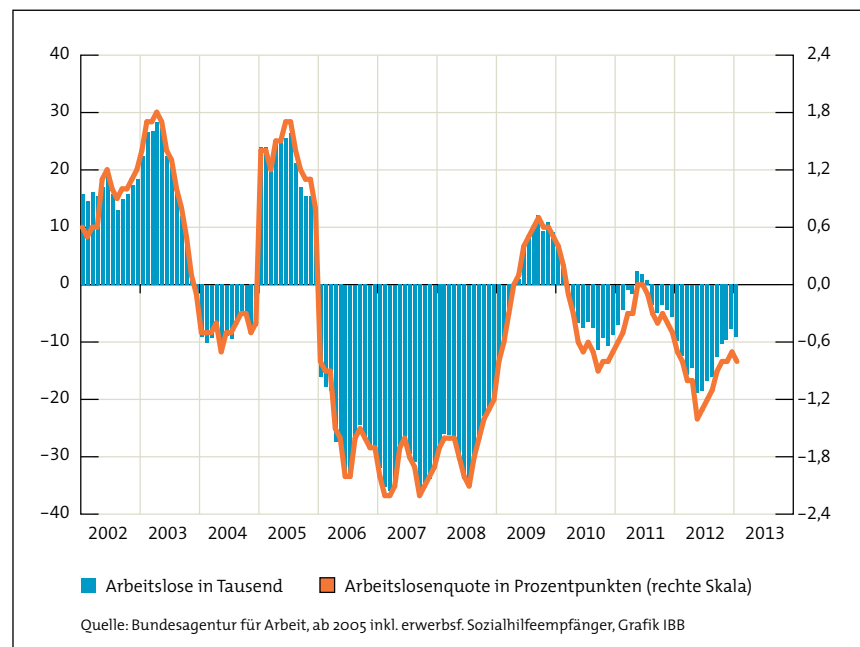
Veränderung zum Vorjahr in %



Die Zahl der Beschäftigten nimmt in Berlin im Bundesländervergleich bereits seit längerer Zeit überdurchschnittlich zu. Allerdings steigt die Beschäftigung in Berlin insbesondere durch Zuwanderungen und Pendler aus dem Umland, so dass die Arbeitslosenquote nicht im gleichen Maße sinkt. Gleichwohl standen den Erwerbslosen im Jahresdurchschnitt rund 18.000 gemeldete offene Stellen gegenüber. Dabei erwiesen sich vor allem die Dienstleistungsbranchen als Jobmotor, insbesondere im Gastgewerbe, im Handel, in der Information und Kommunikation, im Bereich Erbringung von freiberuflichen und wissenschaftlichen Dienstleistungen sowie in der Abfallentsorgung ist die Nachfrage nach Arbeitskräften groß.

Veränderung der Arbeitslosigkeit in Berlin

ggü. Vorjahresmonat



Trotz dieser dynamischen Entwicklung ist der Sockel an Arbeitslosigkeit in Berlin nach wie vor hoch. Im Bundesländervergleich lag Berlin auch 2012 mit einer Arbeitslosenquote von im Schnitt über 11% immer noch auf dem letzten Platz. In den südlichen Bundesländern sieht es dagegen deutlich besser aus. An der Spitze stehen Bayern und Baden-Württemberg mit Arbeitslosenquoten von unter 4%.

Dennoch befindet sich Berlin in einer Position der Stärke. Die verschärfte Wirtschaftskrise in Europa trifft auf eine wettbewerbsfähige Industrie. Diese hatte den Einbruch 2008/2009 bereits im Jahr 2010 wieder aufgeholt. Neustrukturierungen der Produktionsprozesse, die günstige Entwicklung bei den realen Lohnstückkosten und qualitativ hochwertige Produkte haben dazu beigetragen, die internationale Wettbewerbsposition der Berliner Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in den letzten Jahren zu stärken. So lag der Anteil des Auslandsumsatzes im Durch-

schnitt des vergangenen Jahres über Bundesniveau. Dennoch kann sich die Berliner Industrie von der ausgeprägten Schwäche der wichtigen europäischen Absatzmärkte nicht gänzlich abkoppeln. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Wertschöpfungsanteil der Berliner Industrie mit rund 11% sehr gering ist. Die deutsche Hauptstadt ist von einer stark dienstleistungsorientierten Wirtschaft geprägt. So sind denn auch diese Wirtschaftszweige die wesentliche Stütze der Berliner Konjunktur.

Die relativ robuste Entwicklung im Bereich Unternehmensdienstleistungen, die steigenden Löhne und vor allem der durch die stark expandierenden Touristenströme wachsende Konsum wirken stabilisierend.

Berlin ist Gründerhauptstadt und erzielt im Vergleich der Bundesländer bei den Gründungen pro Einwohner den höchsten Wert. In den letzten Jahren hat sich die deutsche Hauptstadt auch immer mehr zum Gründungszentrum der Internetwelt entwickelt. Die Gründe liegen auf der Hand: Berlin bietet viel und ist günstig: gut ausgebildetes Personal, viele Nationalitäten – die Lebenshaltungskosten sind vergleichsweise niedrig, ebenso wie die Lohnstruktur. Zahlreiche Gründungen gibt es auch in den Zukunftsbereichen Medien, Kreativwirtschaft, Gesundheit, Energie, Verkehr, und Optik.

Alles in allem entstanden im Saldo aus Neuerrichtungen und Stilllegungen überdurchschnittlich viele Betriebe in einem der fünf länderübergreifenden Cluster. Die gemeinsame Innovationsstrategie für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg innoBB umfasst dabei die folgenden Cluster:

- ↳ Gesundheitswirtschaft,
- ↳ Energietechnik,
- ↳ Verkehr, Mobilität und Logistik,
- ↳ IKT, Medien und Kreativwirtschaft sowie
- ↳ Optik (einschl. Mikrosystemtechnik).

Vor allem im Bereich „Information und Kommunikation“ wurden im vergangenen Jahr nach Abzug der Abmeldungen deutlich mehr Unternehmen registriert – hier vor allem im Bereich „Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie“. Aber es gibt auch nach wie vor Gründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus, häufig in den Bereichen Gastgewerbe, Handel und Baugewerbe.

Auch von der in Berlin nach wie vor starken Baukonjunktur – nicht zuletzt durch das im Zuge der Finanzkrise wachsende Interesse an Sachwerten – gehen Impulse für die hiesige Wirtschaft aus. So zogen insbesondere im Wohnungsbau – aber nicht nur dort – die Auftragseingänge im Jahresverlauf 2012 weiter an und liegen nach wie vor auf dem höchsten Wert seit 2002.

Geschäftsverlauf 2012

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Der Konzernabschluss nach IFRS wird wesentlich beeinflusst durch den Einzelabschluss der IBB, insbesondere durch das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen. Das wirtschaftliche Ergebnis des Konzerns erhöhte sich durch eine deutlich geringere Risikovorsorge/Bewertungen um 92,8 Mio. EUR auf 50,4 Mio. EUR (Vorjahr -42,4 Mio. EUR).

Der Zinsüberschuss ist nach wie vor wichtigster Ergebnisbestandteil im Konzern. Der Rückgang des Zinsergebnisses im Vergleich zum Vorjahr fiel dabei aufgrund der weiterhin günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank sowie der für die Bank günstigen Zinsstrukturkurve geringer aus als erwartet.

Außerdem musste in 2012 in erheblich geringerem Maße Risikovorsorge insbesondere im Zusammenhang mit der europäischen Schulden- und Finanzkrise gebildet werden. Dies führte im Vergleich zum Vorjahr zu einem erheblich geringeren Bewertungsbedarf von -45,7 Mio. EUR (Vorjahr -182,2 Mio. EUR).

Dem Land stellte die IBB auch in diesem Jahr vorab einen Berlin-Beitrag der IBB (im Vorjahr: Förderleistung) zur Unterstützung der Förderpolitik zur Verfügung. Dieser lag mit 28,6 Mio. EUR bei knapp 60 % des wirtschaftlichen Ergebnisses.

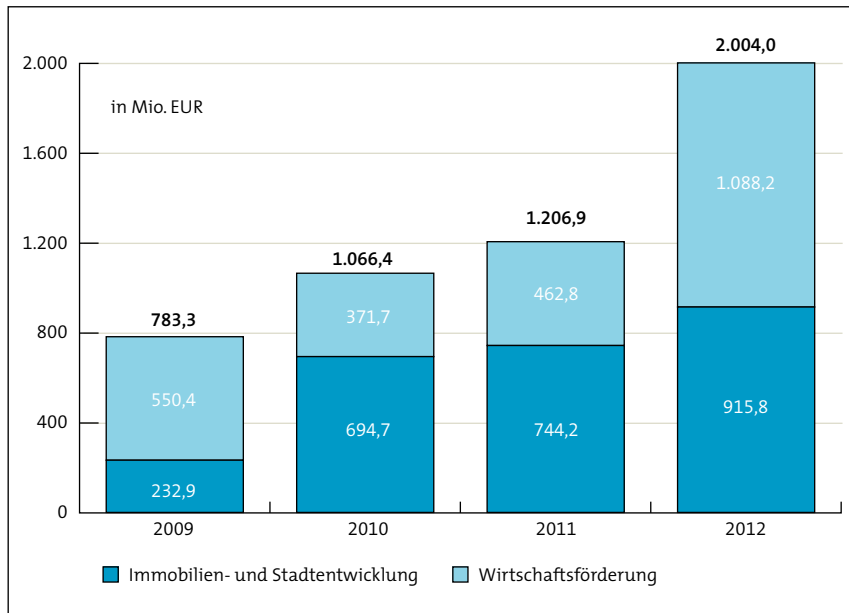
Dabei umfasst der Berlin-Beitrag Aktivitäten der Bank auf Veranlassung des Landes Berlin, die nach Berücksichtigung sämtlicher für die Durchführung anfallender Kosten sowie sämtlicher dabei erwirtschafteter Erträge für die IBB defizitär sind.

Der Konzern kann somit auch in 2012 von einem sehr erfolgreichen Jahr berichten. Die IBB Gruppe verfügt neben der guten Ertragslage auch über eine stabile Vermögens- und Finanzlage.

Fördervolumen für das Neugeschäft in der Wirtschafts- und Immobilienförderung steigt erstmals auf über 2,0 Mrd. EUR

Im Geschäftsjahr 2012 hat die IBB trotz der noch nicht bewältigten Finanz- und Schuldenkrise einen bedeutsamen Beitrag zur Sicherung der Finanzierung Berliner Unternehmen geleistet. Das Neugeschäftsvolumen in der Wirtschafts- und Immobilienförderung stieg im Vorjahresvergleich um 66,0 % erstmals auf über 2,0 Mrd. EUR. Damit konnte der Planwert um mehr als 100 % überschritten werden.

Entwicklung des Neugeschäftsvolumen für Darlehen, Avale und Zuschüsse



Finanzierung der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe im Programm Berlin Infra prägt das Rekordergebnis in der Wirtschaftsförderung

Im Geschäftsjahr 2012 hat sich der Bereich Wirtschaftsförderung als kompetenter Finanzdienstleister für das Land Berlin präsentiert. Im Auftrag des Senats hat die Investitionsbank Berlin im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe mit einem Finanzierungsrahmen von 700,0 Mio. EUR begleitet.

Doch auch der Berliner Mittelstand konnte intensiv gefördert werden, was sich an einer deutlichen Volumensteigerung im IBB-Wachstumsprogramm zeigt.

Die Produktpalette wurde in 2012 weiter nachfrageorientiert angepasst. Für das Programm „Berlin Start“ wurde eine Erhöhung der Darlehenshöchstgrenze von 100 TEUR auf 250 TEUR und des Unternehmensalters von 3 auf 5 Jahre vereinbart, wodurch Gründer mehr Spielraum für ihre Finanzierungen erhalten. Das Programm „Pro FIT“ wurde um ein neues Pro FIT-Modul Frühphasenfinanzierung erweitert. Das noch junge Programm „Berlin Kredit Innovativ“, welches sich speziell an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) richtet, konnte im Berichtsjahr zunächst bis Ende 2013 verlängert werden.

Insgesamt wurden den Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung Mittel in Form von Darlehen, Avalen und Zuschüssen in Höhe von 1.088,2 Mio. EUR (Vorjahr 462,8 Mio. EUR) bewilligt.

Positive Entwicklung des Finanzierungsvolumens im Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung

Auch im Geschäftsjahr 2012 erwies sich die Investitionsbank Berlin durch ihre stabile Kredit- und Liquiditätsversorgung als gefragter Förderpartner der Berliner Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Mit einem Finanzierungsvolumen von insgesamt 908,9 Mio. EUR (ohne Sondergeschäfte und Zuschüsse) konnte der Bereich Immobilien- und Stadtentwicklung ein sehr gutes Ergebnis erzielen. Dies geht einher mit einer im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Stückzahl von Geschäftsabschlüssen.

Als Förderbank unterstützt die Investitionsbank Berlin u. a. Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Im Programm IBB Energetische Gebäudesanierung wurden für derartige Investitionsvorhaben zinsgünstige Darlehen in Höhe von 92,5 Mio. EUR zugesagt. Weitere Schwerpunkte setzte die IBB durch die Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken und die Förderung von kommunalen Wohnungsunternehmen sowie durch eine aktive und zielgerichtete Betreuung der Bestandskunden.

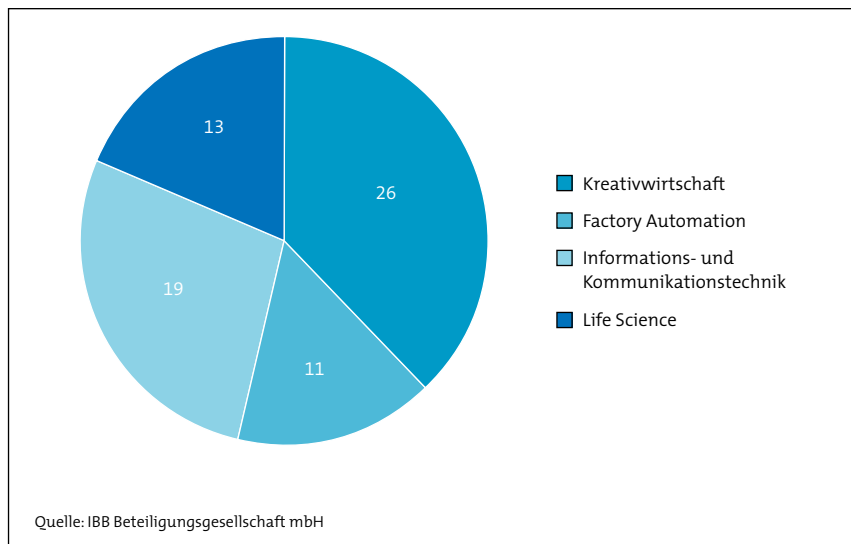
Im Geschäftsjahr 2012 konnte das Produkt „IBB Wohnraum Modernisieren“ als Ersatzprodukt für das weggefallene „KfW-Modernisierungsprogramm“ ebenso erfolgreich wie das Programm „IBB WEG-Finanzierung“ eingeführt werden. Zudem erweiterte die IBB ihre Produktpalette um die Durchleitung der KfW-Programme „KfW-Wohneigentumsprogramm“ und „KfW-Energieeffizient Bauen“ für die Eigenheimkunden.

Venture Capital auch 2012 auf Rekordniveau

Die durch die IBB Beteiligungsgesellschaft gemanagten VC Fonds Technologie Berlin und VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin haben in 2012 Finanzierungen mit einem Volumen von über 12 Mio. EUR abgeschlossen. Die VC Fonds beteiligen sich grundsätzlich gemeinsam mit privaten Investoren. So erhielten insgesamt 36 Unternehmen über 63 Mio. EUR Risikokapital.

Mit insgesamt 47 Finanzierungsrunden wurde das Rekordniveau des Vorjahres um 20% übertroffen. Neben 13 neuen Beteiligungen (Vorjahr 16) erfolgten 34 Folgefinanzierungen (Vorjahr 23). Die IBB Beteiligungsgesellschaft gehörte damit auch im Jahr 2012 zu den aktivsten deutschen Venture-Capital-Investoren. Das Beteiligungsportfolio ist von 62 auf 69 Unternehmen gewachsen (+11%).

Der größte Anteil der 69 Portfoliounternehmen ist im Bereich Kreativwirtschaft tätig – in diesem Bereich konnte in 2012 auch der größte Zuwachs realisiert werden.

Beteiligungsportfolio, Anzahl nach Wirtschaftsbereichen

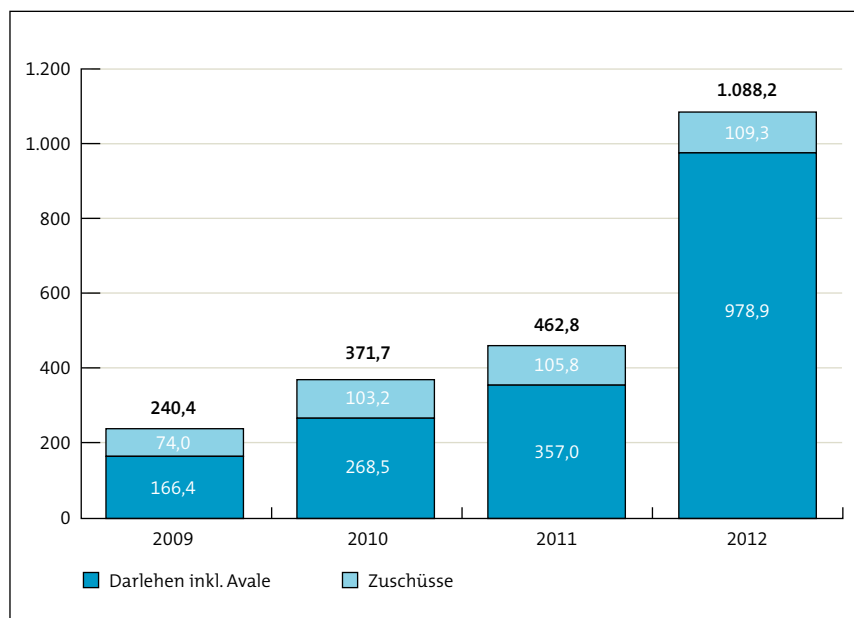
2012 konnten aufgrund spürbarer Zurückhaltung auf Käuferseite keine nennenswerten Exiterlöse erzielt werden. Dennoch ist es der IBB Beteiligungsgesellschaft gelungen, bereits im 8. Jahr in Folge ein positives Jahresergebnis zu erzielen. Die von der IBB Beteiligungsgesellschaft gemanagten VC Fonds Technologie und Kreativwirtschaft befinden sich noch in der Investitionsphase.

Entwicklung in den Segmenten**Wirtschaftsförderung**

Das Geschäftsjahr 2012 gestaltete sich aus Sicht der Wirtschaftsförderung sehr erfreulich. Der Gesamtbestand an Darlehen und Avalen stieg von 1,3 Mrd. EUR um 0,8 Mrd. EUR. Damit kann in der Wirtschaftsförderung erstmals ein Bestand von mehr als 2,0 Mrd. EUR ausgewiesen werden. Einen großen Anteil daran hat die Begleitung des Rückerwerbes der Berliner Wasserbetriebe durch das Land Berlin in einem Finanzierungsrahmen in Höhe von 700,0 Mio. EUR im IV. Quartal 2012.

Das Neugeschäft zeigt in den vergangenen vier Jahren einen kontinuierlichen Aufwärtstrend. Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Finanzierungszusagen mehr als verdoppelt werden. Das Neugeschäftsvolumen in 2012 überschreitet den Planwert deutlich und stieg von 462,8 Mio. EUR um 135,1% auf 1.088,2 Mio. EUR.

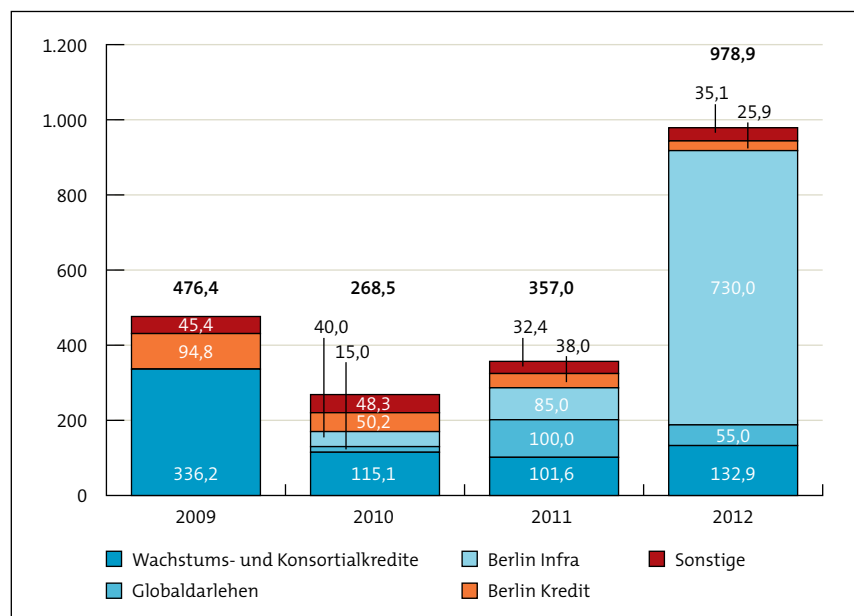
Neugeschäftsentwicklung Wirtschaftsförderung in Mio. EUR



Die Neugeschäftsentwicklung ist maßgeblich durch das Programm „Berlin Infra“ geprägt, das die Begleitung der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe in Höhe von 700,0 Mio. EUR beinhaltet.

Eine positive Entwicklung zeigt sich auch im „IBB-Wachstumsprogramm“, das mittelständische Unternehmen in Berlin mit Darlehen für Investitionen, Um-, Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen unterstützt. Hier konnten mit Neugeschäftszusagen in Höhe von 132,9 Mio. EUR sowohl der Vorjahreswert als auch der Planwert deutlich überschritten werden.

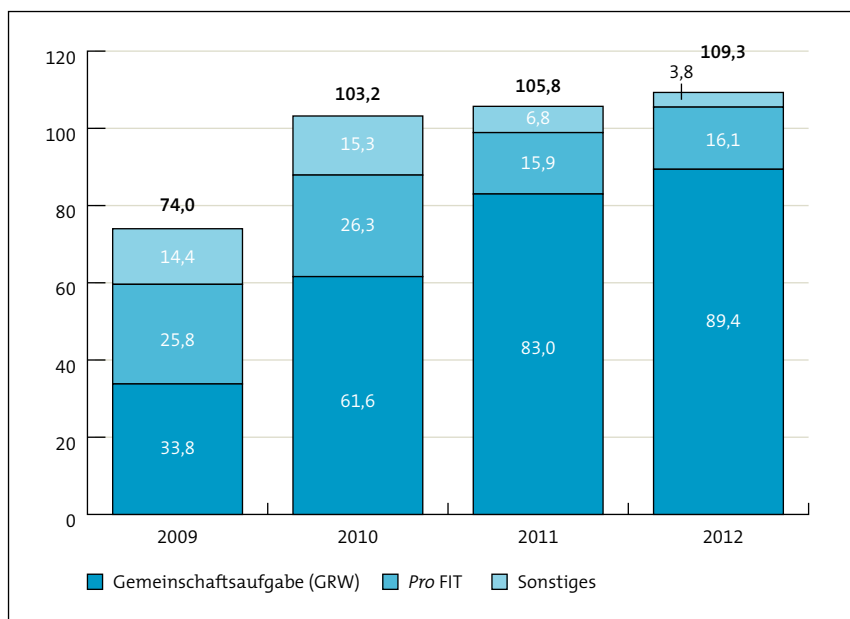
Neugeschäft Darlehen und Avale in Mio. EUR



„Globaldarlehen“ wurden in diesem Jahr in Höhe von 55,0 Mio. EUR vergeben. Die Geschäftsbanken stellen durch die Globaldarlehen den in Berlin tätigen Unternehmen vermehrt Kredite zur Verfügung und geben ihren durch uns erworbenen Refinanzierungsvorteil zur Stärkung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit an mittelständische Unternehmen weiter.

Im Zuschussgeschäft wurden mit 109,3 Mio. EUR mehr Mittel zugesagt als geplant. Auch der Vorjahreswert konnte erneut übertroffen werden. Den größten Anteil an den Zuschüssen liefert weiterhin die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Mit GRW-Zuschüssen werden Investitionsvorhaben von bestehenden Unternehmen und Existenzgründern zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen gefördert.

Neugeschäft Zuschüsse in Mio. EUR

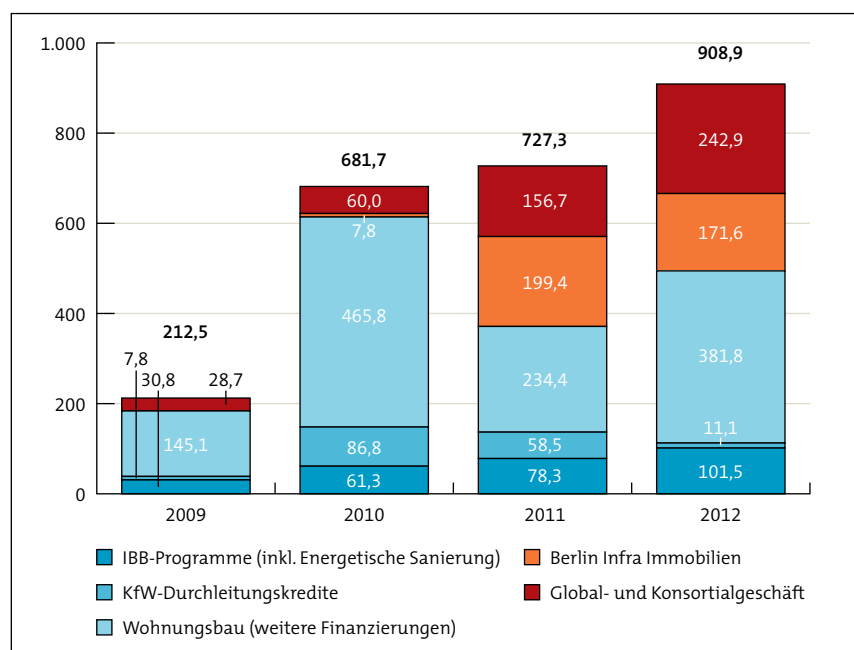


Das Segment Wirtschaftsförderung weist im Berichtsjahr 2012 Erträge in Höhe von 23,0 Mio. EUR aus und liegt damit erwartungsgemäß unter Vorjahresniveau (34,6 Mio. EUR). Das Vorjahresergebnis war u. a. geprägt durch einen Einmaleffekt. Im Verwaltungsaufwand haben die unterjährigen Einsparungen einen positiven Effekt auf das Segmentergebnis gehabt. Belastet wurde das Ergebnis im Rahmen der Risikovorsorge durch die weiterhin angespannte Lage in der Solarbranche. Das entsprechende Exposure wurde fast vollständig wertberichtigt. Das wirtschaftliche Ergebnis beträgt -8,4 Mio. EUR (Vorjahr 1,3 Mio. EUR).

Immobilien- und Stadtentwicklung

Im Segment Immobilien- und Stadtentwicklung wurden in 2012 Finanzierungszusagen (ohne Sondergeschäfte und Zuschüsse) in Höhe von 908,9 Mio. EUR ausgesprochen. Dieses Ergebnis übersteigt sowohl das für 2012 erwartete Bewilligungsvolumen als auch den Vorjahreswert (727,3 Mio. EUR).

Finanzierungszusagen in Mio. EUR



Ein wichtiger Förderschwerpunkt der IBB ist unverändert die Vergabe von zinsvergünstigten KfW-refinanzierten Darlehen im Eigenprogramm „IBB Energetische Gebäudesanierung“ für die Finanzierung von Baumaßnahmen an Wohngebäuden zur Energieeinsparung. Im Vergleich zu 2011 erhöhte sich das Bewilligungsvolumen von 66,0 Mio. EUR um 26,5 Mio. EUR auf 92,5 Mio. EUR. Positiv zu vermerken ist, dass eine stark steigende Anzahl von Kunden Interesse an energetischen Modernisierungen ihrer Wohnimmobilien zeigt und auf die bereitgestellten Fördermittel zurückgreift. Durch Aufstockung der Fördermittel konnten mehr Förderanträge im Programm bewilligt werden, was den Rückgang der KfW-Durchleitungskredite ohne zusätzliche Zinsverbilligung erklärt.

Im Geschäftsjahr 2012 konnte die IBB im Rahmen des Förderprogramms „Berlin Infra“ Infrastrukturinvestitionen von kommunalen Unternehmen in Höhe von 171,6 Mio. EUR (Vorjahr 199,4 Mio. EUR) finanzieren.

Zudem hat die IBB die Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken intensiviert und durch die Vergaben von Darlehen im Global- und Konsortialgeschäft den Berliner Wohnungsbestand mittelbar gestärkt. Insgesamt konnte die IBB den Hausbanken mittels Globaldarlehen zinsgünstige

Refinanzierungsmittel in Höhe von 100,0 Mio. EUR (Vorjahr 80,0 Mio. EUR) bereitstellen und Konsortialfinanzierungen in Höhe von 142,9 Mio. EUR (Vorjahr 76,7 Mio. EUR) vornehmen.

Darüber hinaus unterstützt die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken bei Inanspruchnahmen aktueller Förderprodukte. Zur Vermeidung von Bürgschafts- und Förderdarlehensausfällen für das Land Berlin engagiert sich die IBB zudem bei der Unterstützung von Sanierungsprojekten. Insgesamt konnte die IBB im Rahmen dieser weiteren Wohnungsbaufinanzierungen Bewilligungen in einer Gesamthöhe von 381,8 Mio. EUR aussprechen und somit sowohl den Vorjahreswert (234,4 Mio. EUR) als auch den Planwert deutlich übertreffen.

Der Gesamtbestand an Darlehen und Avalen beträgt zum Jahresende ohne Berücksichtigung von Nebenforderungen 11,4 Mrd. EUR (Vorjahr 11,6 Mrd. EUR). Die Darlehensvalutierungen betrugen ohne Sondergeschäfte 874,9 Mio. EUR (Vorjahr 779,1 Mio. EUR).

Das Segment Immobilien- und Stadtentwicklung konnte auch im Berichtsjahr 2012 die Planwerte für das wirtschaftliche Ergebnis deutlich übertreffen. Zum Jahresende wird ein Ergebnis von 56,9 Mio. EUR ausgewiesen, das um 1,1 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau liegt. Hauptertragsquelle ist weiterhin das Zinsergebnis mit 70,8 Mio. EUR (Vorjahr 66,8 Mio. EUR). Der Rückgang im sonstigen betrieblichen Ergebnis um -9,7 Mio. EUR auf -3,7 Mio. EUR ist im Wesentlichen durch Sondereffekte des Vorjahres aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen geprägt. Die Portfoliostruktur hat sich insgesamt deutlich verbessert, was zu entsprechenden Auflösungen von Vorsorgepositionen führte. Der positive Saldo aus Vorsorgemaßnahmen für das Kreditgeschäft verbesserte sich von 7,4 Mio. EUR im Vorjahr auf 16,1 Mio. EUR in 2012. Durch die ebenfalls unter Plan liegenden Verwaltungsaufwendungen wird das wirtschaftliche Ergebnis zusätzlich positiv beeinflusst.

Treasury

Zur Erfüllung der Förderaufgaben steuert das Segment Treasury die Liquidität und Refinanzierung der IBB. Neben der Mittelbereitstellung durch das Land erfolgt die Refinanzierung durch die Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen in allen Laufzeiten. Zusätzlich erfolgen Mittelaufnahmen am Geldmarkt und die Inanspruchnahme von Refinanzierungsmitteln der KfW und der EIB. Das Bilanzstrukturmanagement erfolgt als umfassendes Aktiv-/Passivmanagement. Geschäftsabschlüsse werden an den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten getätigt.

Durch eine intensive Marktpflegeaktivität gewährleistet die IBB die Liquidität ihrer Anleihen auf dem Sekundärmarkt und erhöht somit die Attraktivität der Titel für Investoren. Als eine mit Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin ausgestattete Förderbank verfügt die Bank über die gleiche hohe Bonität wie das Land Berlin. Die Bonität des Landes Berlin wird aktuell von zwei Ratingagenturen bewertet, die Einstufung von Moody's wird aktuell mit Aa1 (negativer Ausblick) vorgenommen, die Einstufung von Fitch mit AAA (stabiler Ausblick).

Im Segment Treasury entspricht das wirtschaftliche Ergebnis mit 31,2 Mio. EUR im Berichtsjahr 2012 den Erwartungen. Wegen der weiter durchgeführten De-Risking-Strategie fiel der Vorsorgebedarf für Wertpapiere mit -20,4 Mio. EUR in diesem Jahr deutlich geringer aus als im Vorjahr (-75,9 Mio. EUR). Gleichzeitig reduzierte sich auch das Zinsergebnis im Vergleich zum Vorjahr von 71,7 Mio. EUR um 20 % auf 57,2 Mio. EUR. Der Rückgang ist insbesondere zurückzuführen auf die planmäßige Bestandsreduzierung in diesem Segment.

Corporate Center

Im Segment Corporate Center werden die nicht den Marktbereichen (Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Treasury) zugeordneten Steuerungsfunktionen der Bank (hoheitliche Funktionen) sowie die nicht den Marktbereichen zurechenbaren Ergebnisbestandteile abgebildet.

Im Segment Corporate Center wird im Berichtsjahr ein wirtschaftliches Ergebnis von -7,4 Mio. EUR (Vorjahr 7,4 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen aus dem geringeren Zinsergebnis, das den kalkulatorischen Zinsanspruch für unverzinsliche Bestände beinhaltet. In 2012 waren die entsprechenden Geld- und Kapitalmarktzinsen deutlich niedriger als im Vorjahr. Außerdem wurde das Zinsergebnis durch die Aufzinsung von Rückstellungen und Wertberichtigungen belastet.

Lage des Konzerns

Ertragslage

In der nachfolgend dargestellten Konzernergebnisrechnung wurden einzelne in der GuV-Rechnung ausgewiesene Beträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgegliedert bzw. ergänzt. Dies betrifft zum einen die Aufwendungen der Bank, die als Berlin-Beitrag dem Land im Sinne einer Vorabausschüttung zur Verfügung gestellt werden. Zahlungen der Bank, die unter dem GuV-Posten „sonstiges betriebliches Ergebnis“ (13,5 Mio. EUR, Vorjahr 13,8 Mio. EUR) enthalten sind, werden ebenso als Berlin-Beitrag dargestellt wie auch die unentgeltlich erbrachten Leistungen der Bank (15,1 Mio. EUR, Vorjahr 16,4 Mio. EUR), die ausschließlich kalkulatorisch berücksichtigt werden. Diese nicht liquiditätswirksamen Leistungen werden in der Konzernergebnisrechnung als betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag abgebildet. Ebenso verändert abgebildet wird der Verwaltungsaufwand der Bank. So werden Personalkosten für Mitarbeiter, die an eine nicht konsolidierte Konzerntochter entsendet wurden (0,4 Mio. EUR), nicht im Personalaufwand, sondern im Saldo des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen sowie die Aufwendungen für die im Rahmen der Umsetzung der Projektergebnisse zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen wie im Vorjahr im außerordentlichen Ergebnis berücksichtigt.

Der Vorjahresvergleich der Ergebnisrechnung des Geschäftsjahres 2012 ist geprägt von den Sonderfaktoren in den Erträgen des Vorjahres sowie den in 2011 berücksichtigten Auswirkungen der europäischen Schulden- und Finanzkrise auf die Risikovorsorge.

Das wirtschaftliche Ergebnis im Konzern konnte insbesondere aufgrund der deutlich geringeren Risikovorsorge/Bewertungen um 92,8 Mio. EUR auf 50,4 Mio. EUR gesteigert werden.

Ergebnisrechnung in Mio. EUR	Veränderung			
	2012	2011	absolut	in %
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge	156,2	167,6	-11,4	-6,8
Provisionsüberschuss	10,3	11,1	-0,8	-7,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	11,9	39,2	-27,3	-69,7
Summe Erträge	178,4	217,9	-39,5	-18,1
Summe Verwaltungsaufwand	-78,4	-76,7	-1,7	-2,2
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungen	100,0	141,2	-41,2	-29,2
Risikovorsorge/Bewertungen	-45,7	-182,2	136,5	74,9
Außerordentliches Ergebnis	-3,8	-1,4	-2,4	< -100
Wirtschaftliches Ergebnis	50,4	-42,4	92,8	> 100
Berlin-Beitrag	-28,6	-30,2	1,5	5,1
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	21,8	-72,6	94,4	> 100

Hauptertragsquelle des Konzerns ist der Zinsüberschuss, der sich gegenüber dem Vorjahr um 6,8 % auf 156,2 Mio. EUR reduzierte. Der Rückgang ist insbesondere zurückzuführen auf die planmäßige Bestandsreduzierung im Segment Treasury. Mit einem Anteil in Höhe von 45,3 % (Vorjahr 41,4 %) ist der Zinsüberschuss aus dem Segment Immobilien- und Stadtentwicklung der maßgebende Teil im Gesamtzinsüberschuss.

Der Provisionsüberschuss (10,3 Mio. EUR), der weiterhin maßgeblich von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen aus der Immobilienförderung bestimmt wird, liegt aufgrund auslaufender Förderungen erwartungsgemäß unter Vorjahresniveau (11,1 Mio. EUR).

Das sonstige betriebliche Ergebnis reduziert sich deutlich gegenüber dem durch Sondereinflüsse bestimmten Vorjahreswert in Höhe von 39,2 Mio. EUR und erreicht einen Wert in Höhe von 11,9 Mio. EUR.

Verwaltungsaufwand leicht über Vorjahr

Der Verwaltungsaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäß um 1,7 Mio. EUR erhöht und beträgt 78,4 Mio. EUR (Vorjahr 76,7 Mio. EUR). Dabei erhöhten sich die Personalaufwendungen um 1,1 Mio. EUR auf 51,2 Mio. EUR (Vorjahr 50,1 Mio. EUR) und der Sachaufwand auf 24,4 Mio. EUR (Vorjahr 23,2 Mio. EUR).

Die als Relation zwischen den Verwaltungsaufwendungen und der Summe der Erträge definierte Förder – Cost-Income-Ratio erhöhte sich v. a. bedingt durch Einmaleffekte im Vorjahresergebnis (sonstiges betriebliches Ergebnis) auf 44,0 % (Vorjahr 35,2 %).

Risikovorsorge / Bewertungen

Die Ergebnisrechnung wird mit Risikovorsorge/Bewertungen in Höhe von -45,7 Mio. EUR (Vorjahr -182,2 Mio. EUR) belastet. Darin enthalten ist das

Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten in Höhe von -25,3 Mio. EUR (Vorjahr -163,2 Mio. EUR), das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von -15,2 Mio. EUR (Vorjahr -16,9 Mio. EUR) sowie die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von -5,2 Mio. EUR (Vorjahr -1,9 Mio. EUR).

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beinhaltet das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten in Höhe von 0,8 Mio. EUR (Vorjahr -107,0 Mio. EUR) sowie das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten in Höhe von -26,1 Mio. EUR (Vorjahr -56,2 Mio. EUR). Die Ergebnisverbesserung aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten in Höhe von 107,8 Mio. EUR liegt insbesondere begründet in den im Vorjahr erforderlichen Wertkorrekturen durch die damalige Ausweitung der Credit Spreads bei Schuldverschreibungen.

Außerordentliches Ergebnis

Im Rahmen des außerordentlichen Ergebnisses wurden Aufwendungen für die im Rahmen der Umsetzung der Projektergebnisse zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erforderlichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen berücksichtigt. Für Zwecke der betriebswirtschaftlichen Sichtweise werden diese Posten abweichend zum Ausweis der Gewinn- und Verlustrechnung nicht im Personalaufwand dargestellt.

Wirtschaftliches Ergebnis und Jahresüberschuss

Das wirtschaftliche Ergebnis des Konzerns erhöhte sich durch deutlich geringere Risikovorsorge/Bewertungen um 92,8 Mio. EUR auf 50,4 Mio. EUR (Vorjahr -42,4 Mio. EUR). Nach Abzug des Berlin-Beitrages in Höhe von 28,6 Mio. EUR (Vorjahr 30,2 Mio. EUR) verbleibt für den Konzern ein Jahresüberschuss in Höhe von 21,8 Mio. EUR (Vorjahr Jahresfehlbetrag -72,6 Mio. EUR), welcher mit dem Konzernbilanzverlust bzw. dem Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile im Eigenkapital aufgerechnet wird.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr um 156,3 Mio. EUR auf 20,4 Mrd. EUR erhöht. Das Geschäftsvolumen, in dem zusätzlich die Finanzgarantien sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten sind, stieg um 141,4 Mio. EUR auf 21,5 Mrd. EUR.

Geschäftsvolumen in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.627,8	1.813,4	-185,6	-10,2
Forderungen an Kunden	13.637,6	13.089,0	548,6	4,2
Wertberichtigungen auf Forderungen	-51,4	-76,0	24,6	32,4
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	3.320,8	2.930,8	390,0	13,3
Finanzanlagen	1.770,9	2.380,0	-609,1	-25,6
Sonstige	79,5	91,8	-12,3	-13,4
Bilanzsumme	20.385,2	20.228,9	156,3	0,8
Finanzgarantien	109,0	178,4	-69,3	-38,9
Unwiderrufliche Kreditzusagen	975,6	921,1	54,5	5,9
Geschäftsvolumen	21.469,8	21.328,4	141,4	0,7

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere durch geringere Tages- und Termingelder um 0,2 Mrd. EUR auf 1,6 Mrd. EUR reduziert. Der Zuwachs bei den Kundenforderungen (0,5 Mrd. EUR) gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Begleitung des Rekommunalisierungsvorhabens (Berliner Wasserbetriebe) des Landes zurückzuführen.

Als Reaktion auf die europäische Schulden- und Finanzkrise wurde bereits in 2009 eine De-Risking-Strategie beschlossen und im Geschäftsjahr weiter umgesetzt. Der Bestand an Finanzanlagen reduzierte sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd. EUR auf 1,8 Mrd. EUR.

Die Struktur der Refinanzierungsseite ist gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unverändert geblieben. Finanziert wird das Geschäftsvolumen zu 21,5% (Vorjahr 20%) über Mittelaufnahmen bei Kreditinstituten sowie über die Emissionen von verbrieften Verbindlichkeiten am Kapitalmarkt zu 30,5 % (Vorjahr 33%). Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, blieben mit 7,9 Mrd. EUR (Vorjahr 7,9 Mrd. EUR) konstant bei einem Refinanzierungsanteil in Höhe von 39% (Vorjahr 39%).

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 1,4 Mrd. EUR durchgeführt.

Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren Faktoren dafür, dass die IBB auch im Jahr 2012 jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio konnte jederzeit sichergestellt werden, dass keine Liquiditätsengpässe entstanden. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreserve.

Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität

Eigenkapital- veränderungsrechnung des IBB-Konzerns in Mio. EUR	Grund- kapital	Gewinn- rücklagen	Neube- wertungs- rücklage	Bilanz- verlust	Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	Summe
Stand 31.12.2011	300,0	615,4	-88,1	-269,8	-1,4	556,1
erfolgsneutrale Bewertung		-22,6	94,5			72,0
Jahresüberschuss				23,0	-1,2	21,8
Stand 31.12.2012	300,0	592,8	6,4	-246,9	-2,6	649,9

Das Eigenkapital im Konzern erhöhte sich im vergangenen Geschäftsjahr um 93,8 Mio. EUR auf 649,9 Mio. EUR. Das gezeichnete Kapital betrug unverändert 300,0 Mio. EUR, alleiniger Eigentümer der IBB ist das Land Berlin. Maßgebend für die Erhöhung war insbesondere die positive Entwicklung in der Neubewertungsrücklage (+94,5 Mio. EUR). Die Veränderung in den Gewinnrücklagen resultiert aus versicherungsmathematischen Verlusten gemäß IAS 19.

Zum Bilanzstichtag weist die IBB-Gruppe ein haftendes Eigenkapital gemäß Kreditwesengesetz in Höhe von 871,0 Mio. EUR (Vorjahr 873,0 Mio. EUR) aus. Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt.

in Mio. EUR/in %	2012	2011
Risikoposition gemäß SolvV	4.475,0	4.675,0
Eigenmittelquote	19,5%	18,7%
Kernkapitalquote	16,9%	16,2%

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden von der IBB-Gruppe bis zum 31. Dezember 2012 jederzeit eingehalten.

Nachtragsbericht

Nach dem Abschluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2012 haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

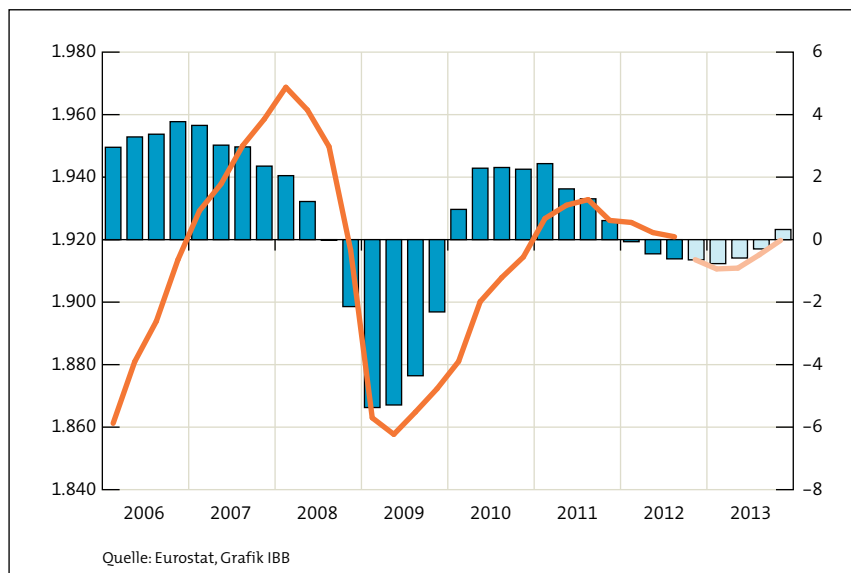
Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt labil. Europa verzeichnet eine durch Konsolidierungspakete initiierte Rezession. Sie verläuft im Unterschied zu 2008/09 jedoch glimpflich, weil die Liquiditätsbedingungen großzügig bemessen bleiben, zyklische Übertreibungen bereits in den Vorjahren korrigiert worden sind und die schwache Binnennachfrage durch Verbesserungen im Außenbeitrag entscheidend abgemildert wird.

BIP-Entwicklung in Euroland

Mrd. EUR, in Preisen von 2000, Wachstumsraten ggü. Vorjahr in % (rechte Skala)

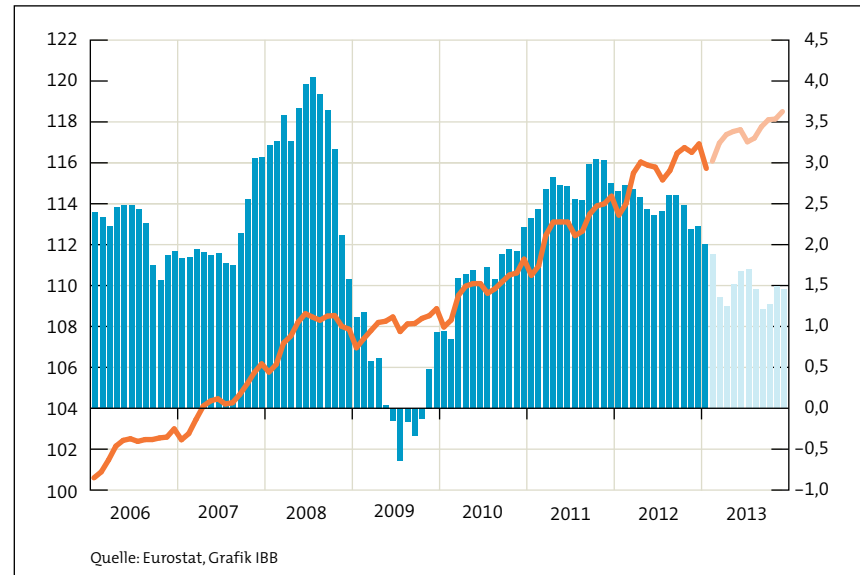


Auch in Deutschland haben sich die konjunkturellen Perspektiven eingetrübt. Die Unternehmen reduzieren ihre Investitionen und schaffen weniger neue Stellen. Ausschlaggebend hierfür ist neben der Rezession in den europäischen Krisenländern auch die Verlangsamung der globalen Konjunktur. Dennoch wird nicht mit einer länger anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase gerechnet. Eine Rückkehr auf einen stabilen Wachstumskurs ist bereits kurzfristig möglich. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufnimmt und der Reformprozess in den Euro-Ländern weiter voranschreitet.

Alles in allem wird Deutschland auch 2013 nur einen moderaten Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt verzeichnen können. Mit vergleichsweise komfortablen Auftragspolstern, einer immer noch stabilen Beschäftigungslage, hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft und einer nach wie vor guten preislichen Wettbewerbsfähigkeit hebt sich die Entwicklung jedoch positiv vom übrigen Euro-Raum ab.

Inflation in Euroland

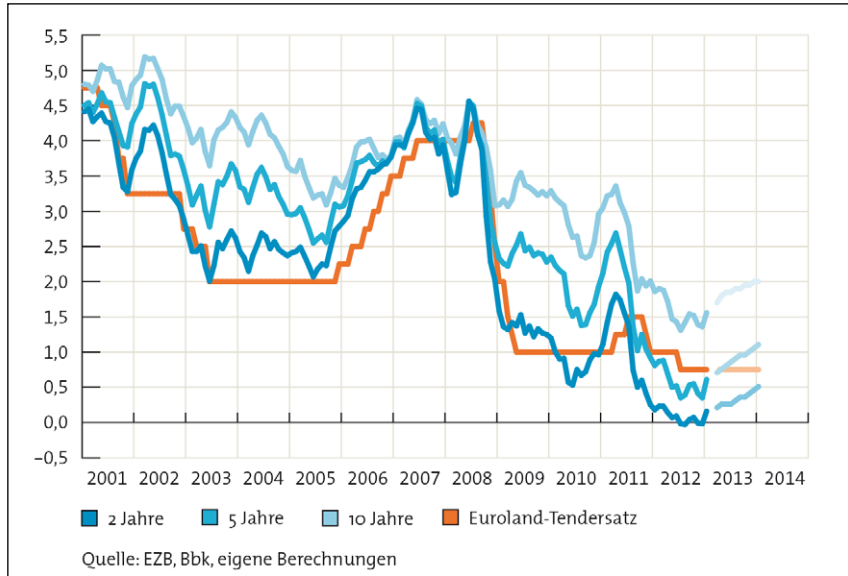
Index, Veränderung ggü. Vorjahr in % (rechte Skala)



Diese Prognosen basieren auch auf Annahmen über die künftigen Aktivitäten der Europäischen Zentralbank (EZB). Die EZB wird weiterhin Rücksicht nehmen auf die Verschuldungssituation in den Ländern an der europäischen Peripherie und damit ihren stützenden Kurs – auch mit Blick auf die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor – beibehalten. Trotz üppiger Liquidität wird das Inflationsrisiko überschaubar bleiben. Konflikte um die künftige Ausgestaltung des gemeinsamen Währungsraums werden weiterhin das politische Geschehen bestimmen. In zuge-spitzten Marktphasen reagiert die europäische Politik jedoch prag-matisch. Marktinterventionen und die Fortführung von international abge-stimmten Auffanglösungen sollen den Zerfall des Euro-Raums verhin-dern. Eine nachhaltige Entschärfung der Staatsschuldenproblematik ge-lingt auf diese Weise aber nicht. Von erhöhten Risikoaufschlägen für wettbewerbsschwächere Länder und einer robusten Nachfrage nach deutschen Anleihen ist folglich weiter auszugehen.

Zinssätze Euroland

Monatsdurchschnitte in %



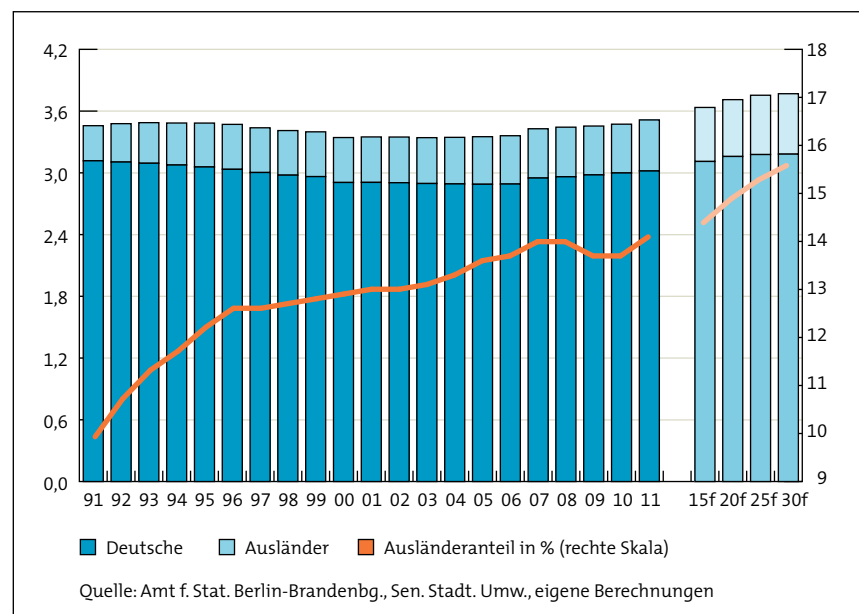
Das Kreditgewerbe bewegt sich in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld. Höhere Anforderungen an das Eigenkapital werden kaum allein per Thesaurierung gedeckt werden können. Darüber hinaus sind die verschärften Anforderungen an die Liquidität zu berücksichtigen. Im Verhältnis zu den niedrigen Leitzinsen bleibt die Zinskurve flach und das Renditeniveau in den wenigen risikoarmen Asset-Klassen nicht ausreichend. Gleichzeitig trägt das labile Marktumfeld zu anhaltend hoher Risikovorsorge der Institute bei. Die Einengung der Risikoaufschläge zwischen Banken ist maßgeblich an das Interventionsversprechen der Europäischen Zentralbank geknüpft. Zweifel an deren Umsetzbarkeit sind aber an den Märkten nicht ausgeräumt, so dass eine neuerliche Ausweitung einkalkuliert werden muss.

Die deutsche Hauptstadt Berlin bleibt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch eine überwiegende Zahl von Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen geprägt. Bei einer insgesamt labilen Wirtschaftslage hebt sich das Geschehen aber eher positiv vom Bundesdurchschnitt ab. Im Trend ist folglich von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Dies ist letztlich dem Berliner Branchenmix zuzuschreiben, der stark auf den Dienstleistungsbereich ausgerichtet ist. Vor allem der anhaltende Tourismusboom und die damit verbundene Stärkung des Einzelhandels und des Gastgewerbes sowie die überdurchschnittliche Entwicklung bei den unternehmensnahen Dienstleistungen werden für weitere Impulse sorgen. Vor dem Hintergrund der großen Nachfrage auf dem Berliner Wohnimmobilienmarkt sollte aber auch die Baukonjunktur bei günstigen Finanzierungskonditionen und gesteigertem Interesse an Sachwerten robust bleiben.

Das große Interesse an Berliner Wohnimmobilien wird auch in der Preisentwicklung sichtbar. Die Teuerung auf dem Berliner Markt für neu angebotene Wohnungen ist deutlich spürbar. Gleichzeitig werden auch deutliche Mietpreissteigerungen bei Neuvermietungen registriert. Die Kaufpreisentwicklung überstieg den durch Mieterhöhungen bedingten Wertzuwachs. Vor dem Hintergrund der in Berlin über lange Zeit weitgehend stagnierenden Wohnungspreise lässt sich daraus aber nicht zwangsläufig eine entstehende Blase auf dem Berliner Immobilienmarkt ableiten, da den steigenden Kaufpreisen höhere Anforderungen an den Eigenkapitaleinsatz gegenüberstehen.

Im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt nimmt die Bevölkerung in der deutschen Hauptstadt weiter zu. Berlin besitzt gerade für junge Menschen und Beschäftigte in den kreativen Branchen eine sehr hohe Attraktivität. Dadurch kann Berlin langfristig weiter von überregionalen Wanderungsgewinnen und von dem Zuzug hochqualifizierter Beschäftigter profitieren. Hinzu kommt, dass aufgrund des Anstiegs der Singlehaushalte auch die Zahl der privaten Haushalte weiter zunehmen wird.

Bevölkerung in Berlin in Mio.



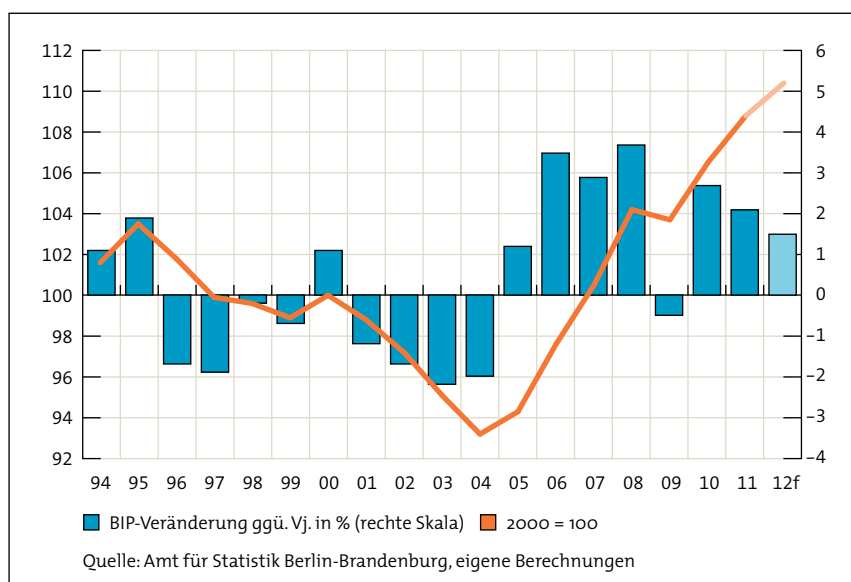
Alles in allem ist Berlin eine attraktive Stadt mit insgesamt guten Perspektiven. Deshalb dürften die Preise für Wohnimmobilien bei einer möglichen Korrektur des Marktes künftig nicht, allenfalls nur geringfügig, fallen. Für 2013 erwarten wir eine abnehmende Preisdynamik auf hohem Niveau. Sollten sich entgegen dieser Annahme negative Preisentwicklungen ergeben, sehen wir hierdurch keine negativen Auswirkungen auf die Berliner Volkswirtschaft im Allgemeinen und die Kreditrisiken im Bankensektor im Speziellen, da die Banken entgegen den Praktiken der letzten Preiswelle keine expansive Kreditpolitik betrieben haben. Sollte es

zu einer Preisbereinigung kommen, wäre hiervon im Wesentlichen das erhöht eingebrachte Eigenkapital betroffen.

Insgesamt passen die Entwicklung der Kreditvergabe und die verstärkte Eigenkapitalfinanzierung in das derzeitige volkswirtschaftliche Bild. Schließlich sind die Investoren aufgrund der Euro-Krise verunsichert und suchen einen sicheren Hafen für ihre Kapitalanlage.

Im Ergebnis sind die Perspektiven für die Berliner Wirtschaft im nächsten Jahr grundsätzlich positiv. Berlin wird auch 2013 wieder eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen können.

Bruttoinlandsprodukt in Berlin



Die vorliegenden Prognosen sind jedoch durch ein hohes Maß an Unsicherheit charakterisiert. Sollte etwa das weltwirtschaftliche Wachstum hinter den Erwartungen zurückbleiben oder sich die Schuldenkrise erneut verschärfen, wäre eine schwächere Entwicklung als prognostiziert wahrscheinlich. Es ist aber auch vorstellbar, dass sich einige europäische Krisenländer schneller erholen und sich die Weltwirtschaft stärker beschleunigt. Dann wird auch die deutsche bzw. die hauptstädtische Wirtschaft davon profitieren.

In Anbetracht dieser gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden in den einzelnen Geschäftsfeldern des Konzerns unterschiedliche Entwicklungen im wirtschaftlichen Ergebnis erwartet.

Insgesamt rechnet die IBB für 2013 vor allem aufgrund der Reduzierung der Risiken im Wertpapierportfolio und der zu erwartenden geringfügig steigenden Zinssätze mit einem leicht rückläufigen Zinsüberschuss.

Weiterhin ist es Ziel der IBB, den Verwaltungsaufwand im nächsten Jahr trotz einer erwarteten Preissteigerungsrate von 2,0 % durch ein konsequentes Kostenmanagement nahezu konstant zu halten. Negativen Einfluss auf den Verwaltungsaufwand werden jedoch die umfangreichen Projektaktivitäten zur Umsetzung regulatorischer Themen haben.

Die Förder-Cost-Income-Ratio wird sich aufgrund der leicht rückläufigen Erträge und der nahezu konstanten Verwaltungskosten leicht erhöhen.

Mit Blick auf die sich stetig verbessernde Bonitätsstruktur unserer Kunden im Förderkreditgeschäft sowie im Hinblick auf den bereits deutlichen Abbau von Risiken im Wertpapierportfolio wird ein deutlicher Rückgang in der Risikovorsorge erwartet.

Die zu erwartende Bilanzsumme wird sich in Kompensation zu der erwarteten Ausweitung der Neugeschäftsaktivitäten im Fördergeschäft und der planmäßigen Reduzierung des Wertpapierportfolios leicht über den Werten des Berichtsjahres darstellen.

Insgesamt werden sich keine grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Geschäftstätigkeit des Konzerns ergeben. Die IBB wird weiterhin Förderprogramme und Prozesse verbessern und optimieren. Die Schwerpunkte liegen dabei in der Wahrung der Förderkontinuität in den Bereichen der Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung des Standortes Berlin. Für die Neugeschäftstätigkeit wird ein konstantes Wachstum unterstellt. In den Geschäftsfeldern der Wirtschafts- und Immobilienförderung wird weiterhin an einer bedarfsorientierten Optimierung und Stärkung des Produktportfolios gearbeitet.

In der Wirtschaftsförderung wird mit einer weiterhin hohen Nachfrage im Bereich der Wachstums- und Investitionsfinanzierungen gerechnet. Dafür sprechen zum einen die stabilen Rahmenbedingungen der Berliner Wirtschaft und zum anderen ein zurückhaltendes Kreditvergabeverhalten der Geschäftsbanken aufgrund verschärfter Eigenkapitalerfordernisse.

Vor diesem Hintergrund wird die IBB verstärkt das IBB-Wachstumsprogramm in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen und Berliner Unternehmen in Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken maßgeschneiderte Finanzierungen für eine erfolgreiche unternehmerische Zukunft anbieten. Für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) bietet die IBB maßgeblich darlehensbasierte Produkte an, die darauf ausgerichtet sind, dass sich Unternehmen nach der Phase der Gründung weiter am Markt etablieren können. Jungen Startups mit innovativen Geschäftsideen aus der boomenden digitalen Wirtschaft steht die IBB-Beteiligungsgesellschaft mit Venture Capital zur Seite.

Der Schwerpunkt in der Zuschussförderung liegt unverändert in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Ziel ist es, Investitionsvorhaben zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen mit nicht rückzahlbaren Mitteln zu fördern.

Im Fokus der Technologieförderung steht weiterhin die Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den von den Ländern Berlin und Brandenburg in der gemeinsamen Innovationsstrategie „innoBB“ definierten Clustern IKT/Medien und Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Energietechnik und Optik.

In den nächsten beiden Geschäftsjahren soll das Produktangebot mit Haftungsübernahmen weiter ausgebaut werden. So verhandelt die IBB mit dem Senat darüber, Berlin Kredit Innovativ über die Ende des Jahres 2013 auslaufende Pilotphase hinaus zu verstetigen. Darüber hinaus wurde zu Beginn dieses Jahres der EFRE-Bürgschaftsfonds beschlossen. Dadurch kann die IBB Bürgschaften zwischen 1,25 bis 5 Mio. EUR kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung stellen. Mit dieser Weiterentwicklung ihres Produktportfolios reagiert die IBB auf die Marktsignale und hat weiterhin zum Ziel, Risikopartnerschaften auszubauen. Hingegen sind Zinssubventionen weniger im Fokus der IBB und werden stetig an Bedeutung verlieren.

Das Geschäftsvolumen im Segment Wirtschaftsförderung wird auch 2013 weiterhin maßgeblich durch das Programm „Berlin Infra“ und den Verlauf von Sondergeschäften auf Veranlassung des Landes Berlin beeinflusst werden.

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung liegt der Schwerpunkt der Fördermaßnahmen unverändert in der Unterstützung der klimapolitischen Ziele des Landes Berlin. Aus diesem Grund wird die Erweiterung des Programms IBB Energetische Gebäudesanierung auf den Eigenheimbereich angestrebt, um über den Mietwohnungsbau hinaus Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz sowie zur Reduzierung von CO₂-Emissionen unterstützen zu können.

Im Hinblick auf den demografischen Wandel in der Berliner Bevölkerung bleibt aber auch die Finanzierung von Investitionsvorhaben zur Förderung der Barrierefreiheit und zur Schaffung von neuen Wohnformen im Alter im förderpolitischen Fokus.

Bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Barrierereduzierung erwarten wir im Zuge der erfolgreichen Einführung des Programmes IBB WEG-Finanzierung eine verstärkte Nachfrage von Wohnungseigentümergeinschaften nach der Durchleitung zinsgünstiger KfW-Programme.

Die IBB wird die Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken intensivieren und durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen weitere Eigentümer von Wohnimmobilien mittelbar fördern. Im Rahmen des Programms Berlin Infra wird die IBB Infrastrukturmaßnahmen von kommunalen Unternehmen begleiten.

In den Fokus rückt zudem die Förderung des Wohnungsneubaus. Die IBB wird den prämierten Siegern des genossenschaftlichen Neubauwettbewerbs 2012 zur Realisierung ihrer Bauvorhaben Förderprämien in Form von zinslosen Darlehen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus arbeitet die IBB eng mit dem Land Berlin an einer Konzeption zum Wiedereinstieg in die sozialverträgliche Wohnraumförderung zusammen.

Insgesamt wird im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung für das Geschäftsjahr 2013 ein Bewilligungsvolumen in Vorjahreshöhe erwartet.

Einherrgehend mit den volatilen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden die im Geschäftsfeld Treasury begründeten Risiken in den Geld- und Kapitalmarktpositionen weiterhin planmäßig reduziert werden. Diese Entwicklung wird sich positiv auf die Risikotragfähigkeit der Bank auswirken. Wir gehen davon aus, dass die Risikotragfähigkeit jederzeit sichergestellt sein wird.

Mit Blick auf die anstehenden umfangreichen Änderungen im bankaufsichtlichen Meldewesen (Basel III, CRD IV) führt die Bank ein Projekt zur Umsetzung der neuen Anforderungen durch. Die Bank geht davon, dass die neuen Anforderungen fristgerecht erfüllt und die aufsichtsrechtlichen Kennziffern eingehalten werden können.

Ab 2014 beginnt für die EU eine neue Förderperiode 2014 bis 2020. Aus diesem Anlass werden insbesondere die Regularien für die Vergabe von Mitteln aus den so genannten EU-Strukturfonds, z. B. aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), überarbeitet. Den bislang vorliegenden Verordnungsentwürfen mit allgemeinen Vorschriften für die Strukturfonds ist eine Konzentration der künftigen Förderung auf die EU-2020-Ziele zu entnehmen.

Die neue Förderperiode bietet durch die thematische Fokussierung und Betonung der Nachhaltigkeit grundsätzlich die Chance, die von der IBB betreuten, mit EFRE-Mitteln kofinanzierten, revolving Fonds weiter auszubauen. Aufgrund der Sparnotwendigkeit der Haushalte ist mit einer deutlichen Reduzierung der insgesamt zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel zu rechnen. Somit besteht für die IBB grundsätzlich die Gefahr, dass die EFRE-Kofinanzierung einzelner Förderprogramme reduziert oder gar entfallen wird. Da die von der IBB betreuten Förderprogramme jedoch absehbar eine wichtige Säule zur Erreichung der EU-2020-Ziele darstellen, sollten die von der IBB betreuten Förderprogramme von den

erwarteten Kürzungen weniger stark betroffen sein als andere. Ansonsten ist eine Kompensation durch Reduzierung von Fördersätzen oder Ersatz durch Landesmittel denkbar. Die Festlegung, wie viele EFRE-Mittel im Einzelnen der IBB zur Verfügung gestellt werden, obliegt dem Land Berlin.

Neben den inhaltlichen Anforderungen und dem finanziellen Rahmen sind auch die administrativen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der EU-Förderung für die Bank von Bedeutung. Aktuell sind die künftigen Berichtsanforderungen und/oder Änderungen hinsichtlich der benötigten IT-Abbildung noch nicht final definiert. Die Bank bereitet sich daher aktiv durch Reservierung entsprechender Entwicklungsressourcen darauf vor, auch kurzfristig eventuell aufkommende Anforderungen fristgerecht umsetzen zu können.

Die Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen wurden erst Anfang Februar 2013 auf EU-Ebene abgeschlossen. Ursprünglich geplant war eine Einigung im November 2012. Da aber nur auf der Basis des im Februar erzielten Ergebnisses die Budgetverhandlungen für die einzelnen Operationellen Programme erfolgen können, ist angesichts der bis zum 1.1.2014 verbleibenden Zeit eine Verschiebung der neuen Förderperiode nicht ausgeschlossen.

Aufgrund der so genannten „n+2“-Regelung, nach der Mittel der EU-Förderperiode 2007–2013 auch in den zwei Folgejahren ausgegeben werden dürfen, ist jedoch bei einem verzögerten Programmstart – wie in der vorangegangenen Periode – aus heutiger Sicht keine Förderlücke zu erwarten. In den Vorbereitungsaktivitäten für die neue Förderperiode setzt die IBB alles daran, das Land auf Programm- und Produktebene zu unterstützen.

Außer den Änderungen in der Strukturfondsförderung werden im Rahmen der neuen Förderperiode auch die EU-beihilferechtlichen Regularien überarbeitet. Ein Großteil dieser Vorschriften ist bis zum 31.12.2013 befristet. Da die Konsultationen auch hier länger andauern als bisher geplant, ist zu erwarten, dass für die Bank wesentliche Regime seitens der EU-Kommission über den 31.12.2013 hinaus verlängert werden.

Zusammenfassend erwartet der Konzern somit in 2013 ein zufriedenstellendes Jahr. Die Geschäftsleitung geht davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis in einem weiterhin schwierigen Umfeld gegenüber dem Berichtsjahr leicht reduzieren wird. Im Vergleich zum Vorjahr erwartet sie eine weiterhin stabile Vermögens- und Finanzlage.

Risikobericht

Risikomanagement

Die Investitionsbank Berlin (IBB) ist die Förderbank des Landes Berlin und hat als übergeordnetes Unternehmensziel einen gesetzlich verankerten Förderauftrag. Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Zur Unterstützung einer nachhaltigen, erfolgreichen Geschäftsentwicklung der IBB wurde auch im Geschäftsjahr 2012 eine konzernweite Risikostrategie erstellt. Grundlage der Risikostrategie ist die Geschäftsstrategie der IBB. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie Handlungsempfehlungen zur Sicherstellung eines angemessenen Risikoprofils. Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgte dabei in einer Risikoinventur unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der Bank. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Die Risikostrategie ist ein integraler Bestandteil des Risikomanagement-Prozesses der Bank, in dem Risiken gezielt begründet, identifiziert, bewertet, aggregiert und überwacht werden. Dadurch kann jederzeit sichergestellt werden, dass alle aus den Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken ertragsorientiert unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals eingegangen werden.

Vor dem Hintergrund sich stetig verändernder interner sowie auch externer Rahmenbedingungen wird dieses System kontinuierlich weiterentwickelt. Die Bank steuert die eingegangenen Risiken mit Hilfe eines Rahmenwerks von Risikogrundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Prozessen zur Risikomessung und -überwachung. Der Prozess des Risikomanagements wird dabei von einem funktional sowie organisatorisch unabhängigen Risikocontrolling begleitet.

Grundsätze im Risikomanagement

Im Rahmen des Risikomanagements handelt die Bank nach folgenden Grundsätzen:

- Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank.
- Die bindende Leitlinie für die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit ist die Geschäftsstrategie der IBB.
- Der Vorstand legt auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation, der Personalkapazität und der technisch-organisatorischen Ausstattung sowie der Einschätzung der mit dem Geschäftsbetrieb verbundenen Risiken die Risikostrategie fest.

- Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.
- Die Steuerung der Risiken und Prozesse erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung bankinterner Anforderungen und in Angemessenheit der Art, des Umfangs und der Komplexität der Geschäftsaktivitäten der IBB.
- Im Rahmen einer quartalsweise erfolgenden, alle wesentlichen Risiken beinhaltenden Berichterstattung wird das Aufsichtsorgan der IBB umfassend über die Risikolage der Bank informiert.

Organisation des Risikomanagements

Eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risikoüberwachenden Bereichen ist vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt. Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risikocontrolling delegiert, das als Abteilung dem Bereich Controlling zugeordnet ist. Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risikocontrolling sind

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken,
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der relevanten Arten von Risiken,
- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Gesamtbankrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt quartalsweise in Form eines umfassenden Risikoberichtes, der einen Überblick über sämtliche Risiken der Bank gibt. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Im Rahmen des jährlichen Strategie- und Budgetierungsprozesses bestimmt der Vorstand auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie, das Limit für das ökonomische Kapital und allokiert dieses auf die Risikoarten und die Segmente. Der Vorstand achtet dabei auf ein der Risikostrategie entsprechendes Verhältnis zwischen dem Limit für das ökonomische Kapital und dem Risikodeckungspotenzial.

Der Vorstand der IBB überprüft regelmäßig die Einhaltung der Normen, die methodischen Standards und die Qualität des Risikomanagements der IBB.

Die Revision ist als organisatorisch unabhängige Organisationseinheit direkt dem Vorstand unterstellt und überwacht die Einhaltung der Kriterien und Abläufe zur Risikoüberwachung und -steuerung durch interne Prüfungen. Sämtliche Prozesse und Verantwortlichkeiten der Risikoüberwachung und -steuerung sind in einem Handbuch Risiko schriftlich dokumentiert und im Intranet der Bank veröffentlicht.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Arten von Risiken

Die wesentlichen Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit. Im Risikocontrolling unterscheidet die IBB zwischen den Risikoarten:

- Adressenausfallrisiko einschließlich des Länderrisikos
 - Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten-, Anteilseigner- und Länderrisiko
- Spreadrisiko
- Beteiligungsrisiko
 - Marktpreis- und Kreditrisiko
- Marktpreisrisiko
 - Zinsänderungsrisiko
- Operationelles Risiko
- Sonstiges Risiko (einschließlich Liquiditätsrisiko)

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene der Gesamtbank erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Vom Risikomanagement nicht erfasst sind lediglich Management- und Reputationsrisiken.

Inanspruchnahme von Erleichterungsregelungen

Die IBB nimmt die folgenden, nach KWG und den MaRisk möglichen wesentlichen Erleichterungsregeln in Anspruch:

Das Länderrisiko wird weiterhin nicht separat limitiert, da es für das Förderkreditportfolio unwesentlich ist. Für das Geld- und Kapitalmarktportfolio der Bank wird das Spektrum an Engagements, welche ein Länderrisiko induzieren, im Rahmen der Globalvorlage festgelegt, regelmäßig überprüft und durch den Vorstand der IBB beschlossen. Zur Identifikation von Risikokonzentrationen aus Länderrisiken erfolgt im Risikocontrolling der Bank mindestens einmal jährlich eine Analyse. Eine Berichterstattung

an den Vorstand und eine Überprüfung der Angemessenheit der Inanspruchnahme der Erleichterungsregelung bezüglich der Länderrisiken erfolgen mindestens einmal jährlich.

Das Anteilseignerrisiko resultiert aus den strategischen Beteiligungen der IBB. Aufgrund des geringen Verlustrisikos (Anteil am Gesamtbankrisiko < 0,5 %) der strategischen Beteiligungen der IBB wird das Anteilseignerrisiko als nicht wesentliches Risiko klassifiziert. Ungeachtet dessen wird das Anteilseignerrisiko als Bestandteil des Adressenausfallrisikos monatlich ermittelt und bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko der IBB ist als nicht wesentliches Risiko klassifiziert und wird nicht explizit als separate Risikoart in die Risikotragfähigkeit einbezogen. Um sicherzustellen, dass das Liquiditätsrisiko angemessen in den Risikosteuerungs- und -controllingprozessen berücksichtigt wird, erfolgt jedoch bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit eine pauschale Berücksichtigung in der Risikoart „sonstige Risiken“. Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko monatlich quantifiziert und auf der Grundlage von Stressszenarien analysiert. Die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin ermöglicht es der IBB, sich jederzeit an den Geld- und Kapitalmärkten mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten zu versorgen.

Risikotragfähigkeit

Die MaRisk fordern, dass die wesentlichen Risiken der Bank durch das Risikodeckungspotenzial fortlaufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist mit dem Ziel einer dem spezifischen Risikoprofil der Bank angepassten Risiko- und Kapitalsteuerung. Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil der Bank betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Die IBB misst die Risikotragfähigkeit wertorientiert. Dazu werden die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen. Risikomindernde Diversifikationseffekte werden ausschließlich innerhalb der Adress- und Spreadrisiken gerechnet. Diese werden mit Hilfe des integrierten Adress- und Spreadrisikomodells monatlich neu quantifiziert.

Die Zielfunktion der wertorientierten Risikotragfähigkeit ist die Steuerung des Risikokapitals zur Sicherstellung eines langfristigen Going Concern der Bank. Zur Bestimmung der wertorientierten Risikotragfähigkeit wird in einem monatlichen Turnus das Verlustrisiko ermittelt und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt.

Mit dem Berichtsstichtag 30.06.2012 erfolgte die Umstellung des Risikomodells zur Quantifizierung der Adressrisiken auf den Mark-to-Model-Modus (MtM-Modus). Mit der Einführung des Risikomodells im MtM-Modus wird die bisher angewandte reine Verlustsicht auf das Adressrisiko durch eine Performancesicht ersetzt. Im Rahmen dieser wertorientierten Bestimmung des Adressrisikos werden für die Positionen des Geld- und Kapitalmarktportfolios auch potenzielle Wertänderungen aufgrund von Bonitätsmigrationen berücksichtigt, die nicht unmittelbar an Ausfallereignisse gebunden sind.

Die Geschäfte des Förderkreditportfolios werden gemäß einer „buy and hold“-Strategie bis zum Laufzeitende gehalten. Bei der Quantifizierung der Risiken für dieses Portfolio werden deshalb ausschließlich Risiken berücksichtigt, die aus dem Ausfall von Geschäftspartnern resultieren, jedoch bezogen auf die im Vergleich zu den Nominalwerten in der Regel höheren Modell- bzw. Marktwerte.

Die Geschäfte des Geld- und Kapitalmarktportfolios werden im Rahmen der Adressenausfallrisikoquantifizierung auf Geschäftspartnerebene mit bonitäts- und branchenspezifischen Credit Spreads bewertet. Durch die Anwendung dieses differenzierten Bewertungsverfahrens können sowohl branchen- als auch ratingspezifische Spread-Entwicklungen berücksichtigt werden und Auswirkungen von Spread-Veränderungen auf die Vermögenslage im Normal Case und in Stressszenarien wesentlich risikosensitiver und somit realistischer bestimmt werden.

Zum 31.12.2012 betrug die Auslastung des zur Verfügung gestellten Risikodeckungspotenzials 71%. Damit veränderte sich vergleichsweise zum 31.12.2011 das freie Risikodeckungspotenzial um 11 Prozentpunkte. Die höhere Auslastung des Risikodeckungspotenzials resultiert aus verschiedenen, zum Teil gegenläufigen Effekten. Die De-Risking-Strategie führte zu einer Verringerung der Abzugspositionen und zu einem geringeren Kontrahenten- und Spreadrisiko. Die in 2012 rückläufigen Credit Spreads für die Branche Öffentliche Hand Ausland wirkten ebenfalls entlastend. Demgegenüber wirkte sich die Modellanpassung auf den Mark-to-Model-Modus adress- und spreadrisikoerhöhend und damit belastend auf die Risikotragfähigkeit aus.

Die wertorientierte Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2012 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin in Mio. EUR

	31.12.2012		31.12.2011	
Risikodeckungspotenzial - Limit	851,9	100 %	582,8	100 %
Adressenausfallrisiko (2012 MtM)	331,8	39 %	153,3	26 %
davon Kreditrisiko	164,2	19 %	102,3	18 %
davon Emittenten-, Kontrahentenrisiko	93,7	11 %	32,7	6 %
Spreadrisiko	111,9	13 %	109,5	19 %
Beteiligungsrisiko	11,6	1 %	10,4	2 %
Marktpreisrisiko	19,3	2 %	19,4	3 %
Operationelles Risiko	62,8	7 %	65,8	11 %
Sonstige Risiken (inkl. Liquiditätsrisiko)	10,0	1 %	10,0	2 %
Gesamtbankrisiko	609,0	71 %	349,1	60 %

Um das Risikoprofil der Bank auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird außer den Verfahren zur Bestimmung der Verlustrisiken unter normalen Marktbedingungen regelmäßig ein breites Spektrum an Stress- und Szenarioanalysen für alle wesentlichen Risiken und Risikoarten durchgeführt. Die Analysen werden dabei auf der Basis der für die jeweiligen Risiken identifizierten wesentlichen Risikofaktoren, isoliert auf die einzelnen Risikoarten als auch risikoübergreifend, durchgeführt. Im Rahmen der Stress- und Szenarioanalysen werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in geeigneten historischen, hypothetischen und inversen Szenarien abgebildet. Die Angemessenheit der Stress- und Szenarioanalysen sowie deren zugrunde liegende Annahmen werden mindestens jährlich überprüft und die Ergebnisse bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Aus den Ergebnissen leitet das Risikocontrolling regelmäßig Handlungsvorschläge für den Vorstand der IBB ab, so dass die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse zeitnah an sich ändernde Bedingungen angepasst werden können.

Risikomanagementprozess Adressenausfallrisiko

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizierung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressenausfallrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99%-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Die Bestimmung der Adressrisiken für das Geld- und Kapitalmarktportfolio erfolgt seit Mitte 2012 mit einem Mark-to-Model-Ansatz, der auch Migrationen zwischen den Ratingklassen berücksichtigt. Für das Förderkre-

ditportfolio werden seitdem anstelle von Nominalwerten in der Regel höhere Modellwerte verwendet.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressenausfallrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, welches ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risikocontrolling.

Eine Limitierung erfolgt auf der Grundlage von festgelegten Limiten für Global- und Einzelgeschäfte. Diese werden vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limite wird durch den Bereich Kreditbetreuung täglich überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Kreditkomitee eingerichtet, das sich mit Risikofragen im Förderkreditgeschäft und im Geschäft mit institutionellen Kunden beschäftigt. Außerdem werden dort alle die Kreditbearbeitung betreffenden operationellen Risiken erörtert.

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbemessung wendet die IBB den Kreditrisiko-Standardansatz nach § 24 SolvV an.

In einem mindestens jährlichen Turnus werden wesentliche Modellparameter der Kreditrisikomodelle, wie Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten, Korrelationsparameter oder Risikofaktoren, auf ihre Validität überprüft und erforderlichenfalls angepasst.

Die IBB nutzt in nennenswertem Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Realsicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken.

Kreditrisiko

Im Fokus des Kreditgeschäftes der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung. Aufgrund der Struktur des Kreditportfolios ist die Entwicklung der Risiken der IBB auch weiterhin eng mit der Entwicklung des Berliner Marktes für Wohnimmobilien verbunden.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Darlehen nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB keine Adressenausfallrisiken. Diese sind dennoch Gegenstand des Kreditrisikomanagement-Prozesses. Die Refinanzierung der Förderdarlehen im aktuellen IBB-Portfolio erfolgte durch die Aufnahme von Mitteln am Geld- und Kapitalmarkt, aber auch durch Mittel des Landes Berlin oder der Europäischen Union.

Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGVO-Masterskala in %

Ratingklasse	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit	< 0,2	0,3 bis	1,3 bis	10,0	Ausfall	7,0

Kredite im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet	Gesamt	mCVaR ¹
Wirtschaftsförderung	710,7	200,8	1.095,2	0,1	20,6	8,2	2.035,7	21,8
Mietwohnungsbau	2.186,6	2.386,1	1.342,0	206,7	131,7	136,2	6.389,4	115,2
Eigentumsmaßnahmen	8,5	280,1	592,5	19,4	63,4	1,9	965,7	27,2
Inanspruchnahme Gesamt	2.905,8	2.867,0	3.029,8	226,2	215,8	146,2	9.390,8	164,2
in %	30,9	30,5	32,3	2,4	2,3	1,6	100,0	—
(marginaler) CVaR	7,9	34,1	70,6	38,7	0,0	12,9	164,2	—
in %	4,8	20,8	43,0	23,6	0,0	7,9	100,0	—

¹ marginaler Credit Value at Risk**Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR**

Segment/Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet	Gesamt
Wirtschaftsförderung	9,2	1,2	3,4	0,1	32,4	63,3	109,6
Mietwohnungsbau	594,9	1.372,8	765,1	577,4	835,4	449,7	4.595,3
Eigentumsmaßnahmen	97,3	40,7	16,6	2,2	32,9	0,8	190,4
Inanspruchnahme Gesamt	701,4	1.414,7	785,1	579,6	900,7	513,8	4.895,3
in %	14,3	28,9	16,0	11,8	18,4	10,5	100,0

Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Geschäftsfeldes Treasury. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Strukturierte Kreditprodukte sind nicht Bestandteil des Portfolios. Bestehende Auslandsengagements der Bank resultieren nahezu vollständig aus dem Treasury-Geschäft.

Inanspruchnahme Geld- und Kapitalmarktgeschäft nach Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18	ungeratet	Gesamt	mCVaR
Treasury	6.082,2	118,8	0,0	0,0	0,0	0,0	6.201,0	93,7
in %	98,1	1,9	—	—	—	—	100,0	—
davon Ausland	3.585,4	48,0	—	—	—	—	3.633,4	66,0
(marginaler) CVaR	88,0	5,6	—	—	—	—	93,7	—
in %	94,0	6,0	—	—	—	—	100,0	—

Anteilseignerrisiko

Anteilseignerrisiken bestehen für die IBB insbesondere in potenziellen Verlusten, die aus der Bereitstellung von Eigenkapital oder Krediten an Unternehmen entstehen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Die daraus entstehenden Risiken werden durch das Risikocontrolling ermittelt und überwacht. Die Steuerung der Anteilseignerrisiken erfolgt im Beteiligungsmanagement der IBB.

Aufgrund der Unwesentlichkeit des Anteilseignerrisikos für die Bank wurde für diese Risikoart kein Verlustrisikolimit festgelegt. Eine Berichterstattung zu dem Anteilseignerrisiko erfolgt nur bei wesentlichen Änderungen der Risikoposition.

Das maximale Ausfallrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) entspricht zum Bilanzstichtag mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte. Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Buchwert (EUR 15.265,4 Mio) unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen (EUR 51,4 Mio). Für Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Nominalwert abzüglich gebildeter Risikovorsorge (EUR 1.084,6 Mio). Sicherheiten sowie sonstige risikomindernde Vereinbarungen sind in diesen Beträgen nicht berücksichtigt.

Im Folgenden wird das Ausfallrisiko unter Berücksichtigung von Sicherheiten dargestellt. Danach haben sich in 2012 die maximalen Adressenausfallrisiken nach Berücksichtigung von Sicherheiten von 15.499,2 Mio. EUR um 250,7 Mio. EUR auf 15.248,5 Mio. EUR geringfügig vermindert.

Entwicklung maximale Adressenausfallrisiken IBB 2011–2012

Segmente	Adressenausfallrisikobetrag unter Berücksichtigung von Sicherheiten				Wert der erhaltenen Sicherheiten	
	in Mio. EUR		in %			
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Wirtschaftsförderung	2.481,3	1.527,3	16,3%	9,9%	1.277,1	454,7
Inanspruchnahme	1.938,5	1.078,7	12,7%	7,0%	959,6	156,6
Loans and Receivables	1.935,7	1.076,2	12,7%	6,9%	959,6	156,6
Financial Assets at Fair Value	2,8	2,5	0,0%	0,0%	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	486,1	349,5	3,2%	2,3%	317,6	235,5
Finanzgarantien	56,7	99,1	0,4%	0,6%	0,0	62,6
Mietwohnungsbau	6.230,9	5.955,5	40,9%	38,4%	4.800,4	4.711,9
Inanspruchnahme	5.771,7	5.466,6	37,9%	35,3%	4.684,5	4.601,1
Loans and Receivables	5.743,5	5.460,9	37,7%	35,2%	4.684,5	4.601,1
Financial Assets at Fair Value	28,2	5,7	0,2%	0,0%	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	406,5	414,0	2,7%	2,7%	113,4	108,3
Finanzgarantien	52,7	74,9	0,3%	0,5%	2,5	2,5
Eigentumsmaßnahmen	908,5	997,4	6,0%	6,4%	570,6	617,9
Inanspruchnahme	907,3	996,1	5,9%	6,4%	570,6	617,9
Loans and Receivables	907,3	996,1	5,9%	6,4%	570,6	617,9
Auszahlungsverpflichtungen	1,2	1,3	0,0%	0,0%	0,0	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	9.620,7	8.480,2	63,1%	54,7%	6.648,1	5.784,6
Inanspruchnahme	8.617,5	7.541,4	56,5%	48,7%	6.214,6	5.375,6
Loans and Receivables	8.586,5	7.533,2	56,3%	48,6%	6.214,6	5.375,6
Financial Assets at Fair Value	31,0	8,2	0,2%	0,1%	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	893,9	764,8	5,9%	4,9%	431,0	343,9
Finanzgarantien	109,3	174,0	0,7%	1,1%	2,5	65,1
Treasury	5.405,7	6.820,2	35,5%	44,0%	120,7	129,6
Inanspruchnahme	5.405,7	6.820,2	35,5%	44,0%	120,7	129,6
Loans and Receivables	558,8	1.707,3	3,7%	11,0%	20,7	29,6
Financial Assets at Fair Value	3.240,0	2.884,1	21,2%	18,6%	100,0	100,0
Available for Sale	1.606,9	2.228,7	10,5%	14,4%	0,0	0,0
Beteiligungen der IBB ¹	0,7	0,5	0,0%	0,0%	0,0	0,0
Inanspruchnahme	0,7	0,5	0,0%	0,0%	0,0	0,0
Available for Sale	0,7	0,5	0,0%	0,0%	0,0	0,0
Summe IBB	15.027,2	15.300,9	98,5%	98,7%	6.768,8	5.914,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe ²	221,3	198,3	1,5%	1,3%	0,0	0,0
Inanspruchnahme	221,3	198,3	1,5%	1,3%	0,0	0,0
Loans and Receivables	12,3	12,3	0,1%	0,1%	0,0	0,0
Financial Assets at Fair Value	45,8	35,1	0,3%	0,2%	0,0	0,0
Available for Sale	163,2	150,9	1,1%	1,0%	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	15.248,5	15.499,2	100,0%	100,0%	6.768,8	5.914,2

¹ Die Position betrifft die nicht konsolidierten Beteiligungen Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, IBB Business Team GmbH, Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG und BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH.

² Dargestellt werden die Finanzinstrumente der verbundenen Unternehmen IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, VC Fonds Technologie Berlin GmbH, IBB-Holding GmbH, Immobiliengesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH (BTGI), ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, DeAM-Fonds IBB Corp (Spezial-Sondervermögen nach dem InvG) und IBB Technologie Entwicklungsfonds GmbH & Co. KG.

Das Gesamtportfolio des Konzerns IBB verfügt nach wie vor über eine hohe Kreditqualität. So werden zum 31. Dezember 2012 75,2 % der Finanzinstrumente von Kreditnehmern mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit von nicht größer als 1,08 % in Anspruch genommen. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 reduzierte sich der Anteil dieser Bonitätsklassen mit einer sehr geringen Ausfallwahrscheinlichkeit geringfügig um 2,6 %-Punkte. Ein weiterer Indikator für die gute Qualität des Gesamtportfolios ist der Anteil von 98,9 % der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind. Im Vergleich zum Jahr 2011 stieg dieser Wert um 0,2 %-Punkte.

**Kreditqualität der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind
zum 31.12.2012, in Mio. EUR**

Ratingstufe	1-3	4-7	8-12	13-15	16-18		
Ausfallwahrscheinlichkeit					aus-		
Segmente	0,21%	1,08%	8,16%	>8,16%	gefallen	ungeratet	Summe
Wirtschaftsförderung	1.110,3	187,1	1.173,3	0,0	0,0	7,3	2.478,0
Inanspruchnahme	701,8	138,4	1.089,2	0,0	0,0	5,8	1.935,2
Loans and Receivables	701,5	137,9	1.087,3	0,0	0,0	5,8	1.932,5
Financial Assets at Fair Value	0,3	0,5	1,9	0,0	0,0	0,0	2,7
Auszahlungsverpflichtungen	404,3	5,0	76,8	0,0	0,0	0,1	486,1
Finanzgarantien	4,2	43,7	7,4	0,0	0,0	1,4	56,7
Mietwohnungsbau	2.257,1	2.228,3	1.284,5	170,8	57,0	123,1	6.120,7
Inanspruchnahme	1.986,5	2.098,5	1.229,1	170,8	57,0	121,9	5.663,8
Loans and Receivables	1.984,5	2.072,6	1.229,1	170,8	57,0	121,6	5.635,6
Financial Assets at Fair Value	2,0	25,9	0,0	0,0	0,0	0,3	28,2
Auszahlungsverpflichtungen	245,7	111,5	45,8	0,0	0,0	1,1	404,3
Finanzgarantien	24,8	18,2	9,6	0,0	0,0	0,1	52,7
Eigentumsmaßnahmen	4,8	273,1	564,4	11,5	2,9	1,9	858,6
Inanspruchnahme	4,7	272,6	564,2	11,5	2,9	1,7	857,6
Loans and Receivables	4,7	272,6	564,2	11,5	2,9	1,7	857,6
Auszahlungsverpflichtungen	0,2	0,5	0,1	0,0	0,0	0,2	1,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	3.372,2	2.688,5	3.022,2	182,3	59,9	132,2	9.457,3
Inanspruchnahme	2.693,0	2.509,5	2.882,5	182,3	59,9	129,4	8.456,6
Loans and Receivables	2.690,7	2.483,1	2.880,6	182,3	59,9	129,1	8.425,6
Financial Assets at Fair Value	2,3	26,4	1,9	0,0	0,0	0,3	30,9
Auszahlungsverpflichtungen	650,2	117,1	122,7	0,0	0,0	1,4	891,4
Finanzgarantien	29,0	61,9	17,0	0,0	0,0	1,4	109,3
Treasury	5.339,8	65,9	0,0	0,0	0,0	0,0	5.405,7
Inanspruchnahme	5.339,8	65,9	0,0	0,0	0,0	0,0	5.405,7
Loans and Receivables	558,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	558,8
Financial Assets at Fair Value	3.201,7	38,3	0,0	0,0	0,0	0,0	3.240,0
Available for Sale	1.579,3	27,7	0,0	0,0	0,0	0,0	1.606,9
Beteiligungen der IBB	0,0	0,5	0,1	0,0	0,0	0,1	0,7
Inanspruchnahme	0,0	0,5	0,1	0,0	0,0	0,1	0,7
Available for Sale	0,0	0,5	0,1	0,0	0,0	0,1	0,7
Summe IBB	8.712,0	2.754,9	3.022,3	182,3	59,9	132,3	14.863,7
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	221,00	221,0
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	221,00	221,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	12,00	12,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	45,80	45,8
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	163,20	163,2
Summe IBB Gruppe	8.712,0	2.754,9	3.022,3	182,3	59,9	353,3	15.084,7
	57,1%	18,1%	19,8%	1,2%	0,4%	2,3%	98,9%

Kreditqualität der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind zum 31.12.2011, in Mio. EUR

Ratingstufe	1-3	4-7	8-12	13-15	16-18		
Ausfallwahrscheinlichkeit					aus-		
Segmente	0,21%	1,08%	8,16%	>8,16%	gefallen	ungeratet	Summe
Wirtschaftsförderung	898,2	234,0	357,5	0,4	0,0	14,6	1.504,8
Inanspruchnahme	681,2	203,9	162,4	0,4	0,0	13,2	1.061,1
Loans and Receivables	680,9	203,5	160,8	0,4	0,0	13,0	1.058,6
Financial Assets at Fair Value	0,3	0,4	1,5	0,0	0,0	0,2	2,5
Auszahlungsverpflichtungen	217,0	2,2	129,7	0,0	0,0	0,1	349,1
Finanzgarantien	0,0	27,8	65,4	0,0	0,0	1,4	94,6
Mietwohnungsbau	837,8	2.774,7	1.830,3	241,4	47,5	99,9	5.831,6
Inanspruchnahme	705,2	2.510,4	1.739,7	240,8	47,5	99,6	5.343,1
Loans and Receivables	705,2	2.504,7	1.739,7	240,8	47,5	99,6	5.337,4
Financial Assets at Fair Value	0,0	5,7	0,0	0,0	0,0	0,0	5,7
Auszahlungsverpflichtungen	129,9	224,2	59,5	0,0	0,0	0,4	414,0
Finanzgarantien	2,6	40,2	31,0	0,6	0,0	0,0	74,4
Eigentumsmaßnahmen	0,1	345,7	571,9	21,5	2,6	2,9	944,6
Inanspruchnahme	0,1	345,0	571,7	21,5	2,6	2,6	943,4
Loans and Receivables	0,1	345,0	571,7	21,5	2,6	2,6	943,4
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,7	0,2	0,0	0,0	0,3	1,1
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	1.736,1	3.354,5	2.759,6	263,3	50,0	117,5	8.280,9
Inanspruchnahme	1.386,5	3.059,4	2.473,8	262,7	50,0	115,3	7.347,7
Loans and Receivables	1.386,1	3.053,2	2.472,3	262,7	50,0	115,1	7.339,5
Financial Assets at Fair Value	0,3	6,1	1,5	0,0	0,0	0,2	8,2
Auszahlungsverpflichtungen	347,0	227,1	189,4	0,0	0,0	0,8	764,3
Finanzgarantien	2,6	68,0	96,4	0,6	0,0	1,4	169,0
Treasury	6.662,5	140,7	17,0	0,0	0,0	0,0	6.820,2
Inanspruchnahme	6.662,5	140,7	17,0	0,0	0,0	0,0	6.820,2
Loans and Receivables	1.656,9	50,5	0,0	0,0	0,0	0,0	1.707,3
Financial Assets at Fair Value	2.855,4	28,7	0,0	0,0	0,0	0,0	2.884,1
Available for Sale	2.150,2	61,6	17,0	0,0	0,0	0,0	2.228,7
Beteiligungen der IBB	0,0	0,4	0,1	0,0	0,0	0,0	0,5
Inanspruchnahme	0,0	0,4	0,1	0,0	0,0	0,0	0,5
Available for Sale	0,0	0,4	0,1	0,0	0,0	0,0	0,5
Summe IBB	8.398,6	3.495,6	2.776,7	263,3	50,0	117,5	15.101,6
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	150,8	0,0	0,0	0,0	0,0	46,9	197,7
Inanspruchnahme	150,8	0,0	0,0	0,0	0,0	46,9	197,7
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	11,7	11,7
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	35,1	35,1
Available for Sale	150,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	150,9
Summe IBB Gruppe	8.549,4	3.495,6	2.776,7	263,3	50,0	164,4	15.299,3
	55,2%	22,6%	17,9%	1,7%	0,3%	1,1%	98,7%³

³ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Der Anteil überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente im Portfolio der IBB beträgt wie im Vorjahr 0,8 %.

Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente zum 31.12.2012 in Mio. EUR

Verzugsdauer Segmente	Verzug ≤ 10 Tage	Verzug > 10 Tage und ≤ 90 Tage	Verzug > 90 Tage und ≤ 180 Tage	Verzug > 180 Tage und ≤ 1 Jahr	Verzug > 1 Jahr	Summe in Mio. EUR	Fair- Value der gestellten Sicher- heiten
Wirtschaftsförderung	0,0	0,0	0,3	1,2	1,1	2,5	2,3
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,3	1,2	1,1	2,5	2,3
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,2	1,2	1,1	2,4	2,3
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mietwohnungsbau	0,0	8,3	3,8	3,5	86,9	102,6	91,9
Inanspruchnahme	0,0	6,0	3,8	3,5	86,9	100,3	91,9
Loans and Receivables	0,0	6,0	3,8	3,5	86,9	100,3	91,9
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	2,3	0,0	0,0	0,0	2,3	0,0
Eigentumsmaßnahmen	0,0	3,6	2,2	3,4	10,2	19,3	12,0
Inanspruchnahme	0,0	3,6	2,2	3,4	10,1	19,2	12,0
Loans and Receivables	0,0	3,6	2,2	3,4	10,1	19,2	12,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	0,0	12,0	6,2	8,0	98,2	124,4	106,2
Inanspruchnahme	0,0	9,7	6,2	8,0	98,1	122,0	106,2
Loans and Receivables	0,0	9,7	6,1	8,0	98,1	121,9	106,2
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	2,3	0,0	0,0	0,1	2,4	0,0
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Treasury	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	0,0	12,0	6,2	8,0	98,2	124,4	106,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	0,0	12,0	6,2	8,0	98,2	124,4	106,2
	0,0%	0,1%	0,0%	0,1%	0,6%	0,8%	

Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente zum 31.12.2011 in Mio. EUR

Verzugsdauer Segmente	Verzug ≤ 10 Tage	Verzug > 10 Tage und ≤ 90 Tage	Verzug > 90 Tage und ≤ 180 Tage	Verzug > 180 Tage und ≤ 1 Jahr	Verzug > 1 Jahr	Summe in Mio. EUR	Fair- Value der gestellten Sicher- heiten
Wirtschaftsförderung	0,9	4,9	0,0	15,6	0,5	21,9	1,2
Inanspruchnahme	0,5	0,3	0,0	15,6	0,5	17,0	1,2
Loans and Receivables	0,5	0,3	0,0	15,6	0,5	17,0	1,2
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,0
Finanzgarantien	0,0	4,5	0,0	0,0	0,0	4,5	0,0
Mietwohnungsbau	1,6	2,0	1,4	11,7	67,0	83,6	69,8
Inanspruchnahme	1,6	2,0	1,4	11,7	67,0	83,6	69,8
Loans and Receivables	1,6	2,0	1,4	11,7	67,0	83,6	69,8
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Eigentumsmaßnahmen	0,0	4,0	2,2	3,0	6,3	15,4	9,2
Inanspruchnahme	0,0	4,0	2,2	3,0	6,1	15,3	9,2
Loans and Receivables	0,0	4,0	2,2	3,0	6,1	15,3	9,2
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	2,5	10,9	3,6	30,2	73,7	120,9	80,2
Inanspruchnahme	2,1	6,3	3,6	30,2	73,6	115,9	80,2
Loans and Receivables	2,1	6,3	3,6	30,2	73,6	115,9	80,2
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,4	0,0	0,0	0,0	0,1	0,5	0,0
Finanzgarantien	0,0	4,5	0,0	0,0	0,0	4,5	0,0
Treasury	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	2,5	10,9	3,6	30,2	73,7	120,9	80,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	2,5	10,9	3,6	30,2	73,7	120,9	80,2
	0,0%	0,1%	0,0%	0,2%	0,5%	0,8%³	

³ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Individuell wertgeminderte Finanzinstrumente (EWB)

Segmente	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair-Value der gestellten Sicherheiten	
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11
Wirtschaftsförderung	9,8	13,6	9,0	12,9	0,8	0,6	0,0	0,0
Inanspruchnahme	1,8	10,4	1,0	9,8	0,8	0,6	0,0	0,0
Loans and Receivables	1,8	10,4	1,0	9,8	0,8	0,6	0,0	0,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzgarantien	8,0	3,2	8,0	3,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Mietwohnungsbau	13,9	53,8	6,3	13,5	7,7	40,3	2,5	14,0
Inanspruchnahme	13,9	53,1	6,3	13,2	7,7	39,9	2,5	14,0
Loans and Receivables	13,9	53,1	6,3	13,2	7,7	39,9	2,5	14,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,7	0,0	0,3	0,0	0,5	0,0	0,0
Eigentumsmaßnahmen	55,5	68,0	24,9	30,6	30,6	37,4	17,3	21,3
Inanspruchnahme	55,4	67,9	24,9	30,6	30,5	37,3	17,3	21,3
Loans and Receivables	55,4	67,9	24,9	30,6	30,5	37,3	17,3	21,3
Auszahlungsverpflichtungen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	79,2	135,3	40,2	57,0	39,0	78,4	19,9	35,3
Inanspruchnahme	71,1	131,4	32,2	53,6	38,9	77,8	19,9	35,3
Loans and Receivables	71,1	131,4	32,2	53,6	38,9	77,8	19,9	35,3
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
Finanzgarantien	8,0	3,9	8,0	3,4	0,0	0,5	0,0	0,0
Treasury	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	79,2	135,3	40,2	57,0	39,0	78,4	19,9	35,3
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,7	1,1	0,4	0,5	0,3	0,6	0,0	0,0
Inanspruchnahme	0,7	1,1	0,4	0,5	0,3	0,6	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,7	1,1	0,4	0,5	0,3	0,6	0,0	0,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	79,9	136,4	40,6	57,5	39,3	79,0	19,9	35,3
					0,26%³	0,51%³		

³ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmerspezifischen, marktinduzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereiches hinweg.

Spreadausweitungen können selbst bei unveränderter Ratingeinstufung von Adressen des Geld- und Kapitalmarktes erfolgen und erhebliche Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit der Bank haben.

Spreadrisiken entstehen für die Bank ausschließlich aus Positionen des Geld- und Kapitalmarktportfolios. Spreadrisiken sind innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset-Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene.

In der IBB werden die Adressenausfall- und Spreadrisiken des Portfolios in einem integrierten Ansatz bestimmt und somit die Abhängigkeiten zwischen beiden Risikoarten berücksichtigt. Damit ist die Bank in der Lage, neben den im Adressenausfallrisikomodell verwendeten Inter- und Intra-Bonitäts-Branchenkorrelationen auch Inter- und Intra-Spread-Branchenkorrelationen sowie die Inter-Spread-Bonitäts-Korrelationen zu berücksichtigen. Neben dem systematischen Einfluss wird dabei auch das kreditnehmerspezifische Risiko beachtet.

Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR). Der CSVaR ergibt sich aus der Abweichung des ermittelten Value at Risk zum Erwarteten Gewinn bzw. Verlust, gerechnet mit einem 99%-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr. Neben dem Credit Spread Value at Risk wird als weitere Kennzahl zur Bestimmung des Spreadrisikos in ungewöhnlichen Marktsituationen der Conditional Value at Risk verwendet.

Spreadrisiken (CSVaR) nach Ratingklassen und Branchen in Mio. EUR

Rating	1			2-3	4-7	8-12	13-15	CSVaR	Δ CSVaR/	
	AAAA/AAA	AA+/AA-	A+/A/A-						2011	IA in %
Banken und Versicherungen Inland	7,9	1,2	7,5	0,0	0,9	0,0	0,0	17,4	4,1	1,5
Banken und Versicherungen Ausland	2,1	19,8	18,5	0,5	3,7	0,0	0,0	44,5	2,0	1,6
davon PIIGS-Risiken	0,0	0,0	0,9	0,0	3,7	0,0	0,0	4,5	-0,3	2,6
Öffentliche Hand Inland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentliche Hand Ausland	6,4	19,2	19,6	0,0	0,0	0,0	0,0	45,2	-4,9	5,6
davon PIIGS-Risiken	0,0	0,0	13,3	0,0	0,0	0,0	0,0	13,3	-14,4	6,5
Corporates	0,0	0,0	4,8	0,0	0,0	0,0	0,0	4,8	1,2	3,2
Summe CSVaR								111,9	2,4	1,8

Die wesentlichen Risikofaktoren für die Entwicklung der Spreadrisiken im Geld- und Kapitalmarktportfolio stellen Credit-Spread-Veränderungen der Branchen Banken und Öffentliche Hand Ausland dar.

Der Anteil des Spreadrisikos der PIIGS-Staaten für die Branche Banken und Versicherungen des Auslands am Gesamt-Spreadrisiko beträgt 4,1 %. Der Anteil des Spreadrisikos der PIIGS-Staaten für die Branche Öffentliche Hand des Auslands am Gesamt-Spreadrisiko beträgt 11,8 %.

Der moderate Anstieg des Spreadrisikos beruht auf zwei gegenläufigen Effekten: So sind die Credit Spreads für Banken gestiegen, während die Spreads für die Branche Öffentliche Hand Ausland zurückgegangen sind. Zudem wirkt sich der deutliche Abbau des PIIGS-Exposure risikoentlastend aus.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die IBB die Risiken im Bereich Öffentliche Hand Ausland, insbesondere in den Krisenstaaten, deutlich zurückgefahren hat. Zum Berichtsstichtag bestehen im Wertpapierportfolio nahezu keine stillen Lasten mehr.

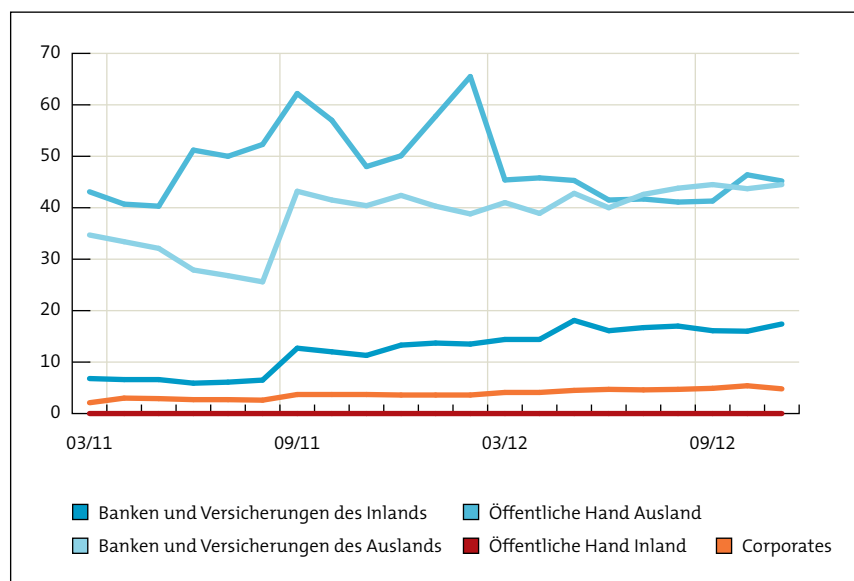
Ausländische Wertpapiere mit dem Fokus PIIGS-Staaten in Mio. EUR (Stichtag 31.12.2012)

Land	Nominal			Marktwert		
	AfS	FVO	Summe	AfS	FVO	Summe
Italien	158	150	308	155	155	311
davon Banken	158	0	158	155	0	155
davon Staat	0	150	150	0	155	155
Spanien	0	75	75	0	72	72
davon Banken	0	20	20	0	17	17
davon Staat	0	55	55	0	54	54
Griechenland	0	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0	0
Portugal	0	0	0	0	0	0
Gesamt PIIGS	158	225	383	155	227	383
Sonstige Länder	1.444	1.667	3.111	1.446	1.840	3.287
Gesamt	1.602	1.892	3.494	1.602	2.068	3.670

Eine Besicherung zu den PIIGS-Staatsanleihen besteht nicht. Für die Wertpapiere bestand zum Bilanzstichtag kein Impairment.

Die Entwicklung der Spreadrisiken für das Geld- und Kapitalmarktportfolio der Bank werden in der nachfolgenden Abbildung verdeutlicht. Wesentlich für die Spreadrisiken der Bank war die Entwicklung der Branchen Banken und Öffentliche Hand Ausland als Folge der Schuldenproblematik der europäischen Haushalte.

Spreadrisiken nach Branchen im Zeitverlauf in Mio. EUR



Beteiligungsrisiko

Um die Risiken des Venture-Capital-Portfolios der IBB bestimmen und steuern zu können, verwendet die IBB ein erweitertes Kreditrisikomodell.

Das Modell berücksichtigt die Risiken der VC-Gesellschaften, die wiederum Beteiligungen an Unternehmen eingehen. Das Ziel dieser Gesellschaften ist es, aus dem Beteiligungsportfolio eine positive Rendite durch die Wertmaximierung der Portfoliounternehmen zu erzielen. Dabei soll der Gewinn regelmäßig aus der Veräußerung des Portfoliounternehmens am Ende der zeitlich befristeten Investitionsphase realisiert werden. Die Investments der Gesellschaften unterliegen dem Beteiligungsrisiko (Konzern), das neben dem klassischen Kreditrisiko potenzielle negative Vermögenswertänderungen (Buchwertabschreibung bzw. Fair-Value-Reduzierung) berücksichtigt, die im Rahmen der laufenden Überwachung oder des Veräußerungsprozesses der Portfoliounternehmen aufgrund von Marktpreisschwankungen eintreten können. Das verwendete Modell bestimmt das erforderliche ökonomische Kapital einer Beteiligungsposition als Value at Risk eines Portfoliomodells und bestimmt im Durchschauprinzip das Kredit- und das Marktpreisrisiko in einem integrierten Modellansatz. Das Modell quantifiziert dabei das Risiko aufgrund von Verlustereignissen aus den Beteiligungspositionen auf einen Risikohorizont von einem Jahr. Als Verlustrisiko werden dabei sowohl das Ausfallrisiko als auch das Risiko, dass am Risikohorizont der Wert des Eigenkapitals niedriger ist als der risikolos aufgezinste Betrag des investierten Kapitals, berücksichtigt.

Entwicklung des Beteiligungsrisikos in Mio. EUR

	I. Quart. 2012	II. Quart. 2012	III. Quart. 2012	31.12.2012
Beteiligungsrisiko Konzern ⁴	10,3	10,8	11,7	11,6

⁴ Die Quartalsangaben stellen Stichtagswerte per Quartalsultimo dar.

Gefährdete Engagements und Risikovorsorge

Die Bearbeitung von Intensiv- und Problemkrediten obliegt grundsätzlich auf die Sanierung bzw. Abwicklung von Krediten spezialisierten Mitarbeitern in dem gesonderten Bereich Kreditrisikobetreuung. Für die erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Bank unterscheidet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen in Anlehnung an IAS 39 und Rückstellungen im Kreditgeschäft. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden einzeln wertberichtigt. Die Höhe einer erforderlichen Risikovorsorge wird dabei unter Berücksichtigung der Werthaltigkeit der Besicherung bestimmt. Für ausfallgefährdete Forderungen der Segmente Eigentumsmaßnahmen und Mikrodarlehen (Mengengeschäft) erfolgt die Ermittlung des erforderlichen Risikovorsorgebedarfs mittels eines maschinellen, pauschalierten Verfahrens. Neben der Identifizierung der Verlustereignisse für einzelne Forderungen werden in dem Verfahren vorhandene Sicherheiten vertragsindividuell berücksichtigt. Zur weiteren Abschirmung latenter Risiken auf Forderungen bildet die IBB für alle nicht individuell oder pauschaliert einzelwertberichtigten Forderungen eine Portfoliowertberichtigung.

Der gesamte Risikovorsorgebestand verringerte sich im Berichtsjahr durch die Inanspruchnahme des Bestandes sowie durch Auflösung von Risikovorsorge von 80,2 Mio. EUR auf 59,8 Mio. EUR

Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Mio. EUR

	31.12.2012	31.12.2011
Einzelwertberichtigungen	6,7	23,0
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	25,5	31,1
Portfoliowertberichtigungen	19,3	22,4
Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,2	0,6
Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	8,0	3,4
Risikovorsorge Gesamt	59,7	80,5

Kredit- und Finanzsicherheiten

Zur Reduzierung ihrer Risiken im Kreditgeschäft nutzt die IBB vorhandene Möglichkeiten zur Besicherung ihrer Forderungen. Neben der Verlagerung des Risikos durch Bürgschaften/Garantien und vergleichbare Erklärungen der öffentlichen Hand, insbesondere des Landes Berlin und des Bundes stellt die Grundpfandrechtliche Beleihung von Wohnimmobilien ein für die IBB maßgebliches Sicherungsinstrument dar.

Die Bewertung der Sicherungsobjekte erfolgt nach dem Beleihungswertermittlungsverfahren auf der Grundlage des Pfandbriefgesetzes und der Beleihungswertermittlungsverordnung. Eine Überprüfung der jeweiligen Wertansätze eines Objekts erfolgt grundsätzlich in einem Turnus von drei Jahren, der sich bei Problemkreditengagements und wertberichtigten Engagements auf zwei beziehungsweise ein Jahr verkürzt. Zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Bestimmung der Eigenkapitalbemessung für Wohnimmobilien ist ein Verfahren zur Identifizierung der Objekte implementiert, deren Wert nach dem Auftreten einer wesentlichen Marktschwankung außerhalb des Turnus zu überprüfen ist. Eine wesentliche Marktschwankung liegt bei einer Reduzierung der Marktpreise um mindestens 20% innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren vor.

Eine abweichende Regelung gilt für selbst genutzte Wohnobjekte des Teilportfolios Eigentumsmaßnahmen. Bei diesen Objekten wird unter Inanspruchnahme der aufsichtsrechtlichen Bestandsschutzregelung nach § 339 (18) SolvV bis zum Auftreten eines engagementbezogenen Anlasses auf eine regelmäßige Wertüberprüfung verzichtet. Die anlassbezogene Objektbewertung erfolgt mit einem vereinfachten Verfahren (Objektschätzwertverfahren) unter Verzicht auf eine mögliche Realkreditprivilegierung dieser Objekte.

Alle anderen banküblichen Sicherungsformen, wie Abtretungen und Verpfändungen von Guthaben, Wertpapieren und anderen Forderungen, Sicherungsübereignungen von Waren und sonstigen beweglichen Sachen sowie Bürgschaften und Garantien anderer Sicherungsgeber werden, sofern dies im jeweiligen Einzelfall geboten erscheint, mit dem Kreditnehmer vereinbart, haben jedoch für die Reduzierung des Kreditrisikos der IBB insgesamt derzeit keine größere praktische Bedeutung. Der Wert dieser Sicherheiten wird mindestens einmal jährlich im Rahmen der Engagementprüfung unter Beachtung der definierten Beleihungsgrenzen festgelegt. Im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbemessung finden momentan Bürgschaften und Garantien institutioneller Bürgen sowie Guthabenverpfändungen Berücksichtigung, sofern die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen im jeweiligen Einzelfall erfüllt sind.

Im Kapitalmarktgeschäft werden die im Rahmen des Repo-/Reverse Repo-geschäfts erhaltenen Wertpapiere als Sicherheiten berücksichtigt und einer täglichen Bewertung unterzogen. Dabei ist das initial akzeptierte

Spektrum an Emittenten auf Geschäftspartner beschränkt, denen ein Kontrahenten-/Emittentenlimit eingeräumt ist bzw. denen vergleichbar nach Art und Güte gemäß geltendem Regelwerk jederzeit ein Kontrahenten-/Emittentenlimit eingeräumt werden könnte. Für 2013 ist der Abschluss von Besicherungen für das Derivategeschäft geplant. Die Bewertungsmethoden und -verfahren sind verbindlich in den jeweiligen Handbüchern fixiert. Durch den Einsatz von Vordrucken des Deutschen Sparkassenverlages und des Bank Verlages wird ein hohes Maß an Standardisierung sowie rechtlicher Aktualität und Sicherheit der getroffenen Sicherungsvereinbarungen gewährleistet.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank ganz überwiegend aus Zinsänderungsrisiken. Das Preisrisiko von Eigenkapitaltiteln ist unwesentlich.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt durch das Treasury der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-at-Risk-Ansatz mittels Historischer Simulation. Der Value at Risk wird für die tägliche Steuerung mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei zehntägiger Haltedauer ermittelt. Der Value-at-Risk-Ansatz der IBB berücksichtigt die relevanten Risikofaktoren wie Zinssätze oder Volatilitäten sowie die Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Teilportfolios. Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 betrugen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 20,1 Mio. EUR. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen durch verschiedene Szenarien. Neben besonderen Kurvenbewegungen sind auch Sensitivitätsanalysen, der aufsichtsrechtliche Zinsschock und inverse Stresstests Bestandteile der Analysen zum Marktpreisrisiko.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt über ein System mit Limiten und Vorwarnstufen, die das Verlustpotenzial aus Marktpreisrisiken, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit, begrenzen. Die Risikolimits werden mindestens einmal jährlich überprüft und vom Vorstand genehmigt.

Zur Überprüfung der Angemessenheit der Prognosegüte des Modells führt die IBB quartalsweise ein Backtesting nach dem Baseler Ampel-Konzept durch. In 2012 wurde lediglich ein Ausreißer festgestellt. Damit hat das Risikomodell, auch in einem volatilen Marktumfeld, seine hohe Prognosegüte bestätigt.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Die Einhaltung des aufsichtsrechtlichen Grenzwertes von 20 % wird in der IBB täglich geprüft. Der Risikobe-

trag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war für das Geschäftsjahr 2012 jederzeit kleiner als 20 % der Eigenmittel.

Im Rahmen der Risikoberichterstattung wird der Vorstand über die Risikoentwicklung, die Limitauslastung sowie die Entwicklung des Barwertes des Zinsbuches informiert. In der monatlichen Berichterstattung werden darüber hinaus die Ergebnisse aus Stress- und Szenariorechnungen analysiert. Überschreitungen von Vorwarnstufen und Limiten kamen im Berichtsjahr 2012 nicht vor.

Marktpreisrisiken nach Portfolios in Mio. EUR

Value at Risk, 99 %-Konfidenzniveau, 10 Tage Haltedauer ⁵					
Portfolio	31.12.2012	III. Quart. 2012	II. Quart. 2012	I. Quart. 2012	31.12.2011
Limitauslastung Bankbuch	38,6 %	44,1 %	46,0 %	35,1 %	38,7 %
Bankbuch	19,3	22,0	23,0	17,6	19,4
Kreditportfolio	19,4	21,7	23,3	17,5	18,3
Asset- und Geldmarkt-Portfolio	1,6	1,6	1,4	1,9	2,6

⁵ Die Quartalsangaben stellen Stichtagswerte per Quartalsultimo dar.

Liquiditätsrisiko

Die nachfolgende Analyse der Fälligkeiten finanzieller Verbindlichkeiten basiert auf dem Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der verbleibenden vertraglichen Restlaufzeit. Dabei wurden die undiskontierten Cashflows auf die jeweiligen Laufzeitbänder verteilt. Sofern keine feste vertragliche Vereinbarung über den Rückzahlungszeitpunkt bestand, wurde der frühestmögliche Zeitpunkt bzw. die Kündigungsmöglichkeit herangezogen.

Die Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen wurden mit ihrem Nominalwert einbezogen.

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
PASSIVA		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.699,7	3.396,8
täglich fällig und unbestimmt	12,8	64,7
bis 3 Monate	1.521,0	1.376,0
3 Monate bis 1 Jahr	296,4	293,3
1 Jahr bis 5 Jahre	1.319,4	1.186,7
über 5 Jahre	550,0	476,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.374,8	8.430,1
täglich fällig und unbestimmt	165,6	124,3
bis 3 Monate	903,7	693,1
3 Monate bis 1 Jahr	281,2	343,9
1 Jahr bis 5 Jahre	1.508,4	1.526,4
über 5 Jahre	5.515,9	5.742,6
verbriefte Verbindlichkeiten	4.506,7	5.213,0
täglich fällig und unbestimmt	0,0	0,0
bis 3 Monate	233,7	313,5
3 Monate bis 1 Jahr	1.095,8	1.252,5
1 Jahr bis 5 Jahre	2.730,7	3.425,7
über 5 Jahre	446,4	221,4
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (ohne Derivate)	4.097,4	3.863,4
täglich fällig und unbestimmt	0,0	0,0
bis 3 Monate	52,9	29,3
3 Monate bis 1 Jahr	612,7	93,8
1 Jahr bis 5 Jahre	2.083,9	2.559,2
über 5 Jahre	1.347,8	1.181,0
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (Derivate)	1.062,3	1.032,0
täglich fällig und unbestimmt	0,0	0,0
bis 3 Monate	50,9	55,3
3 Monate bis 1 Jahr	199,3	170,7
1 Jahr bis 5 Jahre	571,4	510,1
über 5 Jahre	240,7	295,8
sonstige Passiva	22,9	16,8
täglich fällig und unbestimmt	22,9	16,8
Finanzgarantien	109,0	178,1
täglich fällig und unbestimmt	109,0	178,1
unwiderrufliche Kreditzusagen	975,6	921,1
täglich fällig und unbestimmt	975,6	921,1

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis sicherzustellen. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist der Bereich Treasury.

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten in einem Volumen von 1,3 Mrd. EUR durchgeführt, davon 0,9 Mrd. EUR Inhaberschuldverschreibungen und 0,4 Mrd. EUR Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen.

Durch den Solva-o-Status, die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer war die IBB auch im Jahr 2012 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert. Wesentliche Bestände an liquiditätsmäßig engen Märkten bestehen nicht.

In Ergänzung zur LiqV-Steuerung werden im Risikomanagement potenzielle Verluste aus Liquiditätsrisiken ermittelt. Dabei werden neben den LiqV-Parametern alle weiteren bestimmten Zahlungsströme in die Ermittlung des Verlustrisikos mit einbezogen. Aufgrund des hohen Bestandes an EZB-fähigen Wertpapieren im IBB-Portfolio wurden für das Geschäftsjahr 2012 ebenso wie im Vorjahr keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Konkret erfolgt die Verlustrisikobestimmung im Kontext der Risikotragfähigkeit der IBB indem der Wert der veräußerbaren Aktivpositionen („Barmittelbestand“) nach der LiqV-Meldung um eine Liquiditätsübersicht, in der die voraussichtlichen Mittelzuflüsse den voraussichtlichen Mittelabflüssen gegenübergestellt werden, ergänzt wird. Darin sind alle sicheren und absehbaren Zahlungsströme, wie zum Beispiel Zinsen, Tilgungen, Verwaltungsaufwendungen, Provisionserträge und Gewinnabführungen, erfasst. Dabei wird unterstellt, dass Kapitalien zum Ablauf der Zinsbindungsfrist zurückgezahlt werden. Um bei Aktivgeschäften einen zu hohen Ausweis der Einzahlungen aufgrund der Nichtbeachtung von Prolongationen zu vermeiden, wird der Zahlungsstrom um alle Schluss tilgungen bereinigt. Die Einzahlungen werden somit konservativ ge-

schätzt, das Ertragsrisiko überschätzt. Aufgrund der fast ausschließlichen Refinanzierung am Interbankenmarkt besteht nur ein marginales Abruf-
risiko für die IBB. Über Einlagen, bei denen die formelle Laufzeit von der
tatsächlichen abweicht, wie z.B. bei Spareinlagen, verfügt die IBB nicht.
Dem bestehenden Terminrisiko wird durch Puffer bei der angestrebten
Liquiditätskennziffer Rechnung getragen.

Aufgrund der Refinanzierungsgarantie des Landes stellt sich für die
Investitionsbank Berlin bezüglich des Risikos der Anschlussfinanzierung
lediglich das Problem von erhöhten Einstandssätzen aufgrund ange-
spannter Märkte oder erhöhter Bonitätsspreads aufgrund einer Rating-
verschlechterung der Bank bzw. des Landes. Diesem Risiko wird im Rah-
men der Messung Rechnung getragen, indem zum aktuellen Inter-
banken-Monatssatz ein Aufschlag berechnet wird. Die Höhe des Auf-
schlages von momentan 55 Basispunkten setzt sich aus den Ergebnissen
einer Analyse der Einflussfaktoren „Zinserhöhung aufgrund geänderter
Marktwerte“ und „Bonitätsspread“ zusammen.

Berechnung Liquiditätsrisiko

Angaben in Mio. EUR		Betrachtungszeitraum												Verlust- risiko
Stichtag 31.12.12		Jan 13	Feb 13	Mär 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13	
Barmittel	(3.105,0)	3.200,65	2.360,64	2.153,56	1.499,26	600,98	379,37	377,40	179,70	-72,19	-170,10	-161,66	-213,71	
Liquiditätszuflüsse		327,48	151,45	248,85	114,59	164,82	162,92	73,05	48,18	161,88	124,24	74,50	130,23	
Liquiditätsabflüsse		1.463,14	734,84	903,15	1.062,74	386,43	164,89	270,74	300,07	259,78	115,80	126,54	146,73	
Barmittelbestand am Ende der Periode		2.064,99	1.777,25	1.499,26	551,11	379,37	377,40	179,70	-72,19	-170,10	-161,66	-213,71	-230,22	
Liquiditätskennziffer		2,41	3,42	2,66	1,52	1,98	3,29	1,66	0,76	0,35	-0,40	-0,69	-0,57	
Grenzwert		1,25	1,23	1,21	1,18	1,16	1,14	1,12	1,09	1,07	1,05	1,03	1,00	
Liquiditätsrisiko bei +55bp			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,05	0,09	0,08	0,10	0,3

Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Aus diesem Grund wurde ein transparenter Prozess von der Identifizierung, der Offenlegung bis zur Umsetzung der Maßnahmen zur Risikoreduzierung umgesetzt. In diesen Prozess sind alle Organisationseinheiten eingebunden.

Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die quartalsweise durchgeführte Bestimmung eines Operational Value at Risk auf der Grundlage interner und externer Schadensfälle,
- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC).

Die IBB rechnet einen Operational Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 99% und einem Risikohorizont von einem Jahr. Die Datengrundlage des Modells bilden neben internen Schadensfalldaten auch Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR).

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der Baseler Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Der im Oktober 2012 berechnete OpVaR betrug 94,0 Mio. EUR und überschritt das für operationelle Risiken festgelegte Limit in Höhe von 75,0 Mio. EUR. Die Steigerung ist auf Veränderungen in der Struktur des Datenbestands mit der Folge einer signifikanten Verschiebung der Gewichtung der internen und externen Schadensfälle in die Richtung der mit höheren Schadenssummen versehenen externen Schadensfälle zurückzuführen und überzeichnet das Risiko der Bank. Die Risikomessung des operationellen Risikos wird deshalb weiterhin auf den im dritten Quartal 2012 ermittelten Wert in Höhe von 62,8 Mio. EUR abgestellt und die Methodik zur Quantifizierung operationeller Risiken einer Überprüfung unterzogen.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Risikomanagement-Prozesse für die Einzelrisiken und auf Gesamtbankebene integriert berücksichtigt. Risikokonzentrationen resultieren für die IBB aus Ungleichverteilungen von Abhängigkeiten bankspezifischer Risikotreiber.

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adressenausfall- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adressenausfall- und Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

Es werden verschiedene Konzentrationsmaße eingesetzt. Darüber hinaus werden die Kredit-Inanspruchnahme und der marginale Credit (Spread) Value at Risk verwendet. Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Kennzahlen informiert. Außer mit direkten statischen Verfahren werden Risikokonzentrationen aus Adressenausfall- und Spreadrisiken im Portfolio mittels indirekter Verfahren quantifiziert. Dabei lassen sich durch den Vergleich des IBB-Portfolios mit synthetischen Referenzportfolios Aussagen über die dem IBB-Portfolio inhärenten Risikokonzentrationen treffen, aber auch die Wirkungen der Konzentrationen im IBB-Portfolio auf das ökonomische Kapital in außergewöhnlichen Marktsituationen analysieren.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Risikokonzentrationen in den Segmenten Mietwohnungsbau und Wirtschaftsförderung sowie die Konzentration auf Deutschland sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB. Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen kaum möglich. Die Steuerung des Kredit-

portfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-) Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil.

Das Geld- und Kapitalmarktportfolio der IBB ist durch ein hohes Portfoliogewicht der Branche Banken geprägt. Zur Reduzierung der potenziellen Auswirkungen dieser Risikokonzentration auf das Risikoprofil der Bank wird das Geld- und Kapitalmarktportfolio sukzessive umgeschichtet. Außerdem wurde das Portfoliovolumen deutlich verringert.

Aus den Ungleichverteilungen der Verlustrisiken weist das Portfolio der IBB-Gruppe insbesondere Risikokonzentrationen in den Branchen Grundstücks- und Wohnungswesen sowie dem Kredit- und Versicherungsgewerbe auf. Das kumulierte Gesamtverlustrisiko beider Branchen beträgt 10.846,4 Mio. EUR. Bezogen auf das Gesamtportfolio des IBB Konzerns vereinen die Branchen Grundstücks- und Wohnungswesen und Kredit- und Versicherungsgewerbe somit 71,1% des maximalen Adressenausfallrisikos. Der Anteil ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Risikokonzentrationen nach Schuldnergruppen bzw. Branchen zum 31.12.2012, in Mio. EUR

Branche Segmente	Grund- stücks- und Wohnungs- wesen	Private Haushalte	Kredit- und Versi- cherungs- gewerbe	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Branchen	Summe
Wirtschaftsförderung	4,9	1,2	1.391,0	267,0	817,2	2.481,3
Inanspruchnahme	4,9	0,7	1.224,8	25,7	682,4	1.938,5
Loans and Receivables	4,6	0,7	1.224,8	25,7	679,9	1.935,7
Financial Assets at Fair Value	0,3	0,0	0,0	0,0	2,5	2,8
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	166,1	241,3	78,6	486,1
Finanzgarantien	0,0	0,4	0,0	0,0	56,2	56,7
Mietwohnungsbau	5.711,3	141,8	240,4	0,0	137,4	6.230,9
Inanspruchnahme	5.365,6	134,4	140,4	0,0	131,3	5.771,7
Loans and Receivables	5.353,8	134,4	140,4	0,0	114,9	5.743,5
Financial Assets at Fair Value	11,8	0,0	0,0	0,0	16,4	28,2
Auszahlungsverpflichtungen	294,5	7,4	100,0	0,0	4,6	406,5
Finanzgarantien	51,2	0,0	0,0	0,0	1,5	52,7
Eigentumsmaßnahmen	0,6	904,1	0,3	0,0	3,5	908,5
Inanspruchnahme	0,6	902,9	0,3	0,0	3,5	907,3
Loans and Receivables	0,6	902,9	0,3	0,0	3,5	907,3
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	1,2	0,0	0,0	0,0	1,2
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	5.716,9	1.047,1	1.631,7	267,0	958,2	9.620,7
Inanspruchnahme	5.371,2	1.038,0	1.365,6	25,7	817,2	8.617,5
Loans and Receivables	5.359,0	1.038,0	1.365,6	25,7	798,3	8.586,5
Financial Assets at Fair Value	12,2	0,0	0,0	0,0	18,9	31,0
Auszahlungsverpflichtungen	294,5	8,6	266,1	241,3	83,3	893,9
Finanzgarantien	51,2	0,4	0,0	0,0	57,7	109,3
Treasury	0,0	0,0	3.466,4	1.898,5	40,9	5.405,7
Inanspruchnahme	0,0	0,0	3.466,4	1.898,5	40,9	5.405,7
Loans and Receivables	0,0	0,0	130,1	428,7	0,0	558,8
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	1.865,8	1.333,3	40,9	3.240,0
Available for Sale	0,0	0,0	1.470,5	136,4	0,0	1.606,9
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	0,5	0,0	0,1	0,7
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,5	0,0	0,1	0,7
Available for Sale	0,0	0,0	0,5	0,0	0,1	0,7
Summe IBB	5.716,9	1.047,1	5.098,6	2.165,4	999,2	15.027,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	30,9	0,0	190,4	221,3
Inanspruchnahme	0,0	0,0	30,9	0,0	190,4	221,3
Loans and Receivables	0,0	0,0	12,0	0,0	0,3	12,3
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	45,8	45,8
Available for Sale	0,0	0,0	18,9	0,0	144,3	163,2
Summe IBB Gruppe	5.716,9	1.047,1	5.129,5	2.165,4	1.189,6	15.248,5
	37,5%	6,9%	33,6%	14,2%	7,8%	100,0%

Risikokonzentrationen nach Schuldnergruppen bzw. Branchen zum 31.12.2011, in Mio. EUR

Branche Segmente	Grund- stücks- und Wohnungs- wesen	Private Haushalte	Kredit- und Versi- cherungs- gewerbe	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Branchen	Summe
Wirtschaftsförderung	1,1	0,9	666,4	143,1	715,8	1.527,3
Inanspruchnahme	1,1	0,9	572,3	33,2	471,2	1.078,7
Loans and Receivables	0,8	0,9	572,3	33,2	469,1	1.076,2
Financial Assets at Fair Value	0,3	0,0	0,0	0,0	2,1	2,5
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	94,1	109,9	145,4	349,5
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	99,1	99,1
Mietwohnungsbau	5.339,9	149,5	193,6	0,0	272,5	5.955,5
Inanspruchnahme	4.939,0	146,9	110,9	0,0	269,8	5.466,6
Loans and Receivables	4.933,3	146,9	110,9	0,0	269,8	5.460,9
Financial Assets at Fair Value	5,7	0,0	0,0	0,0	0,0	5,7
Auszahlungsverpflichtungen	330,2	2,6	80,0	0,0	1,2	414,0
Finanzgarantien	70,8	0,0	2,6	0,0	1,5	74,9
Eigentumsmaßnahmen	0,6	992,8	0,3	0,0	3,8	997,4
Inanspruchnahme	0,6	991,5	0,3	0,0	3,7	996,1
Loans and Receivables	0,6	991,5	0,3	0,0	3,7	996,1
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	1,3	0,0	0,0	0,0	1,3
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	5.341,6	1.143,2	860,3	143,1	992,1	8.480,2
Inanspruchnahme	4.940,7	1.139,3	683,5	33,2	744,7	7.541,4
Loans and Receivables	4.934,6	1.139,3	683,5	33,2	742,6	7.533,2
Financial Assets at Fair Value	6,0	0,0	0,0	0,0	2,1	8,2
Auszahlungsverpflichtungen	330,2	4,0	174,1	109,9	146,7	764,8
Finanzgarantien	70,8	0,0	2,6	0,0	100,6	174,0
Treasury	2,6	0,0	4.793,1	1.926,5	97,9	6.820,2
Inanspruchnahme	2,6	0,0	4.793,1	1.926,5	97,9	6.820,2
Loans and Receivables	0,0	0,0	1.228,1	428,9	50,4	1.707,3
Financial Assets at Fair Value	2,6	0,0	1.439,2	1.394,8	47,5	2.884,1
Available for Sale	0,0	0,0	2.125,9	102,9	0,0	2.228,7
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	0,3	0,0	0,1	0,5
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,3	0,0	0,1	0,5
Available for Sale	0,0	0,0	0,3	0,0	0,1	0,5
Summe IBB	5.344,2	1.143,2	5.653,7	2.069,6	1.090,1	15.300,9
Finanzinstrumente weiterer						
Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	48,7	0,0	149,6	198,3
Inanspruchnahme	0,0	0,0	48,7	0,0	149,6	198,3
Loans and Receivables	0,0	0,0	11,2	0,0	1,1	12,3
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	35,1	35,1
Available for Sale	0,0	0,0	37,5	0,0	113,4	150,9
Summe IBB Gruppe	5.344,2	1.143,2	5.702,4	2.069,6	1.239,7	15.499,2
	34,5%	7,4%	36,8%	13,4%	8,0%	100,0%

Das Portfolio des IBB-Konzerns weist darüber hinaus regionale Konzentrationen auf. Bezogen auf das Gesamtportfolio besteht zum Stichtag 31.12.2012 mit einem relativen Anteil von 77,9% am Gesamtportfolio eine ausgeprägte Konzentration der maximalen Verlustrisiken auf die Region Deutschland. Im Vergleich zum 31.12.2011 sich die Ungleichverteilung der Verlustrisiken auf die Region Deutschland weiter erhöht.

Risikokonzentrationen nach Regionen zum 31.12.2012, in Mio. EUR

Branche Segmente	EU-Länder			G 10- Länder		Sonstige Regionen	Summe
	Deutsch- land (DE)	Euro-Raum (ohne DE)	(ohne Euro- Raum)	Europa (ohne EU-Länder)	(ohne Europa)		
Wirtschaftsförderung	2.451,1	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.481,3
Inanspruchnahme	1.908,3	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1.938,5
Loans and Receivables	1.905,5	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1.935,7
Financial Assets at Fair Value	2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,8
Auszahlungsverpflichtungen	486,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	486,1
Finanzgarantien	56,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	56,7
Mietwohnungsbau	6.225,0	3,4	0,7	1,5	0,2	0,2	6.230,9
Inanspruchnahme	5.765,8	3,4	0,7	1,5	0,2	0,2	5.771,7
Loans and Receivables	5.737,6	3,4	0,7	1,5	0,2	0,2	5.743,5
Financial Assets at Fair Value	28,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	28,2
Auszahlungsverpflichtungen	406,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	406,5
Finanzgarantien	52,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	52,7
Eigentumsmaßnahmen	907,4	0,4	0,0	0,3	0,1	0,3	908,5
Inanspruchnahme	906,3	0,3	0,0	0,3	0,1	0,3	907,3
Loans and Receivables	906,3	0,3	0,0	0,3	0,1	0,3	907,3
Auszahlungsverpflichtungen	1,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	9.583,5	33,9	0,7	1,8	0,4	0,5	9.620,7
Inanspruchnahme	8.580,4	33,8	0,7	1,8	0,4	0,5	8.617,5
Loans and Receivables	8.549,3	33,8	0,7	1,8	0,4	0,5	8.586,5
Financial Assets at Fair Value	31,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	31,0
Auszahlungsverpflichtungen	893,8	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	893,9
Finanzgarantien	109,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	109,3
Treasury	2.206,2	2.271,1	661,1	24,8	220,8	21,8	5.405,7
Inanspruchnahme	2.206,2	2.271,1	661,1	24,8	220,8	21,8	5.405,7
Loans and Receivables	558,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	558,8
Financial Assets at Fair Value	1.282,1	1.387,9	491,6	0,0	56,7	21,8	3.240,0
Available for Sale	365,2	883,2	169,6	24,8	164,1	0,0	1.606,9
Beteiligungen der IBB	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7
Inanspruchnahme	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7
Available for Sale	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7
Summe IBB	11.790,3	2.305,0	661,8	26,6	221,1	22,3	15.027,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	92,1	73,1	27,1	10,9	15,3	2,8	221,3
Inanspruchnahme	92,1	73,1	27,1	10,9	15,3	2,8	221,3
Loans and Receivables	12,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	12,3
Financial Assets at Fair Value	42,1	0,0	1,5	0,0	2,2	0,0	45,8
Available for Sale	37,7	73,1	25,6	10,9	13,1	2,8	163,2
Summe IBB Gruppe	11.882,4	2.378,1	688,9	37,5	236,4	25,1	15.248,5
	77,9%	15,6%	4,5%	0,2%	1,6%	0,2%	100,0%

Risikokonzentrationen nach Regionen zum 31.12.2011, in Mio. EUR

Branche Segmente	EU-Länder		G 10-		Sonstige Regionen	Summe
	Deutsch- land (DE)	Euro-Raum (ohne DE)	(ohne Euro- Raum)	Europa (ohne EU-Länder)	Länder (ohne Europa)	
Wirtschaftsförderung	1.502,2	25,1	0,0	0,0	0,0	1.527,3
Inanspruchnahme	1.053,6	25,1	0,0	0,0	0,0	1.078,7
Loans and Receivables	1.051,1	25,1	0,0	0,0	0,0	1.076,2
Financial Assets at Fair Value	2,5	0,0	0,0	0,0	0,0	2,5
Auszahlungsverpflichtungen	349,5	0,0	0,0	0,0	0,0	349,5
Finanzgarantien	99,1	0,0	0,0	0,0	0,0	99,1
Mietwohnungsbau	5.948,2	3,5	0,7	2,2	0,2	5.955,5
Inanspruchnahme	5.459,3	3,5	0,7	2,2	0,2	5.466,6
Loans and Receivables	5.453,6	3,5	0,7	2,2	0,2	5.460,9
Financial Assets at Fair Value	5,7	0,0	0,0	0,0	0,0	5,7
Auszahlungsverpflichtungen	414,0	0,0	0,0	0,0	0,0	414,0
Finanzgarantien	74,9	0,0	0,0	0,0	0,0	74,9
Eigentumsmaßnahmen	996,3	0,4	0,0	0,3	0,2	997,4
Inanspruchnahme	995,0	0,3	0,0	0,3	0,2	996,1
Loans and Receivables	995,0	0,3	0,0	0,3	0,2	996,1
Auszahlungsverpflichtungen	1,2	0,1	0,0	0,0	0,0	1,3
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	8.446,7	28,9	0,7	2,4	0,4	8.480,2
Inanspruchnahme	7.507,9	28,8	0,7	2,4	0,4	7.541,4
Loans and Receivables	7.499,8	28,8	0,7	2,4	0,4	7.533,2
Financial Assets at Fair Value	8,2	0,0	0,0	0,0	0,0	8,2
Auszahlungsverpflichtungen	764,7	0,1	0,0	0,0	0,0	764,8
Finanzgarantien	174,0	0,0	0,0	0,0	0,0	174,0
Treasury	2.723,0	2.755,7	937,7	119,5	243,3	6.820,2
Inanspruchnahme	2.723,0	2.755,7	937,7	119,5	243,3	6.820,2
Loans and Receivables	1.243,5	413,1	0,0	50,7	0,0	1.707,3
Financial Assets at Fair Value	1.172,0	1.192,6	447,4	0,0	51,0	2.884,1
Available for Sale	307,5	1.150,0	490,3	68,8	192,4	2.228,7
Beteiligungen der IBB	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5
Inanspruchnahme	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5
Available for Sale	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5
Summe IBB	11.170,2	2.784,7	938,5	121,9	243,8	15.300,9
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	70,9	69,5	25,2	11,9	18,1	198,3
Inanspruchnahme	70,9	69,5	25,2	11,9	18,1	198,3
Loans and Receivables	12,3	0,0	0,0	0,0	0,0	12,3
Financial Assets at Fair Value	31,0	0,0	1,3	0,0	2,8	35,1
Available for Sale	27,6	69,5	23,9	11,9	15,3	150,9
Summe IBB Gruppe	11.241,1	2.854,2	963,7	133,8	261,9	15.499,2
	72,5%	18,4%	6,2%	0,9%	1,7%	100,0%

Für das Marktpreisrisiko bestehen – wie bei fast allen Kreditbanken – Risikokonzentrationen hinsichtlich des Risikofaktors Zinsänderungen.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und der quartalsweise erfolgenden Bestimmung eines Operational Value at Risk ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisationsebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen Handlungsbedarf resultiert.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Die Einrichtung und wirksame Unterhaltung des den Umständen und Risiken des Konzerns angemessenen internen Kontrollsystems (IKS) sowie Risikomanagementsystems (RMS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess für den Konzernabschluss liegt bei der Muttergesellschaft in der Verantwortung des Bereiches Finanzen.

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Sicherstellung der Einhaltung der für den Konzernabschluss bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Das interne Kontrollsystem unterstützt die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Tätigkeit, sichert die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und die Einhaltung maßgeblicher gesetzlicher Vorschriften sowie interner Managementvorgaben und dient dem Schutz des betrieblichen Vermögens.

Der Rechnungslegungsprozess, der sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Einzel- und Konzernabschlusses umfasst, ist in einer Schriftlich Fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die für die Konzernberichterstattung relevanten Sachverhalte sind in einem gesonderten Konzernbilanzierungshandbuch zusammengefasst worden, mit dem für alle in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen die einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden vorgegeben werden. Zusätzlich werden darin die erforderlichen Prozesse zur Erstellung der für den Konzernabschluss relevanten Unterlagen beschrieben. Abgeleitet aus den Einzelabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden sogenannte „consolidation packages“ erstellt, von den jeweiligen Wirtschaftsprüfern mit einem Prüfvermerk versehen und der Abteilung Bilanzen der Konzernmutter zur Erstellung des Konzernabschlusses zur Verfügung gestellt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung des Bilanzierungshandbuches für den Konzernabschluss an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen der Konzernmutter.

Der Rechnungslegungsprozess bzw. der Konzernabschluss werden durch Standardsoftware unterstützt, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen ist ein Vier-Augen-Prinzip nach den konzerninternen Erfordernissen gegeben, wobei eine laufende Weiterentwicklung erfolgt. Systematische Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche dienen sowohl der Vollständigkeitskontrolle als auch der Fehlervermeidung und -entdeckung. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte bei der Konzernmutter wird durch die Einbindung des Bereiches Finanzen in den Neue-Produkte-Prozess sichergestellt.

Zur Erstellung des Konzernabschlusses wird eine Standard-Software (IDL-Konsis) eingesetzt. Mit dieser Anwendung werden die „consolidation packages“ maschinell erstellt und an die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen verteilt. Die Rückläufe werden wiederum eingelesen sowie entsprechende Konsolidierungsbuchungen maschinell erzeugt. Zusätzliche Konzernbuchungen werden im Vier-Augen-Prinzip auf der Grundlage von Buchungsbelegen erfasst. Im Ergebnis werden alle relevanten Auswertungen zur Erstellung des Konzernabschlusses (insbesondere Bilanz, GuV, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalspiegel) durch die Anwendung erzeugt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses für die Erstellung des Konzernabschlusses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung bei der Konzernmutter sowie den einbezogenen Unternehmen werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken erfolgt im Wesentlichen bei der Konzernmutter im Rahmen des Risikomanagements der operationellen Risiken. Als wesentlich bewertete Risikopotenziale werden im Rahmen der Risikoberichterstattung der Bank an den Vorstand kommuniziert, erforderliche Maßnahmen abgeleitet, deren Umsetzung wird überwacht.

System- und Betriebsrisiken

IT-Risiken aus Hardwareausfällen wird sowohl durch organisatorische als auch durch technische Maßnahmen entgegengewirkt (gefächerte Rufbereitschaft der IT-Spezialisten, Redundanzen für die Hardware der unternehmenskritischen Anwendungen, Wartungsverträge mit kurzer Reaktionszeit). Auch im Geschäftsjahr 2012 wurde die Ausfallsicherheit der für die Bank wesentlichen Anwendungen (insbesondere des juristischen Systems SAP) und der zugehörigen Infrastruktur durch entsprechende Tests und Simulationen bestätigt. Das im Jahr 2011 in Betrieb genommene neue Backup-Rechenzentrum, das teilweise auch als 2. Produktionsstandort eingesetzt wird, hat seine Funktionsfähigkeit nachgewiesen. Zur Überbrückung von Stromausfällen steht eine Notstromversorgung für die Systeme zur Verfügung. Die Gefahr des unautorisierten Zugriffs auf Unternehmensdaten wird durch Zugriffsrechte minimiert. Unbefugte Zugriffe von außen werden durch eine hochverfügbare DMZ (demilitarisierte Zone mit mehreren Firewalls) abgewehrt.

Gegen Viren- und andere Schadprogramme wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen implementiert. Die Masse der Viren wurde bereits auf den Mailgateways abgefangen. Die restlichen Schadprogramme wurden rechtzeitig erkannt und in Quarantäne gestellt, so dass keine nachweisliche Schädigung des Netzes, der Server oder der PCs aufgetreten ist. Eine weitere Herausforderung sind Spam-Mails, denen mit einer sehr guten Erkennungsrate der Filter begegnet wird. Die Notfallplanung wird regelmäßig an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst.

Geordnete Arbeitsabläufe werden durch eindeutige Kompetenz-, Unterschriften- und Vertretungsregelungen sichergestellt. Die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Einhaltung der einschlägigen Regelungen wird kontinuierlich durch eine prozessunabhängige Prüfung und Beratung durch die interne Revision überwacht und gewährleistet.

Weiteren möglichen Betriebsrisiken – zum Beispiel durch längeren Stromausfall, schwerwiegende IT-Störungen oder zur Abwehr einer Pandemie – begegnet die IBB mit einem geregelten Krisenmanagement.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Sie entstehen extern aus Veränderungen der Rechtslage und Rechtsbeziehungen sowie intern aus schadenstiftendem Fehlverhalten, unzureichender Rechtsanwendung oder Organisationsmängeln. Sie lassen sich vorrangig unterteilen in:

- Risiken aus neuer Gesetzgebung und Rechtsprechung,
- Risiken aus Verträgen und Bescheiden und
- Haftungsrisiken.

Die Steuerung von Rechtsrisiken ist eine wesentliche Aufgabe des Vorstandsrechts. Zur Minimierung dieser Risiken werden die Bereiche und Abteilungen durch den Stab Recht unterstützt.

Risiken aus bekannten, an die Bank herangetragenen Rechtsfragen sind durch Rückstellungen abgedeckt.

Personalrisiken

Ziel des Personalrisikomanagements ist die Identifikation, Risikoüberwachung und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Personalrisiken zu verhindern bzw. durch eine angemessene Risikosteuerung zu minimieren.

Um dies zu erreichen, orientiert sich die quantitative als auch die qualitative Personalausstattung an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie an der Risikosituation.

Der quantitative Personalbedarf wird einmal jährlich im Rahmen der Jahresplanung bestimmt und damit kontinuierlich fortgeschrieben.

Gleichzeitig sichert der an den Unternehmenszielen ausgerichtete Weiterbildungsprozess das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Neben der berufsbezogenen Aus- und Fortbildung für den Arbeitsplatz wurde in der Investitionsbank Berlin die berufsbegleitende Expertenqualifizierung verankert. Dies soll eine strukturierte und bedarfsorientierte Entwicklung hochqualifizierter Fachkräfte fördern sowie einem möglichen Fachkräftemangel infolge der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Das potenzielle Risiko durch langfristige Abwesenheiten oder das Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird durch eindeutige Prozesse für Vertretungsregelungen und Nachbesetzungen erfolgreich vermieden. Der Schwerpunkt zur Gewinnung von Fachkräften liegt auf der internen Nachwuchsförderung und der Personalentwicklung. Bei Bedarf wird der externe Stellenmarkt in Anspruch genommen.

Zusätzlich melden die Führungskräfte der Investitionsbank Berlin jährlich im Rahmen der Risikoinventur qualitative Personalrisiko-Indikatoren für operationelle Risiken, die bewertet und an den Vorstand berichtet werden.

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB steht im Einklang mit den Zielen, die in den Strategien der IBB niedergelegt sind. Die Vergütungssysteme sind dabei so ausgerichtet, dass schädliche Anreize, die das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen fördern könnten, vermieden werden.

Mit Hilfe von Personalkennzahlen (wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten, Altersstruktur oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen) werden mögliche Personalrisiken transparent und somit steuerbar gemacht.

Sonstige Risiken

Risiken aus dem Fördergeschäft

Ein Schwerpunkt der IBB ist insbesondere die Immobilienförderung in der Region Berlin. Daraus resultiert für das Kreditportfoliorisiko eine aus der Fördersystematik bedingte überdurchschnittlich hohe Abhängigkeit von der strukturellen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Region.

Dabei ist es der IBB anders als Geschäftsbanken nicht sinnvoll möglich, Diversifikationseffekte durch überregionales Geschäft bzw. durch Risikopositionen in anderen Segmenten zu erzielen, um damit das Risiko zu mindern. Insgesamt hat die IBB dieser Situation Rechnung getragen, indem sie ein adäquates Kreditrisikomanagement sowie eine angemessene Risikovorsorge implementiert hat.

Detailvereinbarung

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die IBB am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung war bis 2011 von der Landesbank Berlin AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. In 2012 wurde zwischen dem Land Berlin bzw. dessen Rechtsnachfolger und der Landesbank Berlin AG über die Höhe der ab 2012 zu zahlenden Avalprovision verhandelt. Da hierzu bislang keine Einigung erzielt werden konnte, bleibt es zunächst entsprechend der Detailvereinbarung bei dem bisherigen jährlichen Fixbetrag von 15 Mio. EUR.

Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen, für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Die Beurteilung der Gesamtbankrisikosituation erfolgt auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzeptes. Dabei ist das ökonomische Kapital die maßgebliche Risikosteuerungsgröße. Zur Überwachung und Steuerung der Gesamtbankrisikosituation verwendet die Bank ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Dabei werden normale Marktphasen ebenso berücksichtigt wie extreme Bedingungen, die die Risikolage beeinflussen können.

Durch den oben erwähnten Modellwechsel hin zum Mark-to-Model-Modus sind die Veränderungen in der Risikotragfähigkeit zwischen den Jahren 2011 und 2012 nur bedingt vergleichbar. Durch die Modelländerung werden aktuell deutlich mehr Risiken ausgewiesen als per 31.12.2011, insbesondere Migrationsrisiken, während vorher lediglich Ausfallrisiken berichtet wurden. Materiell hat sich die Risikoposition der Bank in 2012 durch den spürbaren Abbau von Risiken im Wertpapierportfolio deutlich verbessert. Durch eine sehr konservative Bestimmung der Parameter zur Abbildung von Wechselbeziehungen zur Bestimmung der Adress- und Spreadrisiken werden Diversifikationseffekte nur in geringem Umfang berücksichtigt.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2012 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der SolvV-Kennziffer für die IBB-Gruppe betrug zwischen 18,6% und 19,5% und lag damit deutlich über dem geforderten Wert.

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

in Mio. EUR	Anhang	2012	2011	Veränderung	
				absolut	in %
Zinserträge		741,8	837,8	-96,0	-11,5
Zinsaufwendungen		585,6	670,2	-84,6	-12,6
Zinsüberschuss	[26]	156,2	167,6	-11,4	-6,8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[27]	5,2	1,9	3,3	> 100,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		151,0	165,7	-14,7	-8,9
Provisionserträge		11,4	14,0	-2,6	-18,6
Provisionsaufwendungen		1,1	3,0	-1,9	-63,3
Provisionsüberschuss	[28]	10,3	11,1	-0,8	-7,2
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	[29]	-25,3	-163,2	137,9	84,5
Ergebnis aus Finanzanlagen	[30]	-15,2	-16,9	1,7	10,1
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen	[31]	0,1	-0,2	0,3	> 100,0
Verwaltungsaufwand	[32]	82,7	78,1	4,6	5,9
sonstiges betriebliches Ergebnis	[33]	-16,1	9,3	-25,4	< -100,0
Ergebnis vor Steuern		22,0	-72,3	94,3	> 100,0
Ertragsteuern	[34]	-0,2	-0,2	0,0	—
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag		21,8	-72,6	94,4	> 100,0
davon: nicht beherrschenden Anteilen zuzurechnen		-1,2	-0,5	-0,7	< -100,0
davon: dem Eigentümer des Mutterunternehmens zuzurechnen		23,0	-72,0	95,0	> 100,0

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

in Mio. EUR	Anhang	2012	2011	Veränderung absolut	in %
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag		21,8	-72,6	94,4	> 100,0
sonstiges Gesamtergebnis					
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	[35]	94,5	9,4	85,1	> 100,0
versicherungsmathematische Gewinne/Verluste gem. IAS 19	[55]	-22,5	-6,6	-15,9	< -100,0
erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	[36]	-0,1	0,1	-0,2	< -100,0
Ertragsteuern auf Bestandteile des sonstigen Gesamtergebnisses	[37]	0,0	0,0	0,0	—
Gesamtergebnis		93,8	-69,7	163,5	> 100,0
davon: nicht beherrschenden Anteilen zuzurechnen		-1,2	-0,5	-0,7	< -100,0
davon: dem Eigentümer des Mutterunternehmens zuzurechnen		94,9	-69,2	164,1	> 100,0

Konzern-Bilanz

zum 31. Dezember 2012

Aktiva

in Mio. EUR	Anhang	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
				absolut	in %
Barreserve	[40]	19,5	30,9	-11,4	-36,9
Forderungen an Kreditinstitute	[11], [41]	1.627,8	1.813,4	-185,6	-10,2
Forderungen an Kunden	[11], [42]	13.637,6	13.089,0	548,6	4,2
Wertberichtigungen auf Forderungen	[12], [43]	-51,4	-76,0	24,6	32,4
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte ¹	[13], [44]	3.320,8	2.930,8	390,0	13,3
Finanzanlagen ²	[14], [45]	1.770,9	2.380,0	-609,1	-25,6
Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	[15], [46]	0,7	0,7	0,0	—
Immaterielle Vermögenswerte	[16], [47]	2,1	2,8	-0,7	-25,0
Sachanlagen	[17], [48]	50,0	50,3	-0,3	-0,6
Ertragsteueransprüche	[18], [49]	3,6	3,9	-0,3	-7,7
Tatsächliche Ertragsteueransprüche		0,6	0,6	0,0	—
Latente Ertragsteueransprüche		3,0	3,3	-0,3	-9,1
Sonstige Aktiva	[19], [50]	3,6	3,2	0,4	12,5
Summe der Aktiva		20.385,2	20.228,9	156,3	0,8

¹ davon zum 31.12.2012 EUR 622,5 Mio. (31.12.2011: EUR 700,1 Mio.) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf bzw. zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Empfänger

² davon zum 31.12.2012 EUR 144,0 Mio. (31.12.2011: EUR 181,4 Mio.) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf bzw. zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Empfänger

Passiva

in Mio. EUR	Anhang	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
				absolut	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[20], [51]	3.447,8	3.227,4	220,4	6,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[20], [52]	6.791,8	7.034,4	-242,6	-3,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	[20], [53]	4.456,4	5.050,9	-594,5	-11,8
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	[13], [54]	4.772,8	4.120,6	652,2	15,8
Rückstellungen	[21], [22], [55]	205,8	181,6	24,2	13,3
Ertragsteuerverpflichtungen	[18], [56]	3,2	3,3	-0,1	-3,0
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen		0,2	0,0	0,2	—
Latente Ertragsteuerverpflichtungen		3,0	3,3	-0,3	-9,1
Sonstige Passiva	[23], [57]	57,5	54,5	3,0	5,5
Eigenkapital	[58]	649,9	556,1	93,8	16,9
Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens		652,4	557,5	94,9	17,0
a) Grundkapital		300,0	300,0	0,0	—
b) Kapitalrücklage		0,0	0,0	0,0	—
c) Gewinnrücklagen		592,8	615,4	-22,6	-3,7
d) Neubewertungsrücklage		6,4	-88,1	94,5	> 100,0
e) Konzernbilanzverlust		-246,9	-269,8	22,9	8,5
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile		-2,6	-1,4	-1,2	-85,7
Summe der Passiva		20.385,2	20.228,9	156,3	0,8

Konzern- Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio. EUR	Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens						
	Grund- kapital	Kapital- rücklage	Gewinnrücklagen		Neubewer- tungsrücklage	Konzernbi- lanzgewinn/ -verlust	Zwischen- summe
			Zweck- rücklage der IBB	Andere Gewinn- rücklagen des Konzerns			
Stand zum 1. Januar 2011	300,0	0,0	284,2	337,8	-97,5	-197,8	626,7
Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	-6,6	9,4	-72,0	-69,2
davon: Konzernjahresfehlbetrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-72,0	-72,0
davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	0,0	9,4	0,0	9,4
davon: versicherungsmathematische Verluste gem. IAS 19	0,0	0,0	0,0	-6,6	0,0	0,0	-6,6
davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1
Stand zum 31. Dezember 2011	300,0	0,0	284,2	331,2	-88,1	-269,8	557,5
Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	-22,6	94,5	23,0	94,9
davon: Konzernjahresüberschuss	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	23,0	23,0
davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	0,0	94,5	0,0	94,5
davon: versicherungsmathematische Verluste gem. IAS 19	0,0	0,0	0,0	-22,5	0,0	0,0	-22,5
davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	-0,1
Stand zum 31. Dezember 2012	300,0	0,0	284,2	308,7	6,4	-246,9	652,4

Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	Gesamtes Eigenkapital	in Mio. EUR
-0,9	625,8	Stand zum 1. Januar 2011
-0,5	-69,7	Gesamtergebnis
-0,5	-72,5	davon: Konzernjahresfehlbetrag
0,0	9,4	davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten
0,0	-6,6	davon: versicherungsmathematische Verluste gem. IAS 19
0,0	0,1	davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen
-1,4	556,1	Stand zum 31. Dezember 2011
-1,2	93,8	Gesamtergebnis
-1,2	21,8	davon: Konzernjahresüberschuss
0,0	94,5	davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten
0,0	-22,5	davon: versicherungsmathematische Verluste gem. IAS 19
0,0	-0,1	davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen
-2,6	649,9	Stand zum 31. Dezember 2012

Weitere Erläuterungen zum Eigenkapital und zu den einzelnen Komponenten sind den Angaben (58) und (35) bis (37) zu entnehmen.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. EUR	2012	2011
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	21,8	-72,6
im Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Tätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen und immaterielle Vermögenswerte	13,9	9,2
Veränderungen der Rückstellungen	-5,6	-47,6
Veränderungen anderer zahlungsunwirksamer Posten	-80,5	33,5
Erfolge aus der Veräußerung von Anlagevermögen und Finanzanlagen	15,3	16,9
Zinsüberschuss und Saldo sonstiger Anpassungen	-156,0	-167,3
Zwischensumme	-191,1	-227,9
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	183,3	-384,7
Forderungen an Kunden	-450,9	-409,7
sonstige Aktiva aus operativer Tätigkeit	-0,4	-0,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	343,3	266,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-95,9	-12,1
verbriefte Verbindlichkeiten	-586,6	-35,2
sonstige Passiva aus operativer Tätigkeit	3,0	-2,1
Derivate	92,2	116,8
gezahlte Zinsen	-590,4	-646,8
erhaltene Zinsen	736,4	814,4
erhaltene Dividenden	0,5	0,4
Ertragsteuerzahlungen (bzw. -erstattungen)	0,0	-0,1
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-556,7	-520,8
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	1.773,5	1.199,7
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	0,0	0,1
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-1.226,2	-607,6
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-2,0	-2,7
Cashflow aus Investitionstätigkeit	545,3	589,5
Auszahlungen aus der Rückzahlung von Nachrangkapital	0,0	-75,0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0,0	-75,0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	30,9	37,2
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-556,7	-520,8
Cashflow aus Investitionstätigkeit	545,3	589,5
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0,0	-75,0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	19,5	30,9

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand bei der Darstellung der Kapitalflussrechnung nach IAS 7 entspricht dem Bilanzposten Barreserve und umfasst somit den Kassenbestand sowie die Guthaben bei Zentralnotenbanken. Die Kapitalflussrechnung wurde nach der indirekten Methode aufgestellt und zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Geschäftsjahres durch die Zahlungsströme aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Die Konzern-Kapitalflussrechnung gibt im Wesentlichen die Entwicklung bei der IBB wieder. Sie hat als Indikator für die Liquiditätslage einer Bank nur eine geringe Aussagekraft. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen im Risikobericht innerhalb des Konzern-Lageberichts zur Liquiditätssteuerung der Bank mittels interner Liquiditätsberechnungen und der LiqV-Steuerung verwiesen.

Konzern-Anhang

(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses

Die Investitionsbank Berlin (im Folgenden „IBB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin (Bundesallee 210, 10719 Berlin, Deutschland). Sie ist die Struktur- und Förderbank des Landes Berlin und unterstützt das Land Berlin bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Das Land Berlin trägt die Anstaltslast, die die öffentlich-rechtliche Verpflichtung gegenüber der IBB enthält, ihre wirtschaftliche Basis jederzeit zu sichern und sie für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung der IBB haftet das Land Berlin für die von der IBB aufgenommenen Darlehen, Schuldverschreibungen, Termingeschäfte, Optionen und Swaps sowie andere Kredite an die IBB.

Die IBB hat Schuldtitel im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 WpHG an einem organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 WpHG emittiert. Sie ist Mutterunternehmen des Konzerns Investitionsbank Berlin und somit gemäß § 340i Abs. 1 i. V. m. § 290 Abs. 1 HGB verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht aufzustellen. Der Konzernabschluss der IBB zum 31. Dezember 2012 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards in Übereinstimmung mit den international anerkannten Rechnungslegungsnormen, den International Financial Reporting Standards (IFRS), aufgestellt.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going-Concern). Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Sofern nicht anders vermerkt, wurden die beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden und -stichtage angewendet. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Die Ausübung von Wahlrechten bei der Bilanzierung wird in den jeweiligen Angaben erläutert.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen sachgerecht erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzie-

rung und Bewertung der Rückstellungen, die Ermittlung der Risikovorsorge, die Festlegung der wirtschaftlichen Nutzungsdauern von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung des entsprechenden Postens im Folgenden dargelegt.

Die funktionale Währung des Konzerns ist Euro. Alle Beträge werden, sofern nicht anders gekennzeichnet, in Millionen Euro (Mio. EUR) gerundet auf eine Nachkommastelle angegeben. Die Betragsangaben in den Tabellen erfolgen ohne Vorzeichen, sofern sich dieses aus dem Sachzusammenhang ergibt.

Aufgrund von Rundungen können bei den dargestellten Werten geringfügige Abweichungen bei der Addition auftreten.

Der Konzern wendet zur Darstellung der in der Periode erfassten Ertrags- und Aufwandsposten den sogenannten Two-Statements-Approach gemäß IAS 1.81(b) an und erstellt demnach eine gesonderte Gewinn- und Verlustrechnung.

(2) Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Für die Abschlusserstellung maßgeblich sind diejenigen IFRS, die am Abschlussstichtag veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen wurden, sofern sie zum Abschlussstichtag verpflichtend anzuwenden sind, sowie deren Auslegung durch das IFRS Interpretations Committee. Diese wurden, soweit ihre Vorschriften für die Bilanzierung des Konzerns relevant sind, vollumfänglich angewendet.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses wurden ergänzend die nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt. Der Konzernlagebericht wurde gemäß § 315 HGB aufgestellt. Die erforderlichen Angaben zu den Adressenausfall-, Liquiditäts- und Marktpreisrisiken aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.31–7.42 werden im Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts dargestellt. Die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) verabschiedeten Standards wurden beachtet, sofern sie vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB im Bundesanzeiger bekannt gemacht wurden, bereits verpflichtend anzuwenden waren und sie den Regelungen der IFRS nicht entgegenstehen. DRS 20 – Konzernlagebericht – wird im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 freiwillig vorzeitig angewendet.

Im Berichtsjahr waren Änderungen an IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ betreffend die Angabepflichten im Zusammenhang mit der Übertragung finanzieller Vermögenswerte erstmals anzuwenden. Aus der

Standardänderung resultierende zusätzliche Offenlegungspflichten sind in Angabe (59) enthalten.

Von der freiwilligen vorzeitigen Anwendung der folgenden neuen Standards bzw. Änderungen an für den Konzern grundsätzlich einschlägigen Standards wurde abgesehen:

Standard	verpflichtender Erstanwendungszeitpunkt	Beschreibung der wesentlichen Änderungen
Änderungen zu IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ bzgl. der Darstellung der Posten des sonstigen Ergebnisses (verabschiedet 16. Juni 2011)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen	Die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses sind in zwei Gruppen aufzuteilen. Bestandteile, die zu einem späteren Zeitpunkt im Periodenergebnis erfasst werden können, sind getrennt darzustellen von den Bestandteilen, die nicht im Periodenergebnis erfasst werden.
Änderungen zu IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ (verabschiedet 16. Juni 2011)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen	Die Änderungen an IAS 19 betreffen im Wesentlichen: • die Abschaffung des Korridor-Ansatzes und die sofortige Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne bzw. Verluste im sonstigen Ergebnis, • den Ersatz erwarteter Erträge aus Planvermögen und des Zinsaufwands auf die Pensionsverpflichtung durch eine Nettozinskomponente, • die sofortige vollständige Erfassung von nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand in der Periode der Planänderung, • die Änderung der Vorgaben für Leistungen aus Anlass der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses, und • die Erweiterung der Angabe- und Erläuterungspflichten.
IFRS 10 „Konzernabschlüsse“ (verabschiedet 12. Mai 2011)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen	IFRS 10 ersetzt die bisher in IAS 27 enthaltenen Regelungen zu konsolidierten Abschlüssen. Der Standard definiert den Begriff „Beherrschung“ neu und enthält Leitlinien zur Auslegung des Beherrschungsbegriffs.
IAS 27 „Einzelabschlüsse“ (verabschiedet 12. Mai 2011)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen	Der geänderte IAS 27 enthält infolge der Veröffentlichung des IFRS 10 nur noch Regelungen zu Einzelabschlüssen.

Standard	verpflichtender Erstanwendungszeitpunkt	Beschreibung der wesentlichen Änderungen
IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“ (verabschiedet 12. Mai 2011)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen	Der neue Standard IFRS 11 ersetzt den bisherigen IAS 31. Die bisher in IAS 31 enthaltenen Bilanzierungsvorschriften für Gemeinschaftsunternehmen werden in IAS 28 bzw. IFRS 11 übernommen. Gemeinschaftliche Vereinbarungen werden in die zwei Gruppen gemeinschaftliche Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen klassifiziert. Das bisherige Wahlrecht der Quotenkonsolidierung bei gemeinschaftlich geführten Unternehmen wird abgeschafft, Partnerunternehmen eines Gemeinschaftsunternehmens haben verpflichtend die Equity-Methode anzuwenden. Partnerunternehmen einer gemeinschaftlichen Tätigkeit haben die ihrem Anteil entsprechenden Vermögenswerte, Schulden, Aufwendungen und Erträge zu bilanzieren.
IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“ (verabschiedet 12. Mai 2011)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen	
IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ (verabschiedet 12. Mai 2011)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen	IFRS 12 ersetzt die bisher in IAS 27 und IAS 28 enthaltenen Angabepflichten. Er regelt die Angabepflichten für sämtliche Arten von Beteiligungen an anderen Unternehmen inkl. gemeinschaftlicher Vereinbarungen, assoziierter Unternehmen, strukturierter und außerbilanzieller Einheiten und erweitert die Angabepflichten zu den Minderheiten und strukturierten Einheiten.
IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“ (verabschiedet 12. Mai 2011)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen	In IFRS 13 werden der Begriff des beizulegenden Zeitwerts definiert, ein Rahmen zur Bemessung des beizulegenden Zeitwerts in einem einzigen Standard abgesteckt und Angaben zur Bemessung des beizulegenden Zeitwerts vorgeschrieben. Die Regelungen sind für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gleichermaßen anzuwenden.
Änderungen zu IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ und IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“ bzgl. der Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten (verabschiedet 16. Dezember 2011)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 bzw. 1. Januar 2014 beginnen	Erweiterung der Angabepflichten zu erfolgten Saldierungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten.

Diese neuen Standards bzw. Standardänderungen werden erst ab dem Zeitpunkt umgesetzt, ab dem sie verpflichtend anzuwenden sind.

Die Änderungen zu IAS 1 werden zu einer geänderten Darstellung der Gesamtergebnisrechnung des Konzerns führen.

Aus der erstmaligen Anwendung der Änderungen an IAS 19 werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanzierung und Bewertung des Konzerns erwartet. Der Konzern wendet den bisher zulässigen Korridor-Ansatz nicht an, versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste

werden im Jahr ihrer Entstehung vollständig im sonstigen Gesamtergebnis erfasst. Planvermögen zur Deckung von Pensionsverpflichtungen liegen nicht vor. Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen, die von der Änderung der Definition von Leistungen aus Anlass der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses betroffen sind, bestehen zum Bilanzstichtag nur in für den Konzernabschluss insgesamt unwesentlicher Höhe.

Die Auswirkungen der erstmaligen Anwendung der neuen Standards und Änderungen aus dem Konsolidierungspaket (IFRS 10 bis IFRS 12, Änderungen an IAS 27 und IAS 28) auf den Konsolidierungskreis werden derzeit geprüft. Mit wesentlichen Auswirkungen auf die Abgrenzung des Konsolidierungskreises wird nicht gerechnet.

Die Auswirkungen der erstmaligen Anwendung des IFRS 13 werden derzeit geprüft. Für die IBB ist die Ermittlung der Zeitwerte für Finanzinstrumente von Bedeutung. Insbesondere spielen hierbei die verwendeten Marktpreise für die Bewertung von börsennotierten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, sowie die Verwendung von Bewertungsmodellen für Forderungen und Verbindlichkeiten eine wesentliche Rolle. Auswirkungen auf die Ermittlung der Zeitwerte von börsennotierten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren können sich aufgrund der maßgeblichen Marktpreise in Abhängigkeit von der Festlegung des Hauptmarktes bzw. des vorteilhaftesten Marktes ergeben. Für die derzeit von der IBB verwendeten Bewertungsmodelle ist bisher kein Änderungsbedarf aufgrund der Anwendung von IFRS 13 identifiziert worden.

Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2012 Änderungen an IFRS 1 (Ausgeprägte Hochinflation und Beseitigung der festen Zeitpunkte für Erstanwender) und an IAS 12 (Latente Steuern: Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte) sowie die neue Interpretation IFRIC 20 (Abraumkosten in der Produktionsphase eines Tagebauwerks) durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht übernommen. Diese Regelungen sind für die Rechnungslegung des Konzerns nicht relevant.

Darüber hinaus bestehen weitere, durch das International Accounting Standards Board verabschiedete, neue und überarbeitete Rechnungslegungsstandards bzw. Interpretationen, die für die Bilanzierung des Konzerns grundsätzlich einschlägig sind, für die jedoch das EU-Endorsement bislang nicht erfolgt ist und die daher nicht angewendet werden dürfen:

Standard bzw. Interpretation	Erstanwendungszeitpunkt	Beschreibung der wesentlichen Änderungen
IFRS 9 „Finanzinstrumente“ (verabschiedet 9. November 2009 bzw. 28. Oktober 2010) sowie Änderungen zu IFRS 9 und IFRS 7 (verabschiedet 16. Dezember 2011)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen	Der neue Standard stellt den Abschluss der ersten Phase einer vollständigen Überarbeitung des IAS 39 dar. Kernelement ist die Reduzierung der Kategorien für aktive Finanzinstrumente auf zwei, wobei die Bewertung entweder erfolgswirksam zum Fair Value oder aber zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt. Die Zuordnung erfolgt in Abhängigkeit vom Geschäftsmodell des Unternehmens sowie von den Eigenschaften der vertraglichen Geldflüsse des Finanzinstruments. Änderungen des Fair Value von freiwillig zum Fair Value bewerteten passiven Finanzinstrumenten sind, soweit sie auf eine Änderung des eigenen Kreditrisikos zurückzuführen sind, künftig erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis („other comprehensive income“ – OCI), d. h. direkt im Eigenkapital, zu erfassen.
Änderungen aus dem jährlichen Verbesserungsprojekt (2009 bis 2011) (verabschiedet 17. Mai 2012)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen	Änderungen und Klarstellungen an insgesamt fünf Standards, insbesondere zur wiederholten Erstanwendung der IFRS (Änderungen an IFRS 1) und zum Verzicht auf Anhangangaben zur dargestellten dritten Bilanz bei Fehlerkorrekturen bzw. rückwirkenden Anwendungen von Standardänderungen (Änderungen an IAS 1)
Änderungen zu IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“ und IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ bzgl. der Übergangsregelungen (verabschiedet 28. Juni 2012)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen	Die Änderung stellt klar, dass bei Anwendung der neuen Konsolidierungsregelungen angepasste Vergleichsinformationen nur für die der erstmaligen Anwendung direkt vorangehende Vergleichsperiode erforderlich sind.
Änderungen zu IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ und IAS 27 „Einzelabschlüsse“ bzgl. Investmentgesellschaften (verabschiedet 31. Oktober 2012)	Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen	Die Standardänderung legt Kriterien für die Definition von Investmentgesellschaften fest und nimmt sie von der Verpflichtung zur Konsolidierung von Tochtergesellschaften nach IFRS 10 aus. Die Tochtergesellschaften sind im Abschluss der Investmentgesellschaft erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren.

Eine Übernahme des IFRS 9 durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht soll voraussichtlich erst nach Abschluss der übrigen Phasen zur vollständigen Überarbeitung des IAS 39 erfolgen. Der Konzern geht davon aus, dass sich bei Übernahme der neuen Regelungen des IFRS 9 erhebliche Auswirkungen auf die Bilanzierung und Bewertung ergeben werden. Eine Quantifizierung des Umfangs dieser Auswirkungen ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Die Übernahme der Änderungen aus dem jährlichen Verbesserungsprojekt (2009 bis 2011) durch die Europäische Union in das Gemeinschafts-

recht wird für das erste Quartal 2013 erwartet. Die Änderungen haben auf die zukünftige Bilanzierung und Berichterstattung des Konzerns keine materiellen Auswirkungen.

Die Übernahme der Änderungen zu IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27 hinsichtlich der Konsolidierung bei Investmentgesellschaften durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht wird für das dritte Quartal 2013 erwartet. Auswirkungen auf den Konzernabschluss der IBB werden nicht erwartet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Alle wesentlichen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen werden in den Konzernabschluss einbezogen.

Der Konzernabschluss der IBB wird gemäß IAS 27.24 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Unternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird gemäß IAS 27.18 vorgenommen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als nicht beherrschende Anteile ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IAS 27.21 eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Die Fortschreibung der Equity-Buchwerte erfolgt auf der Basis von IFRS-Abschlüssen der Gesellschaften.

Beteiligungen, die als unwesentlich eingestuft wurden, sind von der Konsolidierung bzw. at Equity-Bewertung ausgenommen und werden als Finanzanlagen ausgewiesen und zum Fair Value bewertet.

(4) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis der IBB umfasst neben dem Mutterunternehmen unverändert zehn Tochterunternehmen, darunter ein Spezial-Sondervermögen. Als Tochterunternehmen werden diejenigen Unternehmen klassifiziert, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden.

Neben dem Spezial-Sondervermögen bestehen keine Gesellschaften, die gemäß der veröffentlichten Interpretation SIC-12, nach der Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, als Special Purpose Entities in den Konzernabschluss einzubeziehen wären.

Daneben werden unverändert zwei assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode einbezogen. Als assoziiertes Unternehmen werden diejenigen Unternehmen klassifiziert, bei denen der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt und die weder Tochterunternehmen noch Gemeinschaftsunternehmen sind. Für Beteiligungen der VC-Gesellschaften, die die Kriterien eines assoziierten Unternehmens erfüllen, wurde von der Ausnahmeregelung des IAS 28.1 Gebrauch gemacht.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochter- und assoziierten Unternehmen sowie die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht einbezogenen Unternehmen und Beteiligungen können der Anteilsbesitzliste (Angabe (73)) entnommen werden.

(5) Finanzinstrumente

Finanzinstrumente werden ab dem Zeitpunkt bilanziell erfasst, ab dem das bilanzierende Unternehmen Vertragspartei wird und zu den vereinbarten Leistungen bzw. Gegenleistungen berechtigt oder verpflichtet ist.

Alle finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verpflichtungen einschließlich derivativer Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 in der Bilanz angesetzt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften (regular way contracts) und Derivaten zum Handelstag.

Finanzinstrumente werden im Zugangszeitpunkt mit ihrem Zeitwert erfasst, der in der Regel den Anschaffungskosten entspricht. Im Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes werden Finanzinstrumente einer der nachstehend aufgeführten Bewertungskategorien zugeordnet. Abhängig von dieser Kategorisierung erfolgt die Folgebewertung.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder an Konzernfremde in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die für die Berichterstattung gemäß IFRS 7.6 erforderliche Klassenbildung der Finanzinstrumente erfolgt analog der Kategorisierung gemäß IAS 39 in Verbindung mit den Bilanzpositionen.

a) Bewertungskategorien

Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss, AFV und LFV)

Die Bewertungskategorien der erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten untergliedern sich jeweils in die Unterkategorien „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten“ (Held for Trading, HfT) und „Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum Zeitwert zu bewerten eingestuft wurden“ (Fair Value Option, FVO).

Als „Held for Trading“ sind gemäß IAS 39.9 jene nicht-derivativen Finanzinstrumente zu klassifizieren, die hauptsächlich mit der Absicht erworben oder eingegangen wurden, das Finanzinstrument kurzfristig zu verkaufen oder zurückzukaufen. Ferner gehören Derivate der Unterkategorie „Held for Trading“ an.

Geschäfte mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht werden von der IBB nicht getätigt. Der Unterkategorie HfT sind daher im Konzern ausschließlich Derivate zugeordnet, die zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen wurden.

Die Fair Value Option kann unwiderruflich für Finanzinstrumente genutzt werden, wenn

- ↳ durch die Einstufung Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (sog. Rechnungslegungsanomalien) beseitigt oder erheblich verringert werden, die sich aus der ansonsten vorzunehmenden Bewertung der Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten oder der Erfassung von Gewinnen und Verlusten ergeben würden, oder
- ↳ eine Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und/oder finanziellen Verbindlichkeiten gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie gesteuert und ihre Wertentwicklung auf der Grundlage des Zeitwerts beurteilt wird und die auf dieser Grundlage ermittelten Informationen intern an Personen in Schlüsselpositionen weitergereicht werden, oder
- ↳ ein Vertrag ein oder mehrere eingebettete Derivate enthält, die die Zahlungsströme des Vertrags erheblich verändern, oder wenn nicht ohne Analyseaufwand ersichtlich ist, dass eine Trennung des eingebetteten Derivats bzw. der eingebetteten Derivate unzulässig ist.

Der IBB-Konzern macht derzeit von den Möglichkeiten des Hedge Accounting nach IAS 39 keinen Gebrauch. Die Fair Value Option wird daher zur Darstellung ökonomischer Sicherungsbeziehungen genutzt. Sie wird ferner zur Vermeidung der Trennungspflicht eingebetteter Derivate im Kreditgeschäft angewendet. Daneben wurde für die Beteiligungsportfolios der VC-Gesellschaften aufgrund ihrer Steuerung auf der Grundlage des Zeitwerts von der Fair Value Option Gebrauch gemacht.

Die Bewertung der Finanzinstrumente dieser Kategorien erfolgt erfolgswirksam zum Fair Value. Sie werden in den Bilanzposten „erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen“ ausgewiesen. Die Ergebnisse aus der Fair Value-Bewertung sind im Posten „Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten“ enthalten. Hier werden auch die realisierten Ergebnisse aus dem Abgang bzw. der Veräußerung ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode berechneten Zinsen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen (Held to Maturity, HTM)

Die Bewertungskategorie ist vorgesehen für auf aktiven Märkten gehandelte, nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit. Die Einordnung in diese Bewertungskategorie kann jedoch nur erfolgen, wenn die Absicht und Fähigkeit besteht, das Finanzinstrument bis zu seiner Endfälligkeit zu halten.

Im IBB-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Bewertungskategorie zugeordnet.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LAR)

Unter die Bewertungskategorie LAR fallen nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind, soweit sie nicht bei Zugang in die Bewertungskategorie der erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Vermögenswerte designiert oder der Bewertungskategorie der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte zugeordnet wurden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Wertminderungen werden unter der Position Wertberichtigungen auf Forderungen ausgewiesen. Aufwendungen aus der Bildung und Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen sowie Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen und Abgangsergebnisse werden in der Risikovorsorge ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AFS)

Die Bewertungskategorie AFS beinhaltet alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits anderen Bewertungskategorien zugeordnet wurden. Ihre Bewertung erfolgt grundsätzlich mit dem Zeitwert. Eigenkapitalinstrumente, für die kein an einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden mit ihren Anschaffungskosten bewertet. Vermögenswerte der Bewertungskategorie AFS werden im Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Unterschiedsbeträge zwischen dem Zeitwert und den fortgeführten Anschaffungskosten werden innerhalb des Eigenkapitals in der Neubewertungsrücklage erfasst. Dauernde Wertminderungen (Impairment) und Ergebnisse aus der Veräußerung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten, die sich ohne das Vorliegen eines Impairments ergeben hätten, erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen, Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Laufende Ergebnisse und die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial Liabilities measured at amortised cost, LAC)

Der Bewertungskategorie LAC werden alle nicht-derivativen finanziellen Verbindlichkeiten zugeordnet, die nicht in die Fair Value Option designiert wurden. Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Finanzinstrumente der Kategorie LAC werden in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Abgangsergebnisse sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

b) Verfahren zur Ermittlung der Zeitwerte

Als den Zeitwert (Fair Value) bezeichnet man den Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Vertragspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Verpflichtung beglichen werden kann.

Für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden die Zeitwerte nach einem fünfstufigen Verfahren ermittelt. Auf der ersten Stufe wird der Börsenschlusskurs des Wertpapiers verwendet. Sind Börsenschlusskurse an mehreren Börsen verfügbar, wird der Kurs in einer vorgegebenen Reihenfolge verwendet. Ist ein Börsenschlusskurs nicht ermittelbar, wird der Median der Kurse von mindestens fünf Kursanbietern (exklusive Preis-Service-Agenturen) herangezogen, sofern der im Portfolio der IBB befindliche Anteil an der Gesamtemission zehn Prozent nicht übersteigt. Konnte kein tagesaktueller Preis ermittelt werden, wird ein maximal fünf Handelstage alter, nach den Grundsätzen der ersten Stufe ermittelter Kurs (Börsenschlusskurs oder Median mehrerer Kurse) verwendet (Stufe zwei). Kann auch so kein Fair Value ermittelt werden, wird ein maximal fünf Handelstage alter Kurs der Gattung (Stufe drei) bzw. einer ähnlichen Gattung (Stufe vier) herangezogen. Auf der

fünften Stufe wird für die verbleibenden Wertpapiere der Zeitwert unter Verwendung der Barwertmethode durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows mit einer risikolosen Zinsstrukturkurve und einem nach Branche, Rating und Laufzeit differenzierten Credit Spread berechnet.

Die Ermittlung des Zeitwertes für Forderungen und Verbindlichkeiten, für die keine Markttransaktionen beobachtbar sind, erfolgt ebenfalls mittels der Barwertmethode. Die Basis der Ermittlung des Zeitwertes bildet der vertragliche Cashflow des Finanzinstrumentes, der mit einem Diskontfaktor verbarwertet wird. Der Diskontfaktor ergibt sich aus dem risikolosen Zins und dem vertragsindividuellen Credit Spread. Der Credit Spread wird auf der Basis von Rating, Branche und Laufzeit ermittelt.

Beteiligungen, die von den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und VC Fonds Technologie Berlin GmbH gehalten werden, wurden der Fair Value Option zugeordnet. Bei der Fair Value-Bilanzierung dieser Beteiligungen werden Bewertungsrichtlinien auf Basis der „International Private Equity and Venture Capital Valuation Guideline“ der EVCA (European Venture Capital Association) beachtet, soweit sie mit den IFRS in Übereinstimmung stehen. Nach diesen Bewertungsrichtlinien werden börsennotierte Unternehmen, für die ein aktiver Markt besteht, mit ihrem Börsenkurs am jeweils liquidesten Börsenplatz zum Bewertungsstichtag bewertet. Unterliegen die Aktien einer vertraglichen Lock-Up-Beschränkung, werden analog zu den Empfehlungen der EVCA Abschläge von bis zu 20 %, abhängig von der Frist der Handelsbeschränkungen, auf den Stichtagskurs angesetzt. Für alle übrigen Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften, für die kein aktiver Markt besteht, wird der Fair Value anhand allgemein anerkannter Bewertungsverfahren ermittelt. Zu den Bewertungsverfahren gehört – sofern verfügbar – der Rückgriff auf zeitnah erfolgte Transaktionen (Finanzierungsrunden) zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern. Diese Transaktionen müssen nach den angewendeten Bewertungsrichtlinien bestimmte Kriterien, z. B. hinsichtlich des Volumens, der Unabhängigkeit der beteiligten Parteien und der zeitlichen Nähe zum Bewertungsstichtag, erfüllen. Zu den weiteren Bewertungsverfahren gehört das Multiplikatorverfahren.

Die Ermittlung der Zeitwerte für derivative Finanzinstrumente erfolgt auf der Basis von Barwert- und Optionspreismodellen. Bei der Anwendung der beiden Bewertungsverfahren werden alle Parameter berücksichtigt, die die Marktteilnehmer bei der Preisbildung einbeziehen würden. Dazu zählen neben den risikolosen Zinssätzen auch vertragsindividuelle Credit Spreads und gegebenenfalls Parvolatilitäten.

Der Zeitwert von täglich fälligen Forderungen und Verbindlichkeiten entspricht dem Buchwert.

Die im Rahmen der Markt-to-Model Ermittlung der Fair Values verwendeten Credit Spreads wurden in der Berichtsperiode weiterentwickelt. Die vorgenommenen Anpassungen führen zu einer adäquateren Ermittlung des Fair Values. Die Angabe der sich hieraus ergebenden Auswirkungen ist mit wirtschaftlich vertretbaren Anstrengungen nicht möglich.

(6) Finanzgarantien

Finanzgarantien werden nach den Regelungen des IAS 39 bilanziert. Eine Finanzgarantie ist gemäß IAS 39 ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigen, der ihm entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgerecht nachkommt.

Die bilanzielle Erfassung zum Zeitpunkt der Zusage erfolgt in Höhe des Zeitwerts der Verbindlichkeit. Dieser entspricht in der Regel dem Barwert der für die Übernahme der Garantie erhaltenen Gegenleistung. Die Bilanzierung erfolgt nach der Nettomethode, d. h. der Barwert der ausstehenden Prämienzahlungen wird mit dem Verpflichtungsumfang der Finanzgarantie saldiert. Im Rahmen der Folgebewertung wird die Verpflichtung mit dem höheren Wert einer gemäß IAS 37 zu bildenden Rückstellung oder dem amortisierten Ursprungsbetrag angesetzt. Der Ausweis der Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien erfolgt im Posten sonstige Passiva.

(7) Strukturierte Finanzinstrumente

Als strukturierte Finanzinstrumente werden Finanzinstrumente bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag (Host Contract) und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Unter bestimmten Voraussetzungen sind die eingebetteten Derivate getrennt vom Basisvertrag wie ein freistehendes Derivat zu bilanzieren. Die Trennungspflicht besteht, wenn u. a. die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrages verbunden sind. Der Basisvertrag ist in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bilanzieren.

Im IBB-Konzern werden Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten der Fair Value Option zugeordnet und in der Bilanz im Posten erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte ausgewiesen. Eine Abspaltung des eingebetteten Derivats vom Basisvertrag und eine gesonderte Bewertung sind insofern nicht zulässig. Dies betrifft das Kreditprogramm Berlin Kapital, bei dem stille Beteiligungen mit gewinnabhängigen Vergütungen ausgestattet werden können.

(8) Echte Pensionsgeschäfte

Im IBB-Konzern werden ausschließlich echte Wertpapierpensionsgeschäfte gemäß § 340b Abs. 2 HGB getätigt.

Echte Pensionsgeschäfte sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere später gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen. Die Bilanzierung des übertragenen Wertpapiers erfolgt weiterhin beim Pensionsgeber entsprechend seiner Bewertungskategorie, da die wesentlichen Eigentümerchancen und -risiken bei ihm verbleiben. In Höhe des erhaltenen bzw. geleisteten Barbetrags wird eine Verbindlichkeit beim Pensionsgeber bzw. eine Forderung beim Pensionsnehmer ausgewiesen.

(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Die Leasingverhältnisse des Konzerns werden gemäß IAS 17 auf der Grundlage der Verteilung der mit dem Eigentum eines Leasinggegenstandes verbundenen Chancen und Risiken klassifiziert und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Leasinggegenstand verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. In allen anderen Fällen liegt ein Operating-Leasingverhältnis vor.

Der IBB-Konzern als Leasingnehmer

Bei den vom Konzern im Wege des Operating Leasing geleasten Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um ein Bürogebäude, Kraftfahrzeuge sowie Druck- und Kopiergeräte. Entsprechend der Einstufung werden die geleasten Gegenstände nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die geleisteten Leasingraten werden linear über die Laufzeit des jeweiligen Leasingvertrages im Verwaltungsaufwand bzw. im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestehen nicht.

Der IBB-Konzern als Leasinggeber

Bei den Leasingvereinbarungen, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt, handelt es sich im Wesentlichen um die befristete Untervermietung einzelner Büroräume in dem von der IBB selbst befristet angemieteten Bürogebäude. Die Leasingerlöse werden linear über die Vertragslaufzeit im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestehen nicht.

(10) Währungsumrechnung

Im Konzern IBB werden grundsätzlich keine Geschäftsvorfälle in Fremdwährungen vorgenommen. Durch in Vorjahren erfolgte gesellschaftsrechtliche Veränderungen lauten zum Stichtag 31. Dezember 2012 eine von der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH und der VC Fonds Berlin GmbH sowie eine von der VC Fonds Technologie GmbH gehaltene Beteiligung auf US-Dollar.

Diese nicht monetären Vermögenswerte in Fremdwährungen werden bei der erstmaligen Erfassung mit dem am jeweiligen Tag des Geschäftsvorfalles gültigen Kassakurs in die funktionale Währung umgerechnet. Die Folgebewertung wird zu marktgerechten Devisenkursen am Bilanzstichtag vorgenommen. Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Währungsumrechnung ergeben, werden erfolgswirksam im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten erfasst.

(11) Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

In den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ist das zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kreditgeschäft des Konzerns ausgewiesen. Inhalt dieses Postens ist im Wesentlichen das Förderkreditgeschäft der IBB. Daneben sind nicht börsenfähige Namenspapiere, Tages- und Termingelder sowie Sichteinlagen enthalten. Wertminderungen von Forderungen werden separat im Bilanzposten Wertberichtigungen auf Forderungen erfasst und aktivisch abgesetzt. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(12) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

(a) Einzelwertberichtigungen (EWB)

Die Ermittlung einer EWB erfolgt in zwei Schritten: Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung des finanziellen Vermögenswerts schließen lassen. Im zweiten Schritt ist zu untersuchen, ob das Finanzinstrument tatsächlich im Wert gemindert ist. Objektive Hinweise für eine Wertminderung sind Sachverhalte, die üblicherweise zu einer tatsächlichen Wertminderung führen. Folgende Trigger Events kommen daher für die Bildung einer Einzelwertberichtigung in Betracht, wobei weitere nicht ausgeschlossen sind:

- ▬ erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners
- ▬ erfolgte Vertragsverletzung wie bspw. Nichtzahlung oder Verzug von vereinbarten Leistungen

- Zugeständnisse an den Kreditnehmer (KN), die der Kreditgeber aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten des KN gewährt, die der Kreditgeber normalerweise nicht gewähren würde
- erhöhte Wahrscheinlichkeit für eine bevorstehende Insolvenz oder sonstige Sanierungsmaßnahmen des Schuldners
- Verschwinden eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten (siehe IAS 39.60)
- beobachtbare Daten, die auf eine messbare Verringerung der erwarteten Cashflows aus einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten seit deren erstmaligem Ansatz hinweisen, obwohl die Verringerung noch nicht einzelnen finanziellen Vermögenswerten der Gruppe zugeordnet werden kann, einschließlich
 - nachteilige Veränderungen beim Zahlungsstand von KN in einer Gruppe oder
 - volkswirtschaftliche oder regionale wirtschaftliche Bedingungen, die mit Ausfällen bei den Vermögenswerten der Gruppen korrelieren (Beispiele siehe IAS 39.59)

Zur Berechnung der Höhe der Einzelwertberichtigung wird der Barwert der erwarteten Zahlungsströme aus der Forderung, d. h. der erzielbare Betrag, dem Buchwert der Forderung gegenüber gestellt. Die erwarteten Zahlungsströme können sich aus Tilgungs- und/oder Zinszahlungen sowie Erlösen aus der Sicherheitenverwertung unter Berücksichtigung von Verwertungskosten zusammensetzen. Ist der Buchwert größer als der erzielbare Betrag, wird in Höhe der Differenz eine Einzelwertberichtigung gebucht.

Einzelwertberichtigungen werden teilweise aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

(b) Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen sind für Portfolios nicht signifikanter Forderungen, für die objektive Hinweise auf eine Wertberichtigung vorliegen, zu bilden. Grundsätzlich gelten für die pEWB die gleichen Eintrittskriterien wie für die EWB. Allerdings findet in diesen Fällen eine maschinelle Identifikation über die unten aufgeführten Auslösefaktoren statt. Als nicht signifikant gelten Forderungen gegen Kunden der Portfolios Immobilien Privatkunden und Mikrokredite.

Alle Kreditnehmer im betrachteten Segment mit einem der folgenden Merkmale sind pEWB-relevant:

- gekündigte Kreditnehmer oder
- Kreditnehmer mit einem Rückstand von größer gleich 10 Prozent bezogen auf die aktuelle Restschuld des Kreditnehmers oder
- Kreditnehmer mit einer Rückstandsdauer von mehr als 40 Tagen innerhalb der letzten 24 Monate oder

- Kreditnehmer mit drohendem bzw. eröffneten Insolvenzverfahren oder
- Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung innerhalb der letzten 3 Jahre

Darüber hinaus sind alle Kreditnehmer pEWB-relevant, bei denen mindestens drei der folgenden Auslösefaktoren innerhalb der letzten 24 Monate vor dem jeweiligen Bewertungszeitpunkt aufgetreten sind:

- Kunde wendet sich mit einem Liquiditätsproblem an die IBB
- Stundungsantrag/Tilgungsaussetzung
- Auslauf der Aufwendungssubvention liegt vor
- fehlende nachhaltige Kapaldienstfähigkeit für die Kreditnehmereinheit
- negative Schufa (nur bei natürlichen Personen)
- Reduzierung des Beleihungswertes um mehr als 10 %
- Mitteilung über die Trennung oder Scheidung von Eheleuten liegt vor
- Mitteilung über Arbeitslosigkeit eines Darlehensnehmers liegt vor
- Mitteilung über Tod eines Darlehensnehmers ab Gesamt-Ratingnote 13 und/oder Bestehen von Ratenrückständen

Die pEWB entspricht der prozentualen Verlusthöhe im Zeitpunkt des Ausfalls. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Realkrediten und 45 % bei Personalkrediten.

(c) Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Bei nicht einzelwertberichtigten Kreditforderungen (Performing Loans) wird dem Risiko bereits eingetretener, jedoch individuell noch nicht identifizierter Wertminderungen durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen. Portfoliowertberichtigungen stellen keine Risikovorsorge für den Einzelfall dar, sondern berücksichtigen Risiken, die in einer Gruppe oder einem Bestand von Krediten mit gemeinsamen Merkmalen enthalten sind. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt. Die Bemessungsgrundlage entspricht der prozentualen Verlusthöhe im Zeitpunkt des Ausfalls. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Realkrediten und 45 % bei Personalkrediten. Die Zeitspanne zwischen dem Erkennen des drohenden Ausfalls und dem Eintritt des Ausfallereignisses wird mit Hilfe eines LIP-Faktors (loss identification period) von 0,9 (Vorjahr 0,9) berücksichtigt. Die verwendeten Ausfallwahrscheinlichkeiten und der LIP-Faktor werden jährlich überprüft.

(d) Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft

Für Risiken aus unwiderruflichen Kreditzusagen werden Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft gebildet. Die Höhe der Rückstellung bemisst sich nach den zu erwartenden Verlusten für die erwarteten Mittelabflüsse. Bei Verträgen mit einer Einzelwertberichtigung erfolgt eine Einzelfallbetrachtung. Für alle anderen Verträge wird ein maschinelles Verfahren angewendet, bei dem auf Basis von Ratings und Scorings ent-

sprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewendet werden. Die Bemessungsgrundlage entspricht 50 % (KSA-Konversionsfaktor für nicht unmittelbar kündbare Kreditlinien mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr nach SolvV) der prozentualen Verlusthöhe im Zeitpunkt des Ausfalls. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Real-krediten und 45 % bei Personalkrediten.

(13) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verpflichtungen

Die aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen resultierenden Zinsaufwendungen und -erträge sind im Zinsüberschuss enthalten. Die Bewertungs- und Abgangsergebnisse werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten erfasst.

mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltene Derivate (Held for Trading)

Aufgrund der Eigenschaft der IBB als Nichthandelsbuchinstitut werden der Unterkategorie Held for Trading ausschließlich Derivate zugeordnet.

Designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (FVO)

Zu den erfolgswirksam zum Zeitwert designierten Vermögenswerten und Verpflichtungen gehören Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Forderungen und Verbindlichkeiten aus Namenspapieren sowie verbrieftete Verbindlichkeiten, die durch den Abschluss entsprechender derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert wurden. Der aktivische Posten beinhaltet weiterhin alle Beteiligungen, die von den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und VC Fonds Technologie Berlin GmbH gehalten werden, sowie Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten aus dem Kreditprogramm Berlin Kapital.

(14) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidierten Tochterunternehmen, sonstige Beteiligungen sowie aus Wesentlichkeitsgründen nicht nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen, es sei

denn, sie sind als zur Veräußerung gehalten im Sinne von IFRS 5 auszuweisen. Die den Finanzanlagen zugeordneten Finanzinstrumente sind der Kategorie AFS zugeordnet.

Die hier ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte werden mit ihrem Fair Value bilanziert, soweit dieser verlässlich ermittelbar ist. Bewertungsergebnisse werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Eine bonitätsbedingte Abschreibung erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung (Impairment). Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren festgemacht, wie sie in IAS 39.59 bzw. IAS 39.61 genannt werden. Im Fall einer dauerhaften Wertminderung wird das Bewertungsergebnis nicht mehr erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage, sondern erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Wertaufholungen bei Fremdkapitaltiteln werden erfolgswirksam im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgen erfolgsneutral über die Neubewertungsrücklage.

Die Erträge aus Schuldverschreibungen, einschließlich der Amortisationsbeträge aus der Fortschreibung der Anschaffungskosten, sowie Dividendenerträge und laufende Erträge aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Anteilen an verbundenen Unternehmen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Realisierte Gewinne und Verluste werden im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

(15) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile

Der Posten beinhaltet die für den Konzern wesentlichen assoziierten Unternehmen. Bei der Equity-Methode geht die anteilige Eigenkapitalveränderung des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.

Die Anwendung der Equity-Methode erfolgt grundsätzlich auf der Basis des letzten verfügbaren Abschlusses des Unternehmens, sofern dieser nicht älter als drei Monate ist. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses lagen alle Abschlüsse für das Berichtsjahr vor.

Bestehen Anzeichen für eine Wertminderung der Anteile an einem at-equity bewerteten Unternehmen, werden diese gemäß IAS 28.31ff. überprüft (Impairment-Test) und gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen auf den Buchwert der Anteile vorgenommen. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen auf den Buchwert maximal in Höhe des ursprünglichen Impairment-Betrages.

Wertminderungen von nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen waren im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht erforderlich.

(16) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden erworbene und selbst erstellte Software sowie sonstige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Software-Entwicklungskosten werden aktiviert, wenn durch die Herstellung der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Kosten zuverlässig ermittelt werden können.

Software wird mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten werden aktiviert, wenn von einer signifikanten Erhöhung des zukünftigen Nutzens ausgegangen werden kann und die Kosten verlässlich ermittelt und dem Vermögenswert zugerechnet werden können. Zinsen für Fremdkapital werden nicht aktiviert.

Software wird planmäßig linear über drei bis fünf Jahre abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Betrag von TEUR 1 werden bereits im Jahr ihrer Anschaffung vollständig abgeschrieben. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer bestehen nicht.

Zusätzlich zu den planmäßigen Abschreibungen sind immaterielle Vermögenswerte an jedem Bilanzstichtag auf Wertminderungen zu überprüfen. Dabei ist zunächst zu prüfen, ob Anzeichen für eine Wertminderung vorliegen, wie sie beispielsweise in IAS 36.12 genannt werden. Liegen Anzeichen für eine Wertminderung vor, ist der erzielbare Betrag des Vermögenswertes zu ermitteln, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen.

Planmäßige Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen für immaterielle Vermögenswerte werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Ergebnisse aus dem Abgang von immateriellen Vermögenswerten und Wertaufholungen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(17) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen werden selbst genutzte Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten werden aktiviert, wenn von einer signifikanten Erhöhung des zukünftigen Nutzens ausgegangen werden kann.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer im Unternehmen abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu einem Betrag von TEUR 1 werden bereits im Jahr ihrer Anschaffung vollständig abgeschrieben.

Lineare Abschreibungen erfolgen über folgende Zeiträume:

Sachanlagengruppe	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–50
Hardware	3–7
sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–33

Die Regelungen zur Ermittlung von Wertminderungen entsprechen denen für immaterielle Vermögenswerte. Planmäßige Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen für Sachanlagen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Ergebnisse aus dem Abgang von Sachanlagen und Wertaufholungen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(18) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12.

Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche werden im Posten Ertragsteueransprüche, tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen im Posten Ertragsteuerverpflichtungen ausgewiesen. Erfolgswirksame Erträge aus und Aufwendungen für tatsächliche und latente Ertragsteuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Ertragsteuern berücksichtigt.

Die tatsächlichen Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden mit den Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen. Der Ansatz erfolgt in der Höhe, in der eine Erstattung oder eine künftige Zahlung erwartet wird.

Die IBB ist subjektiv von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Eine Steuerpflicht besteht für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften. Die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, die VC Fonds Berlin GmbH, die VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und die VC Fonds Technologie Berlin GmbH sind Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, die gemäß § 3 Nr. 23 GewStG von der Gewerbesteuer befreit sind.

Latente Steuern werden für temporäre Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden nach Maßgabe der steuerlichen Planungsrechnungen der Konzerngesellschaften in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung hinreichend wahrscheinlich ist. Wir verweisen auf Angabe (49).

Der Berechnung der latenten Steuern für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften liegt ein Körperschaftsteuersatz (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % (Vorjahr 15,83 %) und ein Gewerbesteuersatz von 14,35 % (Vorjahr 14,35 %) zugrunde, der aufgrund des Sitzes der Konzerngesellschaften in Berlin unter Berücksichtigung eines Gewerbesteuerhebesatzes von 410,00 % ermittelt worden ist.

(19) Sonstige Aktiva

Der Posten sonstige Aktiva enthält Vermögenswerte, die für sich betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierzu zählen geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen sowie sonstige Forderungen.

(20) Verbindlichkeiten

Die in den Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieften Verbindlichkeiten enthaltenen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Abgangsergebnisse sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten. Beim Rückkauf eigener Emissionen wird der Bestand verbriefter Verbindlichkeiten in der Bilanz gemindert. Eventuelle Gewinne oder Verluste aus dem Rückkauf werden erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

(21) Rückstellungen für Pensionen

Rückstellungen für Pensionen werden nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Die betriebliche Altersversorgung der Mitarbeiter umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen nahezu ausschließlich leistungsorientierte Zusagen.

Die leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen des Konzerns richten sich nach verschiedenen Versorgungswerken, die unter anderem auch aus der früheren Zugehörigkeit der IBB zu anderen Instituten resultieren. Bei den Versorgungsplänen handelt es sich im Wesentlichen um gehaltsabhängige Systeme (Bausteinsystem, Versorgungspunkte), die jeweils Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen festschreiben, die im Versorgungsfall zu leisten sind. Die Höhe der Versorgungsleistungen ist von verschiedenen Faktoren wie Alter, Gehalt und Dienstzeit im Unternehmen abhängig. Daneben bestehen Endgehalts- und Nominalbetragsysteme.

Der Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Zusagen wird durch unabhängige Gutachter nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Bei der Berechnung der passivierten Pensionsverpflichtungen wurden die Heubeck-Richttafeln 2005 G verwendet und folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

in %	31.12.2012	31.12.2011
Rechnungszins	3,30	4,50
Gehaltsdynamik	2,50	2,50
Rentendynamik	1,50	1,50
Trend der Beitragsbemessungsgrenze	2,50	2,50

Der Konzern hat sich für die Anwendung der sogenannten 3. Option nach IAS 19.93A entschieden. Demnach werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im Jahr ihres Entstehens sofort ergebnisneutral im Eigenkapital (Gewinnrücklagen) erfasst.

(22) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, wenn dem Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen wird und die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betragslichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Un-

sicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert der zu erwartenden Inanspruchnahme ausgewiesen, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist. Aufwendungen aus der Aufzinsung werden im Zinsüberschuss erfasst.

(23) Sonstige Passiva

Unter den sonstigen Passiva werden abgegrenzte Schulden und Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien ausgewiesen. Daneben enthält der Posten Verpflichtungen, die für sich betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierzu zählen Rechnungsabgrenzungsposten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten.

(24) Eventualschulden

Eventualschulden stellen mögliche Verpflichtungen dar, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des IBB-Konzerns stehen, noch bestätigt wird. Darüber hinaus beschreiben sie gegenwärtige Verpflichtungen des IBB-Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können. Eventualschulden wie beispielsweise unwiderrufliche Kreditzusagen und andere Verpflichtungen wurden daher nicht passiviert. Bereitstellungs- und Avalprovisionen sind im Provisionsüberschuss enthalten.

(25) Anpassungen unter Anwendung von IAS 8

In der Angabe (65) zu den Bewertungsverfahren bei zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten wurden die Vorjahresangaben zu den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen angepasst (Angabe zum Level 2 und zur Gesamtsumme), da der im Vorjahr angegebene Fair Value aufgrund eines Erfassungsfehlers nicht den gesamten bilanzierten Bestand berücksichtigte. In der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sind keine Anpassungen erforderlich.

Die Angaben zu der auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführenden Änderung der zum Zeitwert designierten

finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Vorjahr und Vorjahr kumuliert) wurden angepasst (siehe Angabe (66)). Grund für die Anpassung ist ein Berechnungsfehler bei der Ermittlung der Angaben für den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011. In der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sind keine Anpassungen erforderlich.

In der Angabe (75) wurde die Vorjahresangabe zu den Gehältern und kurzfristig fälligen Leistungen des Vorstandsmitglieds Dr. Frank Schneider um TEUR 50 angepasst, da in dieser Angabe die Beiträge an beitragsorientierte Versorgungspläne enthalten waren.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(26) Zinsüberschuss

Der Posten enthält Zinserträge und -aufwendungen sowie laufende Erträge aus Finanzinstrumenten. Weiterhin werden Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen ausgewiesen. Der Zinsüberschuss setzt sich im Einzelnen zusammen aus:

in Mio. EUR	2012	2011
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften		
Zinserträge aus Immobilienförderung	328,4	353,5
Zinserträge aus Wirtschaftsförderung	34,2	32,3
Zinserträge aus Kapitalmarktgeschäften	31,4	37,8
Zinserträge aus Geldmarktgeschäften	14,1	17,6
Zinserträge aus sonstigen Forderungen	0,0	0,0
Festverzinslichen Wertpapieren	83,7	117,7
Zinsderivaten	249,6	278,4
laufende Erträge aus		
Beteiligungen	0,5	0,4
Zinserträge gesamt	741,8	837,8
Zinsaufwendungen für		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	184,5	212,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	82,2	112,9
Nachrangkapital	0,0	0,7
Zinsderivate	311,6	335,4
Rückstellungen	7,2	9,1
Zinsaufwendungen gesamt	585,6	670,2
Zinsüberschuss	156,2	167,6

In den Zinserträgen aus Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung sind Effekte aus der Barwertfortschreibung wertgeminderter Vermögenswerte bei unveränderter Erwartung künftiger Zahlungsströme gemäß IAS 39.A93 (Unwinding) in Höhe von insgesamt EUR 7,7 Mio. (Vorjahr EUR 6,1 Mio.) enthalten.

(27) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. EUR	2012	2011
Zuführungen zu Wertberichtigungen auf Forderungen	7,6	7,7
Direktabschreibungen auf Forderungen	10,2	4,8
Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	14,0	9,4
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	5,4	3,7
Zuführung zu Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	8,0	3,2
Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	1,2	0,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-5,2	-1,9

Wertberichtigungen auf Forderungen betreffen ausschließlich Finanzinstrumente der Kategorie LAR.

(28) Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2012	2011
Provisionserträge		
Entgelte für Bürgschaftsverwaltung	2,5	3,0
Verwaltungskostenbeiträge für Zuschüsse	5,2	6,3
Bearbeitungsgebühren	3,1	2,0
Andere Provisionserträge	0,6	2,8
Provisionserträge gesamt	11,4	14,0
Provisionsaufwendungen		
Zahlungsverkehr und Kontoführung	0,2	0,3
Sonstige Provisionsaufwendungen	0,9	2,7
Provisionsaufwendungen gesamt	1,1	3,0
Provisionsüberschuss	10,3	11,1

In den Provisionserträgen sind wie im Vorjahr Erträge aus Treuhandgeschäften in Höhe von EUR 0,2 Mio. enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind nicht angefallen.

(29) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

In der Position werden die realisierten und nicht realisierten Bewertungsergebnisse der erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen ausgewiesen. Die Zinsaufwendungen und -erträge aus diesen Finanzinstrumenten sind im Zinsüberschuss enthalten, Provisionsaufwendungen und -erträge im Provisionsüberschuss.

in Mio. EUR	2012	2011
Ergebnis aus		
mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten (HfT)	-26,1	-56,1
zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)	0,8	-107,2
Gesamt	-25,3	-163,2

Das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2012	2011
Ergebnis aus designierten Beteiligungsportfolios	0,1	-3,7
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten mit eingebetteten Derivaten	0,3	0,2
Ergebnis aus Grundgeschäften ökonomischer Sicherungsbeziehungen	0,4	-103,7
Gesamt	0,8	-107,2

Das Ergebnis aus Grundgeschäften ökonomischer Sicherungsbeziehungen von 2011 ist geprägt durch die Finanzmarktkrise und die damit verbundene Ausweitung der Credit Spreads. Dies hatte sich insbesondere auf das Bewertungsergebnis der erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Schuldverschreibungen ausgewirkt.

In 2012 hat die IBB die Adressenausfallrisiken des Wertpapierportfolios reduziert. Dadurch haben sich die Credit Spread-induzierten Bewertungseffekte der erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Schuldverschreibungen reduziert.

(30) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen sind die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aller unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Vermögenswerte enthalten.

in Mio. EUR	2012	2011
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren		
Veräußerungsergebnis	-15,3	-16,9
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		
Veräußerungsergebnis	0,1	0,0
Gesamt	-15,2	-16,9

(31) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen

Die Gewinne und Verluste aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen an assoziierten Unternehmen werden im Berichtsjahr in folgender Höhe ausgewiesen:

in Mio. EUR	2012	2011
Bewertungsergebnis	0,1	-0,2
Gesamt	0,1	-0,2

(32) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand gliedert sich wie folgt:

in Mio. EUR	2012	2011
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	42,6	41,6
Soziale Abgaben	6,5	6,3
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	6,3	3,6
Personalaufwand gesamt	55,4	51,5
andere Verwaltungsaufwendungen		
EDV-Aufwendungen	11,3	9,8
Raumkosten und sonstige Gebäudeaufwendungen	2,9	3,1
Geschäftsbetriebskosten/sonstige Einrichtungen	2,7	2,7
Kosten für Beratungen/Prüfungen/Beiträge	2,8	3,5
Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	2,2	2,1
personalabhängige Sachkosten	1,8	1,5
Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung (ohne EDV)	0,5	0,5
andere Verwaltungsaufwendungen gesamt	24,4	23,2
Abschreibungen und Wertberichtigungen		
planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	1,6	2,1
planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	1,1	1,2
außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	0,1	0,1
Abschreibungen und Wertberichtigungen gesamt	2,9	3,4
Verwaltungsaufwand Gesamt	82,7	78,1

Im Personalaufwand sind Aufwendungen, die aus anderen langfristigen Leistungen an Arbeitnehmer resultieren (Jubiläumsgelder) in Höhe von EUR 0,5 Mio. (Vorjahr EUR 0,2 Mio.) enthalten.

Im Personalaufwand sind Aufwendungen aus Anlass der Beendigung von Arbeitsverhältnissen (im Wesentlichen für Vorruhestands- und Altersteilzeitverpflichtungen) in Höhe von EUR 3,9 Mio. (Vorjahr EUR 1,8 Mio.) enthalten.

Für beitragsorientierte Versorgungspläne wurden im Geschäftsjahr TEUR 62,8 (Vorjahr TEUR 59,7) im Personalaufwand erfasst.

(33) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. EUR	2012	2011
Mieterträge	0,7	0,6
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-0,1	-0,1
Aufwand Berlin-Beitrag der IBB	13,5	13,8
Veränderungen von Rückstellungen und abgegrenzten Schulden	0,3	16,0
Ergebnis aus verbrieften Verbindlichkeiten und Namenspapieren LAC	-0,2	-0,2
übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	-5,5	2,7
Ergebnis aus Landesbürgschaften (operationelle Risiken)	2,3	3,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis gesamt	-16,1	9,3

Das ausgewiesene Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten umfasst im Wesentlichen Aufwendungen aus dem Abgang. Das Ergebnis aus Landesbürgschaften resultiert hauptsächlich aus der Veränderung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der für das Land Berlin übernommenen Bearbeitung und Verwaltung von Bürgschaften im Rahmen der Förderung des Erwerbs von selbst genutztem Wohneigentum, bei denen das Land Berlin wegen Baukostenüberschreitungen den Ausfall nicht übernimmt.

Im Berlin-Beitrag werden die für die IBB wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt.

(34) Ertragsteuern

in Mio. EUR	2012	2011
tatsächliche Steuern vom Einkommen und Ertrag	-0,2	-0,2
latente Steuern	0,0	0,0
Gesamt	-0,2	-0,2

Überleitung der Ertragsteuern

in Mio. EUR	2012	2011
Ergebnis vor Steuern	22,0	-72,3
Konzernertragsteuersatz	0,00 %	0,00 %
erwartete Ertragsteuern	0,0	0,0
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze gegenüber dem Konzerntragsteuersatz	-0,4	-0,6
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	0,2	0,0
Veränderung der Wertberichtigung auf aktive latente Steuern	0,5	0,3
Effekt aus steuerfreien Erträgen	-0,8	-0,2
Effekt aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen	0,9	0,8
Auswirkungen ergebniswirksamer Konsolidierungsbuchungen	-0,3	-0,3
Sonstiges	0,1	0,2
effektiver Steueraufwand	0,2	0,2

Der Überleitungsrechnung wird aufgrund des Steuerstatus der Investitionsbank Berlin als subjektiv steuerbefreite Anstalt des öffentlichen Rechts und ihres bestimmenden Anteils am Ergebnis vor Steuern ein Konzerntragsteuersatz von 0 % zugrunde gelegt.

Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze ergeben sich durch die subjektive Steuerpflicht und damit verbundener unterschiedlicher Steuersätze der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften. Die Steuersätze betragen im Berichtsjahr wie im Vorjahr zwischen 0,00 % und 30,18 %.

Die Veränderungen der Wertberichtigung auf aktive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus nicht aktivierten latenten Steuern auf steuerliche Verluste der ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH aufgrund der erwarteten anhaltenden Verlustsituation der Gesellschaft.

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen (§ 8b Abs. 1 und Abs. 2 KStG) und aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen (§ 8b Abs. 3 KStG) resultieren im Wesentlichen aus steuerfreien Erträgen und Verlusten aus der Veräußerung von Beteiligungen sowie Teilwertabschreibungen auf Beteiligungen der Unternehmensbeteiligungsgesellschaften.

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

(35) Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten

in Mio. EUR	2012	2011
erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	41,0	-17,4
erfolgswirksame Realisierungen (Umgliederungsbeträge)	53,5	26,8
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	94,5	9,4

(36) Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen

Aus der Fortschreibung der Equity-Buchwerte resultierten im Geschäftsjahr 2012 erfolgsneutral erfasste versicherungsmathematische Verluste in Höhe von TEUR 66 (Vorjahr Gewinne TEUR 52).

(37) Steuereffekte der Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses

in Mio. EUR	2012			2011		
	Betrag vor Steuern	Steuern	Betrag nach Steuern	Betrag vor Steuern	Steuern	Betrag nach Steuern
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	94,5	0,0	94,5	9,4	0,0	9,4
versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-22,5	0,0	-22,5	-6,6	0,0	-6,6
erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	-0,1	0,0	-0,1	0,1	0,0	0,1
sonstiges Gesamtergebnis	71,9	0,0	71,9	2,8	0,0	2,8

Die Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses entfallen nahezu ausschließlich auf die Muttergesellschaft. Hinsichtlich der subjektiven Befreiung der IBB von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer und des hieraus resultierenden Nullausweises von Steuern auf Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses wird auf Angabe (18) verwiesen.

Segmentberichterstattung

(38) Erläuterung und Methodik zur Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung der IBB basiert auf dem sogenannten „Management Approach“ nach IFRS 8, d. h. die offengelegten Segmentinformationen entsprechen den internen Kriterien der Steuerung und der Berichterstattung an den Vorstand. Die Steuerung der IBB erfolgt weiterhin nach Maßgabe der HGB-Rechnungslegung. Grundlage hierfür ist das wirtschaftliche Ergebnis des Konzerns und der jeweiligen Segmente.

Für die Steuerung ist dabei ausschließlich der Zinsüberschuss, als Saldo zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen, maßgebend. Um den Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird die Marktzinsmethode angewendet. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Zur Gewährleistung der Transparenz erfolgt eine Überleitung der Ergebnisbestandteile aus dem HGB-Einzelabschluss auf das IFRS-Konzernergebnis. Die Geschäftsfelder der IBB entsprechen der aktuellen Organisationsstruktur des Einzelinstituts und gliedern sich im Hinblick auf ihre Produkte und Dienstleistungen in folgende Segmente:

Immobilien- und Stadtentwicklung

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung fokussieren sich die Aktivitäten und Einzelmaßnahmen insbesondere auf die effiziente Betreuung der Bestandsvolumina sowie auf Maßnahmen der monetären Förderung landespolitischer Zielsetzungen in der Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklung. Letzteres konzentriert sich dabei auf Maßnahmen der nachhaltigen Verbesserung der Wohnqualität und des Wohnungsbestandes sowie auf Maßnahmen zur nachhaltigen Energieeinsparung an Gebäuden, ökologischen Neubau und Nutzung regenerativer Energie. Die Unterstützung der Wohnungswirtschaft zur Anpassung an den demografischen Wandel sowie spezielle Maßnahmen der Stadtentwicklung und die finanzkonzeptbedingte Unterstützung der Senatsverwaltungen stehen dabei genauso im Vordergrund wie Konzepte zur Stabilisierung der Wirtschaftlichkeit von Wohnimmobilien zum Zweck des Erhalts sozialverträglicher Mieten.

Wirtschaftsförderung

Die Förderung der Berliner Wirtschaft wird vor allem in den definierten Clustern und Kompetenzfeldern bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) angeboten. Aufgabe der Bank ist es dabei, den von vielen Unternehmen benötigten Zugang zu Finanzierungen (Fremd-, Mezzanine- und Eigenkapital) zu erleichtern. Der Einsatz von rückzahlbaren und wiederholt einsetzbaren Finanzmitteln bei der Förderung der Berliner KMU steht im Vordergrund. Inhaltlich erfolgt eine Fokussierung

auf einen stärkeren Einsatz von darlehensbasierten und revolvingenden Förderinstrumenten bei einer gleichzeitigen Reduzierung der reinen Zuschuss-Förderung. Die Schließung von Finanzierungslücken und das Tätig werden bei Marktversagen sowie die professionelle und effiziente Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Berlin komplettieren die Aufgaben des Segmentes.

Treasury

Das Segment Treasury dient der Erfüllung der Förderaufgaben der IBB gemäß Verständigung II und beinhaltet als Hauptaufgaben die Steuerung der Liquidität sowie die Refinanzierung der IBB durch die Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen in allen Laufzeiten sowie durch Mittelaufnahmen am Geldmarkt und die Inanspruchnahme von Refinanzierungsmitteln der KfW und der EIB. Das Bilanzstrukturmanagement erfolgt als umfassendes Aktiv-/Passivmanagement, Geschäftsabschlüsse werden an den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten getätigt. Durch eine intensive Marktpflegeaktivität gewährleistet die IBB die Liquidität ihrer Anleihen auf dem Sekundärmarkt und erhöht somit die Attraktivität der Titel für Investoren. Als eine mit Anstaltslast und expliziter Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin ausgestattete Förderbank verfügt die Bank über die gleiche hohe Bonität wie das Land Berlin.

Corporate Center

Das Segment Corporate Center versorgt ausschließlich die anderen operativen Segmente (Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Treasury) des Unternehmens. Im Detail sind dies die nicht den Marktbereichen zuzuordnenden Steuerungsfunktionen der Bank (hoheitliche Funktionen). Ferner werden hier alle Bestände und Erfolge abgebildet, die nicht verursachungsgerecht den anderen Segmenten zuzuordnen sind.

Die operativen Geschäftsfelder werden anhand ihres wirtschaftlichen Ergebnisses gemessen. Dabei werden die Erträge und Aufwendungen verursachungsgerecht den jeweiligen Segmenten wie folgt zugewiesen:

- Die Aufteilung des Gesamtzinsüberschusses erfolgt nach periodischer Erfolgsquellenanalyse durch Anwendung der Marktzinsmethode. Danach setzt sich der Zinsüberschuss aus den Komponenten Zinskonditionsbeitrag aus Kundengeschäften, aus Anlage- und Finanzierungserfolg (unverzinsliche Positionen) sowie aus dem Transformationsergebnis zusammen.
- Der Berlin-Beitrag betrifft Förderaktivitäten der IBB auf Veranlassung des Landes (Durchführung und ggf. Finanzierung bestimmter Programme, Veranstaltungen, sonstige Dienstleistungen), die nach Berücksichtigung sämtlicher für die Durchführung anfallender Kosten sowie aller dabei erwirtschafteter Erträge defizitär sind. Abrechnungstechnisch erfolgt die Aufteilung des Berlin-Beitrages in einen für die IBB zahlungswirksamen Teil und in einen durch eigene Leistungen er-

brachten Teil, der sich im Wesentlichen aus nicht kostendeckenden Programmbearbeitungen zusammensetzt. Es erfolgt eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Segmente Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung und Corporate Center.

- Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände zusammen. Die Zuordnung der direkten Kosten und Umlagen erfolgt auf die Segmente. Kosten für hoheitliche Aufgaben werden im Corporate Center abgebildet.
- Die Risikovorsorge insbesondere im Kreditgeschäft wurde auf Basis der Einzelwertberichtigungen, der pauschalierten Einzelwertberichtigungen und der Portfoliowertberichtigung bestimmt und entsprechend den Segmenten zugeordnet.
- Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere. Die Segmentverbindlichkeiten, die ausschließlich dem Treasury zugeordnet werden, beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (insbesondere Land Berlin) sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbriefte Verbindlichkeiten.
- Die Förder-Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und der Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Informationen über Produkte und Dienstleistungen (IFRS 8.32) sind den einzelnen Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Angaben über einzelne Kunden entfallen, da die Wesentlichkeitsgrenze des IFRS 8.34 nicht überschritten wird.

(39) Entwicklung der Segmentergebnisse

Wie die Segmentergebnisrechnung zeigt, wird der HGB-Einzelabschluss der IBB auf den IFRS-Einzelabschluss übergeleitet und nach anschließender Konsolidierung der Tochterunternehmen ein Konzernabschluss nach IFRS aufgestellt. Die Spalten „Überleitung IBB Institut HGB – IFRS“ und „konsolidierte Unternehmen/Konsolidierung“ beinhalten die Anpassungen, die für die Überleitung auf das Konzernergebnis nach IFRS notwendig sind.

Im nachfolgend dargestellten sonstigen betrieblichen Ergebnis ist, abweichend zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der liquiditätswirksam erfasste Berlin-Beitrag IBB nicht enthalten. Daneben werden die nicht liquiditätswirksamen Leistungen als sonstiger betrieblicher Ertrag

und zusätzlich als Berlin-Beitrag IBB abgebildet. Ferner sind die Ertragsteuern im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2012 ergibt sich einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS folgende Entwicklung in den Segmenten:

Segmentbrichterstattung 31.12.2012 in Mio. EUR	Immo- bilien-/ Stadtent- wicklung	Wirt- schafts- förderung	Treasury	Corporate Center	IBB Institut (HGB)	Überlei- tung IBB Institut HGB – IFRS	IBB Institut (IFRS)	konso- liidierte Unter- nehmen/ Konsolidie- rung	IBB- Konzern (IFRS)
Zinsergebnis	70,8	6,3	57,2	13,6	147,9	5,3	153,1	3,1	156,2
Provisionsüberschuss	9,4	1,4	-0,1	0,0	10,7	0,0	10,7	-0,4	10,3
sonstiges betriebliches Ergebnis	-3,7	15,4	0,0	1,2	12,9	-0,2	12,7	-0,4	12,3
Summe Erträge	76,5	23,0	57,0	14,8	171,4	5,1	176,5	2,4	178,8
Verwaltungsaufwand	-35,8	-23,5	-5,4	-11,8	-76,6	-2,1	-78,7	-4,0	-82,7
Risikovorsorge	16,1	-7,9	-20,4	-7,6	-19,8	14,6	-5,2	0,0	-5,2
Bewertungseffekte nach IFRS	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-38,2	-38,2	-2,3	-40,5
außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-2,8	-2,8	2,8	0,0	0,0	0,0
wirtschaftliches Ergebnis	56,9	-8,4	31,2	-7,4	72,3	-17,9	54,4	-3,9	50,4
Berlin-Beitrag IBB	-3,9	-28,0	0,0	-0,9	-32,8	3,7	-29,1	0,5	-28,6
Jahresüberschuss	53,0	-36,4	31,2	-8,3	39,5	-14,2	25,3	-3,5	21,8
Förder-Cost-Income-Ratio	46,7%	102,1%	9,5%	80,0%	44,6%	k. A.	44,5%	k. A.	46,2%
Segmentvermögen	12.103	2.247	5.645	-59	19.935	478	20.414	-28	20.386
Segmentverbindlichkeiten	29	95	18.631	1.180	19.935	478	20.414	-28	20.386
allokiertes Kapital	187	58	88	280	613	269	882	11	893
Eigenkapitalrendite inkl. Berlin-Beitrag IBB	32,7%	-15,9%	25,1%	-2,8%	11,8%	k. A.	6,2%	k. A.	5,6%

Überleitungseffekte von HGB auf IFRS auf Ebene der IBB ergaben sich im Geschäftsjahr 2012 insbesondere durch Bewertungseffekte nach IFRS (EUR -38,2 Mio.) und Abweichungen bei der Risikovorsorge (EUR +14,6 Mio.). Die Bewertungseffekte nach IFRS enthalten das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten (EUR -22,5 Mio.), von zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (EUR +0,8 Mio.) und das Veräußerungsergebnis von Finanzanlagen (EUR -16,5 Mio.). Der Überleitungseffekt bei der Risikovorsorge beinhaltet das Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren nach HGB (EUR +20,4 Mio.) sowie abweichende Ergebnisentwicklungen/-zuordnungen bei den Einzelwertberichtigungen (EUR -5,8 Mio.).

Zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2011 ergibt sich folgende Entwicklung in den Segmenten:

Segmentberichterstattung 31.12.2011 in Mio. EUR	Immo- bilien-/ Stadtent- wicklung	Wirt- schafts- förderung	Treasury	Corporate Center	IBB Institut (HGB)	Überlei- tung IBB Institut HGB – IFRS	IBB Institut (IFRS)	konso- liidierte Unter- nehmen/ Konsolidie- rung	IBB- Konzern (IFRS)
Zinsergebnis	66,8	4,3	71,7	18,8	161,6	2,2	163,8	3,8	167,6
Provisionsüberschuss	9,9	1,4	0,1	-0,1	11,4	0,0	11,4	-0,3	11,1
sonstiges betriebliches Ergebnis	6,0	28,9	0,0	4,8	39,8	-0,8	39,0	0,2	39,2
Summe Erträge	82,8	34,6	71,8	23,6	212,7	1,5	214,2	3,7	217,9
Verwaltungsaufwand	-34,5	-22,6	-4,9	-12,0	-73,9	-0,2	-74,1	-4,0	-78,1
Risikoversorge	7,4	-10,7	-75,9	-3,0	-82,2	72,7	-9,5	7,6	-1,9
Bewertungseffekte nach IFRS	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-172,1	-172,1	-8,2	-180,3
außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-1,1	-1,1	1,1	0,0	0,0	0,0
wirtschaftliches Ergebnis	55,7	1,3	-9,0	7,4	55,5	-97,0	-41,5	-0,9	-42,4
Berlin-Beitrag IBB	-2,8	-29,3	0,0	-1,0	-33,2	3,0	-30,2	0,0	-30,2
Jahresüberschuss	52,9	-28,0	-9,0	6,4	22,3	-94,0	-71,7	-0,9	-72,6
Förder-Cost-Income-Ratio	41,7%	65,2%	6,8%	50,8%	34,7%	k. A.	34,6%	k. A.	35,9%
Segmentvermögen	12.319	1.373	6.583	-45	20.230	45	20.276	-47	20.229
Segmentverbindlichkeiten	35	80	18.971	1.144	20.230	45	20.276	-47	20.229
allokiertes Kapital	174	53	124	262	613	292	905	10	915
Eigenkapitalrendite inkl. Berlin-Beitrag IBB	34,9%	3,1%	-8,4%	2,4%	9,0%	k. A.	-4,6%	k. A.	-4,6%

Überleitungseffekte von HGB auf IFRS auf Ebene der IBB ergaben sich im Geschäftsjahr 2011 insbesondere durch Bewertungseffekte nach IFRS (EUR -172,1 Mio.). Hierin enthalten sind Effekte aus der Bewertung von mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten (EUR -64,0 Mio.) und von erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten (EUR -91,1 Mio.) sowie das Ergebnis aus der Veräußerung von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (EUR -17,0 Mio.). Weiterhin ergaben sich Überleitungseffekte bei der Risikoversorge (EUR 72,7 Mio.), die im Wesentlichen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (EUR 75,9 Mio.) betrafen.

Erläuterungen zur Bilanz

(40) Barreserve

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Guthaben bei Zentralnotenbanken	19,5	30,9
davon: bei der Deutschen Bundesbank	19,5	30,9
Gesamt	19,5	30,9

Die Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Das Mindestreserve-Soll wurde im Berichtsjahr stets eingehalten und betrug zum Jahresende EUR 18,4 Mio. (Vorjahr EUR 43,9 Mio.).

(41) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
täglich fällige Forderungen		
Tagesgelder	30,0	177,2
sonstige täglich fällige Forderungen	56,4	6,3
Andere Forderungen		
Termingelder	849,1	954,6
Kredite und Darlehen	652,4	635,2
Schuldscheindarlehen	40,0	40,1
Gesamt	1.627,8	1.813,4
davon: Forderungen an ausländische Kreditinstitute	557,0	463,7
davon: Restlaufzeit mehr als ein Jahr	645,9	631,0

(42) Forderungen an Kunden

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Kapitalmarktgeschäft		
Tages- und Termingelder	21,9	50,4
Schuldscheindarlehen	428,7	428,7
Immobilienförderung	11.317,0	11.537,4
Wirtschaftsförderung	1.426,8	575,8
Andere Forderungen	443,2	496,6
Gesamt	13.637,6	13.089,0
davon: Forderungen an ausländische Kunden	43,9	43,5
davon: Restlaufzeit mehr als ein Jahr	11.807,0	11.731,0

(43) Wertberichtigungen auf Forderungen

Wertberichtigungen auf Forderungen werden auf der Aktivseite der Bilanz als gesonderter Posten ausgewiesen. Sie betreffen ausschließlich Finanzinstrumente der Kategorie LAR.

Des Weiteren bestehen für Kreditrisiken Rückstellungen für unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien. Erläuterungen hierzu erfolgen in den Angaben (55), (6) und (57).

Die Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Einzelwert- berichtigungen	Portfoliowert- berichtigungen	Gesamt
Stand 31.12.2011	0,0	0,0	0,0
Zuführungen	0,0	0,0	0,0
Verbrauch	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	0,0	0,0	0,0
Unwinding	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen	0,0	1,3	1,3
Stand 31.12.2012	0,0	1,3	1,3

Die Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Einzelwert- berichtigungen	Portfoliowert- berichtigungen	Gesamt
Stand 01.01.2011	66,5	23,8	90,3
Zuführungen	6,8	0,8	7,7
Verbrauch	6,5	0,0	6,5
Auflösungen	7,1	2,2	9,4
Unwinding	6,1	0,0	6,1
Stand 31.12.2011	53,6	22,4	76,0
Zuführungen	6,9	0,7	7,6
Verbrauch	10,4	0,0	10,4
Auflösungen	10,2	3,8	14,0
Unwinding	7,7	0,0	7,7
Umbuchungen	0,0	-1,3	-1,3
Stand 31.12.2012	32,2	18,0	50,2

Für wertberichtigte Kredite und Darlehen wurden im Geschäftsjahr 2012 Zinserträge in Höhe von EUR 4,7 Mio. (Vorjahr EUR 6,2 Mio.) nicht vereinnahmt.

(44) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte

Die erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Vermögenswerte enthalten neben Wertpapieren, Forderungen und Beteiligungsportfolien der Kategorie der zum Zeitwert designierten Finanzinstrumente (FVO) die positiven Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten.

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterategorie HfT)	755,9	536,7
zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	2.564,9	2.394,1
Forderungen an Kunden		
Schuldscheindarlehen	402,4	508,4
stille Beteiligungen	6,0	5,9
Finanzanlagen		
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.110,7	1.844,7
Portfolio IBB Beteiligungsgesellschaft mbH	4,6	4,6
Portfolio VC Fonds Berlin GmbH	7,9	6,8
Portfolio VC Fonds Kreativwirtschaft GmbH	12,6	7,2
Portfolio VC Fonds Technologie GmbH	20,7	16,5
Gesamt	3.320,8	2.930,8
davon: Restlaufzeit mehr als ein Jahr	3.063,6	2.716,2

Die Anleihen und Schuldverschreibungen stammen in Höhe von EUR 1.135,1 Mio. (Vorjahr EUR 1.028,5 Mio.) von öffentlichen Emittenten.

(45) Finanzanlagen

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Geldmarktpapiere		
von öffentlichen Emittenten	0,0	0,0
von anderen Emittenten	54,9	65,5
Anleihen und Schuldverschreibungen		
von öffentlichen Emittenten	211,2	102,9
von anderen Emittenten	1.504,1	2.211,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,1
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,1	0,1
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,1	0,1
Beteiligungen	0,5	0,2
Gesamt	1.770,9	2.380,0
davon: Restlaufzeit mehr als ein Jahr	1.094,3	1.405,4

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig bzw. börsennotiert:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
börsenfähige Wertpapiere	1.770,2	2.379,6
börsennotierte Wertpapiere	1.715,3	2.379,6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
börsenfähige Wertpapiere	0,0	0,1
börsennotierte Wertpapiere	0,0	0,1

Die ausgewiesenen Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen betreffen die IBB Business Team GmbH, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste Finanzinformationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen auf Basis der Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2010 nach HGB. Die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2012 lagen noch nicht vor.

in Mio. EUR	31.12.2011 ¹	31.12.2010
Summe der Vermögenswerte	2,6	4,0
Summe der Verpflichtungen	0,8	1,9
Umsatzerlöse	5,9	6,7
Jahresergebnis	0,3	-0,1

¹ BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsges. mbH nicht enthalten, da der Jahresabschluss zum 31.12.2011 noch nicht vorlag

(46) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	0,7	0,7

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Anteile an assoziierten Unternehmen – Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	19,2	17,2
Summe der Verpflichtungen	17,2	15,2
Erträge	33,0	32,5
Jahresergebnis	0,1	-0,3
Anteile an assoziierten Unternehmen – Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	6,7	6,2
Summe der Verpflichtungen	6,0	5,4
Erträge	11,2	11,6
Jahresergebnis	0,1	-0,2

(47) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Software		
erworben	0,5	0,8
selbst erstellt	1,1	1,8
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	0,5	0,2
Gesamt	2,1	2,8

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Software		sonstige IVG	Gesamt
	erworben	selbst erstellt		
Anschaffungs- /Herstellungskosten				
Stand zum 01.01.2011	26,4	3,1	0,2	29,7
Zugänge	0,4	0,3	0,2	0,9
Abgänge	1,0	0,0	0,0	1,0
Stand zum 31.12.2011	25,8	3,4	0,4	29,6
Zugänge	0,1	0,0	0,4	0,6
Abgänge	0,0	0,0	0,1	0,1
Stand zum 31.12.2012	25,9	3,4	0,8	30,1
Abschreibungen und Wertaufholungen				
Stand zum 01.01.2011	25,5	0,9	0,1	26,5
planmäßige Abschreibungen	0,5	0,7	0,1	1,3
Abgänge	1,0	0,0	0,0	1,0
Stand zum 31.12.2011	25,0	1,6	0,2	26,8
planmäßige Abschreibungen	0,4	0,7	0,1	1,3
Stand zum 31.12.2012	25,4	2,3	0,3	28,0
Buchwerte				
Stand zum 31.12.2011	0,8	1,8	0,2	2,8
Stand zum 31.12.2012	0,5	1,1	0,5	2,1

(48) Sachanlagen

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	46,3	46,8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3,7	3,4
Gesamt	50,0	50,3

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs- / Herstellungskosten			
Stand zum 01.01.2011	49,0	19,4	68,4
Zugänge	0,0	2,0	2,0
Abgänge	0,0	3,0	3,0
Stand zum 31.12.2011	49,0	18,5	67,5
Zugänge	0,0	1,4	1,4
Abgänge	0,0	6,3	6,3
Stand zum 31.12.2012	49,0	13,6	62,6
Abschreibungen und Wertaufholungen			
Stand zum 01.01.2011	1,7	16,4	18,0
planmäßige Abschreibungen	0,5	1,6	2,1
Abgänge	0,0	2,9	2,9
Stand zum 31.12.2011	2,2	15,1	17,2
planmäßige Abschreibungen	0,5	1,1	1,6
Abgänge	0,0	6,3	6,3
Stand zum 31.12.2012	2,7	9,9	12,6
Buchwerte			
Stand zum 31.12.2011	46,8	3,4	50,3
Stand zum 31.12.2012	46,3	3,7	50,0

(49) Ertragsteueransprüche

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
tatsächliche Ertragsteueransprüche	0,6	0,6
latente Ertragsteueransprüche	3,0	3,3
Gesamt	3,6	3,9

Die latenten Ertragsteueransprüche ergeben sich im Wesentlichen aus der Aktivierung von latenten Steuern auf körperschaftsteuerliche und gewerbsteuerliche Verlustvorträge der Immobiliengesellschaft Spree-stadt-Wegelystraße mbH (IGSW) in Höhe von EUR 10,0 Mio. (Vorjahr EUR 11,0 Mio.) auf Basis der Planung des bis zum Jahr 2022 zu versteuernden Einkommens. Grundlage der Planung ist das von der IBB-Holding GmbH der IGSW gewährte Gesellschafterdarlehen, für das ein jährlicher Forderungsverzicht von EUR 1,0 Mio. vereinbart wurde.

Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Für die folgenden steuerlichen Verlustvorträge der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften wurden keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Körperschaftsteuer	65,2	62,9
Gewerbsteuer	56,1	51,7
Gesamt	121,4	114,6

(50) Sonstige Aktiva

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	1,0	1,1
sonstige Steueransprüche (außer Ertragsteuern)	0,1	0,1
sonstige Forderungen und Vermögenswerte	2,9	2,5
Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva	-0,4	-0,5
Gesamt	3,6	3,2

Die ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

(51) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
täglich fällige Verbindlichkeiten		
Tagesgelder	11,5	64,0
sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	0,9	0,2
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
Termingelder	1.383,5	1.355,0
Schuldscheindarlehen	514,8	420,9
Namenspfandbriefe	10,3	10,3
Offenmarktgeschäfte	251,8	0,0
zweckgebundene Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.173,3	1.345,2
sonstige	101,6	31,8
Gesamt	3.447,8	3.227,4
davon: gegenüber ausländischen Kreditinstituten	517,1	347,4
davon: Restlaufzeit mehr als ein Jahr	1.411,1	1.523,5

Die zweckgebundenen Mittel dienen der Refinanzierung von Darlehen, die von der IBB an Endkreditnehmer weitergeleitet wurden.

(52) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
täglich fällige Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	159,1	112,1
Tagesgelder	1,0	0,0
sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	5,5	2,8
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	4.694,7	5.110,0
Namensschuldverschreibungen	897,3	897,2
Schuldscheindarlehen	224,2	328,8
Termingelder	810,1	543,0
Namenspfandbriefe	0,0	40,4
Gesamt	6.791,8	7.034,4
davon: gegenüber ausländischen Kunden	500,0	300,0
davon: Restlaufzeit mehr als ein Jahr	5.695,2	6.137,9

Die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin enthalten im Wesentlichen die im Rahmen der erhaltenen Deckungsmittelzusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel. Der Anspruch auf Zuweisung der Mittel resultiert aus § 6 Abs. 1 des Grundvertrags mit dem Land Berlin.

Die Ermittlung der dem Land Berlin aus den finanzierten Programmen zustehenden Tilgungs- und Zinsbeträge erfolgt gemäß § 2 Abs. 2 des Grundvertrags mit dem Land Berlin. Dabei wird als Maßstab für die Aufteilung der vereinnahmten Zins- und Tilgungsleistungen das Verhältnis der in der langfristigen Wohnungsbauförderung eingesetzten Darlehensmittel des Landes Berlin und der IBB zu Beginn des Geschäftsjahres zugrunde gelegt. In die Betrachtung werden Ausleihungen aus dem BerlinFG-Geschäft und am Kapitalmarkt refinanzierte Darlehen nicht einbezogen. Nach Berechnung der IBB beträgt der Anteil des Landes Berlin für das Jahr 2012 88,49 % (Vorjahr: 88,80 %).

In der Abrechnung mit dem Land Berlin sind auch Mittel enthalten, die nicht unter den Grundvertrag fallen. Diese Mittel (EUR 42,2 Mio., Vorjahr EUR 42,2 Mio.) beziehen sich auf Darlehen mit einem Landesanteil von 100 %.

(53) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Inhaberschuldverschreibungen	4.456,4	5.050,9
Gesamt	4.456,4	5.050,9
davon: Restlaufzeit mehr als ein Jahr	3.139,1	3.538,3

(54) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
negative Marktwerte aus derivativen		
Finanzinstrumenten (Unterategorie HfT)	949,2	726,6
zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	3.823,5	3.394,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	925,8	800,4
Schuldscheindarlehen	685,1	626,2
Namensschuldverschreibungen	240,7	174,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.145,7	887,0
Schuldscheindarlehen	340,4	341,8
Namensschuldverschreibungen	805,3	545,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.752,1	1.706,6
Gesamt	4.772,8	4.120,6
davon: Restlaufzeit mehr als ein Jahr	4.030,7	3.947,4

(55) Rückstellungen

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Rückstellungen für Pensionen	111,3	85,8
andere Rückstellungen		
Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,2	0,6
Rückstellungen im Personalbereich	21,2	20,2
Rückstellungen Berlin-Beitrag der IBB	9,3	9,7
sonstige Rückstellungen	63,9	65,2
Gesamt	205,8	181,6

(a) Rückstellungen für Pensionen

Fondsfinanzierte Pensionsverpflichtungen bestehen im Konzern nicht. Planvermögen zur Deckung von Pensionsverpflichtungen liegen nicht vor.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	2012	2011
Pensionsverpflichtungen zum 01.01.	85,8	76,5
laufender Dienstzeitaufwand	2,2	2,0
Zinsaufwand	3,8	3,8
versicherungsmathematische Verluste	-22,5	-6,6
gezahlte Versorgungsleistungen	3,1	3,1
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	111,3	85,8

Eine angenommene Senkung des Rechnungszinses um 50 Basispunkte würde zum Stichtag 31. Dezember 2012 zu einem Barwert der Versorgungsverpflichtung in Höhe von EUR 122,7 Mio. führen.

Eine angenommene Erhöhung des Rechnungszinses um 50 Basispunkte würde zum Stichtag 31. Dezember 2012 zu einem Barwert der Versorgungsverpflichtung in Höhe von EUR 101,3 Mio. führen.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Beträge erfasst:

in Mio. EUR	2012	2011
laufender Dienstzeitaufwand	2,2	2,0
Zinsaufwand	3,8	3,8
Gesamt	6,0	5,7

Mit Ausnahme des Zinsaufwands, der im Zinsüberschuss enthalten ist, werden die Beträge im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste werden gemäß IAS 19.93A erfolgsneutral in den Gewinnrücklagen erfasst. Im sonstigen Gesamtergebnis wurden folgende Beträge erfasst:

in Mio. EUR	2012	2011
versicherungsmathematische Gewinne und Verluste		
Geschäftsjahr	-22,5	-6,6
Vorjahre kumuliert	-13,3	-6,7
Gesamt	-35,8	-13,3

In den letzten Jahren haben sich der Barwert der Pensionsverpflichtungen und die erfahrungsbedingten Anpassungen der Barwerte der Pensionsverpflichtungen wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	2012	2011	2010	2009	2008
Barwert der Pensionsverpflichtungen (DBO)	111,3	85,8	76,5	69,0	61,9
erfahrungsbedingte Anpassungen der Barwerte der Pensionsverpflichtungen	-0,8	0,2	0,3	-1,3	0,3

Die Pensionsrückstellungen sind grundsätzlich langfristig fällig. Im Folgejahr werden direkte Rentenzahlungen in Höhe von EUR 3,1 Mio. erwartet.

(b) andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Rückstellungen				
	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen Berlin-Beitrag der IBB	sonstige Rückstellungen	Gesamt
Stand zum 01.01.2011	1,2	21,3	33,6	80,9	137,0
Verbrauch	0,0	3,5	21,0	13,1	37,6
Auflösung	0,6	0,0	12,1	10,6	23,2
Aufzinsung	0,0	0,7	0,1	4,5	5,2
Zuführung	0,0	1,7	9,1	3,4	14,3
Stand zum 31.12.2011	0,6	20,2	9,7	65,2	95,8
Verbrauch	0,0	3,8	9,2	3,7	16,7
Auflösung	0,4	0,0	0,1	3,8	4,4
Aufzinsung	0,0	0,6	0,0	2,7	3,2
Zuführung	0,0	4,3	8,8	3,5	16,6
Stand zum 31.12.2012	0,2	21,2	9,3	63,9	94,6

Die Rückstellungen im Personalbereich betreffen Vorruhestands-, Alters- teilzeit- und Jubiläumsverpflichtungen.

Die Rückstellungen für den Berlin-Beitrag der IBB betreffen im Wesentlichen von der IBB vorbehaltlich der Einhaltung förderrechtlicher Auflagen zugesagte Förderleistungen.

Von den sonstigen Rückstellungen weisen Bestände in Höhe von EUR 54,4 Mio. (Vorjahr 52,9 Mio.) eine Restlaufzeit von voraussichtlich mehr als einem Jahr auf.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen mit EUR 45,2 Mio. (Vorjahr EUR 42,8 Mio.) auf erfolgsabhängig rückzahlbare Zuwendungen des Landes Berlin im Zusammenhang mit der Kapitalausstattung der VC Fonds Berlin GmbH, der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und der VC Fonds Technologie Berlin GmbH. Die Rückzahlung erfolgt bei Abrechnung der Fonds am Ende der Laufzeit des jeweiligen Zuwendungsvertrages (2014 bzw. 2018), wobei die Verträge um 2 bzw. 3 Jahre verlängert werden können. Das Restkapital ist im Verhältnis der EFRE-Mittel zu den IBB-Eigenmitteln am Abrechnungstichtag zwischen dem Land Berlin und der IBB aufzuteilen. Daneben sind Rückstellungen für Prozessrisiken in Höhe von EUR 2,8 Mio. (Vorjahr EUR 3,7 Mio.) enthalten. Darüber hinaus sind Rückstellungen für sonstige gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtungen des Konzerns gebildet, die aus Ereignissen der Vergangenheit resultieren und wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden.

(56) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	0,2	0,0
latente Ertragsteuerverpflichtungen	3,0	3,3
Gesamt	3,2	3,3

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen ergeben sich im Wesentlichen aus der Zuschreibung im Rahmen der Schuldenkonsolidierung des von der IBB-Holding GmbH der Immobiliengesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH gewährten Gesellschafterdarlehens in Höhe von EUR 9,9 Mio. (Vorjahr EUR 10,9 Mio.).

(57) Sonstige Passiva

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
abgegrenzte Schulden	8,8	7,3
sonstige Steuerverpflichtungen (außer Ertragsteuern)	0,8	0,9
Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	8,0	3,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,7	0,5
sonstige übrige Passiva	39,1	42,5
Gesamt	57,5	54,5
davon: Restlaufzeit mehr als ein Jahr	32,4	34,1

Die Angabe der Nominalwerte für die abgegebenen Finanzgarantien ist nachrichtlich unter Punkt (69) Finanzgarantien und andere Verpflichtungen dargestellt.

(58) Eigenkapital

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens		
Grundkapital	300,0	300,0
Gewinnrücklagen		
Zweckrücklage	284,2	284,2
andere Gewinnrücklagen	308,7	331,2
Gewinnrücklagen gesamt	592,8	615,4
Neubewertungsrücklage	6,4	-88,1
Konzernbilanzverlust	-246,9	-269,8
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	-2,6	-1,4
Gesamt	649,9	556,1

Das Grundkapital der IBB beträgt gemäß § 2 Abs. 1 der Satzung EUR 300,0 Mio. und ist voll eingezahlt. Es wird vollständig vom Land Berlin gehalten.

Die Zweckrücklage ist gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung für die Finanzierung von Aufgaben der IBB zu verwenden. Der handelsrechtliche Jahresüberschuss des Instituts IBB ist gemäß § 19 der Satzung der Zweckrücklage zuzuführen, sofern nicht der Senat von Berlin anderweitig beschließt.

Die handelsrechtlichen Jahresüberschüsse der Geschäftsjahre 2010 und 2011 wurden auf neue Rechnung vorgetragen und im Einzelabschluss als Bilanzgewinn ausgewiesen.

Die anderen Gewinnrücklagen beinhalten versicherungsmathematische Gewinne und Verluste gemäß IAS 19.93A in Höhe von EUR -35,9 Mio. (Vorjahr EUR -13,3 Mio.) sowie die Effekte aus der erstmaligen Anwendung der

IFRS, mit Ausnahme der Bewertungseffekte für Finanzinstrumente der Kategorie AFS, in Höhe von EUR 344,5 Mio.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AFS. Eine erfolgswirksame Erfassung erfolgt erst bei Abgang der Finanzinstrumente oder bei Vorliegen eines Impairments.

Nicht beherrschende Anteile werden gemäß IAS 27.28 ausgewiesen, obwohl die auf nicht beherrschende Anteile entfallenden Verluste deren Anteil am Eigenkapital übersteigen. Der übersteigende Betrag aus Vorjahren bis einschließlich 2009 (EUR 2,4 Mio.) wird gemäß IAS 27.45(a) weiterhin im Konzernbilanzgewinn/-verlust ausgewiesen.

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(59) Wertpapierpensionsgeschäfte

Im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften (Repo-Geschäfte) hat der Konzern Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Pension gegeben. Dafür werden standardisierte Rahmenverträge, die im internationalen Bankgeschäft üblich sind, verwendet. Die Chancen und Risiken aus den Finanzinstrumenten verbleiben bei der IBB. Zusätzlich besteht ein Kontrahentenrisiko für das Recht auf die Rückübertragung der übertragenen Finanzinstrumente. Dieses Risiko ist durch Sicherheitsleistungen in Form von Bargeld und Wertpapieren, die täglich aktualisiert werden, abgedeckt.

Die Finanzinstrumente werden nicht ausgebucht und sind in der Bilanz in den Posten Finanzanlagen bzw. erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte enthalten. Die Buchwerte der in Pension gegebenen Wertpapiere stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Finanzanlagen (AFS)	144,0	181,4
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	622,5	700,1
Gesamt	766,5	881,5

Die Buchwerte der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften betragen EUR 780,5 Mio. (Vorjahr EUR 893,7 Mio.) und werden im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Die Buchwerte entsprechen dem Fair Value. Die sich ergebende Nettoposition beträgt EUR -14 Mio. (Vorjahr EUR -12,2 Mio.). Die Verbindlichkeiten dienen als Sicherheit für das Kontrahentenrisiko der Rückübertragung der übertragenen Finanzinstrumente. Während des Übertragungszeitraums hat die IBB keine Verfügungsgewalt über die Finanzinstrumente.

Im Konzern wurden zum Stichtag 31. Dezember 2012 keine Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften in Pension genommen (Reverse-Repo-Geschäfte).

(60) Sicherungsleistungen

a) gestellte Sicherheiten

Zum Bilanzstichtag sind Vermögenswerte in folgender Höhe als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet bzw. übertragen:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kunden	797,5	835,8
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	1.611,9	1.216,8
Finanzanlagen	1.390,3	1.899,8
Gesamt	3.799,7	3.952,5

Hierbei handelt es sich um im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit dem ESZB verpfändete Wertpapiere sowie um Schuldscheindarlehen, die im Rahmen des Krediteinreichungsverfahrens (KEV) als Sicherheit für Zentralbankkredite an die Deutsche Bundesbank abgetreten wurden. Weiterhin ist eine Forderung an das Land Berlin als Sicherheit für eine Refinanzierung bei der KfW an die KfW abgetreten.

Die IBB begibt derzeit keine gedeckten Schuldverschreibungen. Sie macht von dem Recht nach § 51 Pfandbriefgesetz Gebrauch und führt das Deckungsregister ausschließlich für die vor Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes emittierten Pfandbriefe fort. Für den nach § 51 PfandBG fortgeführten Altbestand an Hypothekenpfandbriefen ergibt sich folgende Deckungsrechnung:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Deckungsmasse	1.855,0	2.068,0
Pfandbriefe im Umlauf	10,0	50,0
Überdeckung	1.845,0	2.018,0

b) erhaltene Sicherheiten

Der Konzern hat im Berichtszeitraum und im Vorjahr keine Sicherheiten in Form finanzieller und nicht finanzieller Vermögenswerte gehalten, die er auch ohne erlittenen Verlust veräußern oder verpfänden darf.

(61) Nachrangige Vermögenswerte

In den Bilanzposten sind nachrangige Vermögenswerte in folgender Höhe enthalten:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kunden	1.740,9	1.854,5
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	1,3	1,5
Gesamt	1.742,2	1.856,0

Bei den in den Forderungen an Kunden enthaltenen nachrangigen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um Erklärungen nach § 88 Abs. 3 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes.

(62) Derivative Geschäfte

Derivative Finanzinstrumente werden im IBB-Konzern ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich nach Produkten wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	Nominalwert		positive Marktwerte		negative Marktwerte	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Zinsswaps	14.275,2	14.411,3	755,9	536,7	949,2	726,6
FRAs	0,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Caps/Floors	37,7	113,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	14.312,8	14.574,3	755,9	536,7	949,2	726,6

Nach Kontrahenten ergibt sich folgende Aufgliederung:

in Mio. EUR	Nominalwert		positive Marktwerte		negative Marktwerte	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Banken OECD	13.865,7	14.348,8	706,7	518,2	927,7	726,6
Öffentliche Stellen OECD	200,0	0,0	21,0	0,0	21,6	0,0
sonstige Kontrahenten	247,1	225,5	28,2	18,5	0,0	0,0
Gesamt	14.312,8	14.574,3	755,9	536,7	949,2	726,6

Die Gliederung nach Restlaufzeiten ergibt folgendes Bild:

in Mio. EUR	Nominalwert	
	31.12.2012	31.12.2011
bis 3 Monate	440,7	347,7
3 Monate bis 1 Jahr	1.568,7	1.744,0
1 Jahr bis 5 Jahre	7.023,8	6.649,3
über 5 Jahre	5.321,2	5.960,4
Gesamt	14.354,4	14.701,5

(63) Zeit- und Buchwerte nach Klassen und Bewertungskategorien

Der Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Schuld begleichen.

Der folgenden Tabelle sind die Buch- und Zeitwerte der Finanzinstrumente zu entnehmen. Die Gliederung beruht auf den jeweiligen Bilanz-

posten und gibt auf der zweiten Ebene die jeweilige Bewertungskategorie gemäß IAS 39 sowie ggf. auf der dritten Ebene die Klasse der zugeordneten Finanzinstrumente an. Bei der Buchwertangabe zu den Forderungen an Kunden und den Forderungen an Kreditinstitute wurden die Wertberichtigungen gekürzt.

in Mio. EUR	31.12.2012		31.12.2011	
	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert	Buchwert
AKTIVA				
Barreserve				
zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente (AFS)	19,5	19,5	30,9	30,9
Forderungen an Kreditinstitute				
Kredite und Forderungen (LAR)	1.609,4	1.626,5	1.783,8	1.813,4
Forderungen an Kunden				
Kredite und Forderungen (LAR)	14.339,0	13.587,5	12.692,7	13.012,9
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte				
positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	755,9	755,9	536,7	536,7
zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)				
Forderungen an Kunden	408,4	408,4	514,2	514,2
Finanzanlagen				
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.110,7	2.110,7	1.844,7	1.844,7
Beteiligungsportfolios	45,8	45,8	35,1	35,1
Finanzanlagen				
zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente (AFS)				
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.770,2	1.770,2	2.379,6	2.379,6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	0,1	0,1
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,1	0,1	0,1	0,1
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,1	0,1	0,1	0,1
Beteiligungen	0,5	0,5	0,2	0,2
sonstige Aktiva				
Kredite und Forderungen (LAR)	2,7	2,7	2,7	2,7
GESAMT	21.062,3	20.327,9	19.820,8	20.170,7

in Mio. EUR	31.12.2012		31.12.2011	
	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert	Buchwert
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (LAC)	3.518,1	3.447,8	3.236,5	3.227,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (LAC)	5.677,6	6.791,8	5.188,0	7.034,4
verbriefte Verbindlichkeiten				
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (LAC)	4.674,7	4.456,4	5.033,7	5.050,9
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen				
negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterategorie HfT)	949,2	949,2	726,6	726,6
zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	925,8	925,8	800,4	800,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.145,7	1.145,7	887,0	887,0
verbriefte Verbindlichkeiten	1.752,1	1.752,1	1.706,6	1.706,6
sonstige Passiva				
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (LAC)	22,1	22,1	16,8	16,8
GESAMT	18.665,3	19.490,9	17.595,6	19.450,2

Die Fair Values bestimmter zu Nominalwerten bilanzierter Finanzinstrumente entsprechen nahezu ihren Buchwerten. Hierunter fällt etwa die Barreserve. Bei den übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten Cashflows mit aktuellen Zinssätzen unter Berücksichtigung der jeweiligen Credit Spreads auf den Barwert diskontiert.

Für die an Börsen gehandelten Wertpapiere sowie bei börsennotierten Schuldtiteln wird auf quotierte Marktpreise zurückgegriffen.

Unter den Forderungen an Kunden werden Aufwendungsdarlehen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 4.517,4 Mio. (Vorjahr EUR 4.904,4 Mio.) und einem Zeitwert in Höhe von EUR 3.895,7 Mio. (Vorjahr EUR 4.068,5 Mio.) ausgewiesen. Bei den Aufwendungsdarlehen handelt es sich um Förderdarlehen im Segment Immobilienförderung. Die Darlehen werden in der Regel über einen Zeitraum von 15 Jahren ausgezahlt. Nach einer Ruhephase von 15 Jahren beginnt die Rückzahlung, wobei sich die Konditionen nach der Wirtschaftlichkeit der finanzierten Objekte richten. Zum Bilanzstichtag befanden sich Aufwendungsdarlehen mit einem Restkapital in Höhe von EUR 2.492,4 Mio. (Vorjahr EUR 2.626,0 Mio.) noch nicht in der Rückzahlungsphase. Die Aufwendungsdarlehen sind im Wesentlichen durch die Darlehensverbindlichkeit gemäß § 1 des Grundvertrages mit dem Land Berlin refinanziert.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wird die Darlehensverbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin gemäß § 1 des Grundvertrages mit dem Land Berlin mit einem Buchwert in Höhe von EUR 4.682,2 Mio. (Vorjahr EUR 5.010,6 Mio.) sowie die Darlehensverbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin für die Förderprogramme im Städtebaulichen Denkmalschutz mit einem Buchwert in Höhe von EUR 42,2 Mio. (Vorjahr EUR 44,5 Mio.) ausgewiesen. Die Darlehensverbindlichkeiten dienen der Refinanzierung von Förderdarlehen im Segment Immobilienförderung und werden nach den von der IBB erzielten Zins- und Tilgungsaufkommen aus den Förderdarlehen verzinst und getilgt. Für die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin ergibt sich ein Zeitwert in Höhe von EUR 3.421,4 Mio. (Vorjahr EUR 3.080,8 Mio.). Weitere Angaben zu den Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin werden bei der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (52) gemacht.

(64) Ergebnis nach Bewertungskategorien

Die Nettoergebnisse der einzelnen Bewertungskategorien ergeben sich wie folgt:

2012:

in Mio. EUR	LAR	LAC	AFS	FVO	HfT	Gesamt
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-5,2	0,0	0,0	0,0	0,0	-5,2
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten						
Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	0,8	-26,1	-25,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	-15,2	0,0	0,0	-15,2
sonstiges betriebliches Ergebnis	-0,1	-0,2	0,0	0,0	0,0	-0,3
erfolgsneutral erfasste						
Ergebnisbestandteile	0,0	0,0	94,5	0,0	0,0	94,5
Gesamt	-5,3	-0,2	79,3	0,8	-26,1	48,5

2011:

in Mio. EUR	LAR	LAC	AFS	FVO	HfT	Gesamt
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1,9	0,0	0,0	0,0	0,0	-1,9
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten						
Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	-107,2	-56,1	-163,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	-16,9	0,0	0,0	-16,9
sonstiges betriebliches Ergebnis	-0,6	-0,1	0,0	0,0	0,0	-0,8
erfolgsneutral erfasste						
Ergebnisbestandteile	0,0	0,0	9,4	0,0	0,0	9,4
Gesamt	-2,5	-0,1	-7,5	-107,2	-56,1	-173,4

Das ausgewiesene sonstige betriebliche Ergebnis betrifft Abgangsergebnisse (Kategorie LAC) bzw. gebildete Wertberichtigungen auf sonstige Forderungen.

Für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Zeitwert bewertet werden, ergeben sich folgende Gesamtzinserträge und Gesamtzinsaufwendungen:

in Mio. EUR	2012	2011
Zinsaufwendungen	165,4	225,1
Zinserträge	417,1	468,0

(65) Bewertungsverfahren bei zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Die Buchwerte der in der Bilanz zum Zeitwert angesetzten Finanzinstrumente wurden mittels folgender Stufen der Bewertungshierarchie ermittelt:

in Mio. EUR	Level 1:		Level 2:		Level 3:		Gesamt	
	Quotierte Marktpreise		Bewertung basierend auf beobachtbaren Marktdaten		Bewertung nicht basierend auf beobachtbaren Marktdaten			
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte								
zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)								
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	408,4	514,2	0,0	0,0	408,4	514,2
Finanzanlagen	2.110,7	1.844,7	42,7	29,5	3,1	5,6	2.156,5	1.879,8
positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	0,0	0,0	755,9	536,6	0,0	0,0	755,9	536,6
Finanzanlagen (AFS)								
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.599,1	2.174,9	171,1	204,7	0,0	0,0	1.770,2	2.379,6
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
Beteiligungen	0,0	0,0	0,5	0,2	0,0	0,0	0,5	0,2
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen								
zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	925,8	800,4	0,0	0,0	925,8	800,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	0,0	1.145,7	887,0	0,0	0,0	1.145,7	887,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.497,1	1.562,3	254,9	144,3	0,0	0,0	1.752,0	1.706,6
negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT) ¹	0,0	3,9	949,2	722,8	0,0	0,0	949,2	726,7

¹ Vorjahreszahlen für das Level 2 und die Gesamtsumme angepasst, siehe Angabe (25)

Bei den Finanzinstrumenten des Levels 3 handelt es sich ausschließlich um Beteiligungen der in den Konzernabschluss einbezogenen VC-Gesellschaften.

Die Überleitungsrechnung für Finanzinstrumente, deren Fair Value-Bewertung im Level 3 erfolgt, stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Beteiligungen AFV
Stand zum 01.01.2011	5,0
Käufe	2,7
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	-5,9
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	6,9
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	-3,0
Stand zum 31.12.2011	5,7
Verkäufe	-0,1
Käufe	0,7
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	-3,7
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	3,0
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	-2,4
Stand zum 31.12.2012	3,1
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2011 bilanzierten Beständen	-5,9
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2012 bilanzierten Beständen	-3,7

Die Umgliederungen in das Level 3 erfolgten bei der Berücksichtigung von Ab- bzw. Zuschlägen im Rahmen der Bewertung der Beteiligungen, beispielsweise mangels aktueller Daten aus Finanzierungsrunden, sowie bei einer vollständigen Abschreibung im Falle einer drohenden Insolvenz. Für die aus dem Level 3 umgegliederten Beteiligungen konnte auf den Ansatz von Ab- bzw. Zuschlägen verzichtet werden.

(66)Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Kredite und Forderungen und finanzielle Verbindlichkeiten

Der Konzern hat Kredite und Forderungen der Kategorie AFV zugeordnet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Schuldscheindarlehen, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden.

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
maximales Ausfallrisiko von erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Krediten und Forderungen		
Forderungen an Kunden	408,4	514,2

Das maximale Ausfallrisiko entspricht dem Buchwert.

Daneben wurden finanzielle Verbindlichkeiten der Kategorie LFV zugeordnet. Hierbei handelt es sich um Namenspapiere und Emissionen, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden.

Aus der Änderung des Kreditrisikos resultierten Änderungen der Zeitwerte in folgender Höhe:

in Mio. EUR	Berichtszeitraum		Kumuliert	
	2012	2011	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kunden ¹	4,8	-1,9	3,8	-0,2
Finanzielle Verbindlichkeiten ¹	72,4	-49,3	-26,2	-98,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst, siehe Angabe (25).

Die Ermittlung des Anteils der Änderungen der Zeitwerte, die auf Änderungen des Kreditrisikos zurückzuführen sind, erfolgt durch Erhebung der Änderungen der Zeitwerte, die nicht auf Änderungen der Marktbedingungen zurückzuführen sind.

Die folgende Übersicht enthält die Buchwerte (ohne anteilige Zinsen zum Stichtag) und die vertraglich bedingten, bei Fälligkeit zu zahlenden Beträge von erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen:

in Mio. EUR	Zeitwert (Buchwert)		Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	907,4	783,2	820,0	740,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.124,3	865,9	981,3	801,4
verbriefte Verbindlichkeiten	1.734,0	1.688,6	1.655,0	1.655,0
Gesamt	3.765,7	3.337,8	3.456,3	3.196,4

Sonstige Angaben

(67) Eigenkapitalmanagement

Das Eigenkapitalmanagement der IBB umfasst die Planung und Steuerung der aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Eigenmittel der Bank, die Kapitalallokation, die Überwachung und Steuerung der Risikoposition und die Einhaltung der Risikolimits.

Im Einklang mit den MaRisk müssen die wesentlichen Risiken der Bank durch das Risikodeckungspotenzial fortlaufend abgedeckt sein, damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist mit dem Ziel einer dem spezifischen Risikoprofil der Bank angepassten Risiko- und Kapitalsteuerung. Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil der Bank betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

Die Zielfunktion der wertorientierten Risikotragfähigkeit ist die Steuerung des Risikokapitals zur Sicherstellung eines langfristigen Going-Concern der Bank. Zur Bestimmung der wertorientierten Risikotragfähigkeit wird regelmäßig das Verlustrisiko ermittelt und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt.

Mit dem Berichtsstichtag 30. Juni 2012 erfolgte die Umstellung des Risikomodells zur Quantifizierung der Adressrisiken auf den Mark-to-Model-Modus (MtM-Modus). Mit der Einführung des Risikomodells im MtM-Modus wird die bisher angewandte reine Verlustsicht auf das Adressrisiko durch eine Performancesicht ersetzt. Im Rahmen dieser wertorientierten Bestimmung des Adressrisikos werden für die Positionen des Geld- und Kapitalmarktportfolios auch potenzielle Wertänderungen aufgrund von Bonitätsmigrationen berücksichtigt, die nicht unmittelbar an Ausfallereignisse gebunden sind.

(68) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der IBB-Institutsguppe werden nach den Vorschriften der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Danach ist die Gruppe verpflichtet, im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern, insbesondere im Interesse der Sicherheit

der ihnen anvertrauten Vermögenswerte, eine angemessene Eigenmittelausstattung zu gewährleisten.

Die Eigenmittel der Institutsgruppe gemäß § 10a KWG nach dem Stand bei Geschäftsschluss (vor Feststellung der Einzelabschlüsse nach nationaler Rechnungslegung) stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
eingezahltes Kapital	306	306
offene Rücklagen	415	415
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	144	144
abzüglich:		
Bilanzverlust	-12	-10
immaterielle Anlagewerte	-1	-1
Buchwert der auf die gruppenangehörigen Unternehmen entfallenden Kapitalanteile und Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	-97	-97
Kernkapital	755	757
Vorsorgereserven nach § 340f HGB	117	116
längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten	0	0
Ergänzungskapital	117	116
abzüglich:		
Beteiligungen gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 KWG	-1	0
haftendes Eigenkapital/Eigenmittel für Solvabilitätszwecke	871	873

Der IBB-Konzern ist nach der Solvabilitätsverordnung verpflichtet, seine Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken sowie das operationelle Risiko zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen. Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Adressenausfallrisiken	330	348
Marktpreisrisiken	0	0
operationelle Risiken	28	26
Kapitalanforderungen	358	374
Kernkapitalquote in %	16,9	16,2
Gesamtkennziffer in %	19,5	18,7

Gemäß der Solvabilitätsverordnung darf die Kernkapitalquote (Kernkapital/gewichtete Risikoaktiva) 4 % und die Eigenkapitalquote (haftendes Eigenkapital/gewichtete Risikoaktiva) bzw. die Gesamtkennziffer (anrechenbare Eigenmittel/Summe aus den gewichteten Risikoaktiva und dem Anrechnungsbetrag der operationellen Risiken) 8 % nicht unterschreiten. Diese aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

(69) Finanzgarantien und andere Verpflichtungen

Die in der Übersicht angegebenen Finanzgarantien und Kreditzusagen stellen die Nominalwerte der jeweils eingegangenen Verpflichtungen abzüglich der in der Bilanz ausgewiesenen Risikovorsorge dar.

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Finanzgarantien		
Kreditbürgschaften, Ausfallgarantien und sonstige Gewährleistungen	109,0	178,1
andere Verpflichtungen		
unwiderrufliche Kreditzusagen	975,6	921,1
Gesamt	1.084,6	1.099,2

Bei den außerbilanziellen Verpflichtungen des IBB-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die aus eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln die möglichen Verpflichtungen bei der vollständigen Ausnutzung der eingeräumten Kreditzusagen wider.

(70) Treuhandgeschäfte

Die IBB verwaltet Treuhandvermögen für die Kreditanstalt für Wiederaufbau, für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie als Verwalter des ERP-Sondervermögens sowie für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und für das Land Berlin.

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Land Berlin	69,9	72,4
EFRE-Mittel	53,7	40,5
Kreditanstalt für Wiederaufbau	0,4	0,8
ERP-Sondervermögen	0,0	1,0
Gesamt	124,0	114,7

Diese in der Bilanz nicht ausgewiesenen Treuhandgeschäfte setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kunden		
Wohnungsbau	29,2	35,0
Wirtschaftsförderung	41,4	31,3
Beteiligungen		
Wirtschaftsförderung	53,4	48,4
Treuhandvermögen Gesamt	124,0	114,7
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,4	0,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	123,6	113,9
Treuhandverbindlichkeiten gesamt	124,0	114,7

(71) Angaben zu Leasingverhältnissen

Der IBB-Konzern als Leasingnehmer

In den folgenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
bis 1 Jahr	1,6	2,1
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	1,5
mehr als 5 Jahre	0,0	0,0
Gesamt	1,7	3,6

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag künftige Mindestzahlungen (bis in das Jahr 2013) in Höhe von EUR 0,4 Mio. (Vorjahr EUR 1,0 Mio.) erwartet.

Die erfolgswirksam erfassten Mindestleasingzahlungen betrugen EUR 1,2 Mio. (Vorjahr EUR 1,2 Mio.).

(72) Sonstige Haftungsverhältnisse

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft Berlin AG und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen

den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die Investitionsbank Berlin am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist nach Artikel 60 der Detailvereinbarung ein Festbetrag von jährlich EUR 15,0 Mio. zu zahlen. Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die Investitionsbank Berlin an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht.

Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung. Unter die Detailvereinbarung fallen in der Bilanz zum 31. Dezember 2012 als Kommunalkredite ausgewiesene Darlehen in Höhe von EUR 1.712,1 Mio. (i.V.: EUR 1.868,8 Mio.), für die offene Auszahlungsverpflichtungen in Höhe von EUR 92,5 Mio. (i.V.: EUR 87,1 Mio.) bestehen, sowie Bürgschaften in Höhe von EUR 8,2 Mio. (i.V.: EUR 2,5 Mio.).

Zum Stichtag bestanden offene Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG in Höhe von EUR 8,4 Mio. sowie aus der Beteiligung an der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG in Höhe von EUR 9,1 Mio. Von den gezeichneten Kommanditanteilen an der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG in Höhe von EUR 10,0 Mio. wurde bis zum Stichtag ein Teilbetrag von EUR 4,9 Mio. von der geschäftsführenden Kommanditistin angenommen.

Aus einem Mietvertrag mit einer Laufzeit bis in das Jahr 2013 ergeben sich zukünftige Belastungen von nominal insgesamt EUR 1,5 Mio. (Vorjahr EUR 3,5 Mio.).

(73) Anteilsbesitzliste

Gesellschaft, Sitz	Anteile in Konzernbesitz in %	Ausübbares Stimmrecht im Konzern in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Vom 31.12.2012 abweichender Jahresabschluss
konsolidierte Tochterunternehmen					
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin	100,00	100,00	36	-12	
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,00	100,00	15.542	1.320	
IBB-Holding GmbH, Berlin	100,00	100,00	576	-305	
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG, Berlin	100,00	100,00	343	-542	
Immobilien-Gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin	100,00	100,00	-6.704	778	
ipal Gesellschaft f. Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	52,50	52,50	-10.434	-2.439	
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	10.938	1.361	
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	22.937	-579	
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	47.745	-1.901	
konsolidierte Spezial-Sondervermögen					
DeAM-Fonds IBB Corp	100,00	100,00	156.187	-1.128	
assoziierte Unternehmen - bewertet at-equity					
Berlin Partner GmbH, Berlin	45,00	45,00	1.157	97	
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin	25,00	20,60	799	28	
nicht konsolidierte Tochterunternehmen					
IBB Business Team GmbH, Berlin (vormals TCC Technologie-Coaching-Center GmbH) ¹	100,00	100,00	80	0	X
assoziierte Unternehmen – nicht at equity-bewertet					
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ¹	50,00	50,00	186	126	X
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ¹	25,20	25,20	1.582	154	X
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsges. mbH, Berlin ¹	25,20	25,20	31	1	X
sonstige Beteiligungen der IBB					
Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin ^{1, 2}	19,92	20,00	2.248	-101	

Gesellschaft, Sitz	Anteile in Konzernbesitz in %	Ausübbares Stimmrechte im Konzern in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Vom 31.12.2012 abweichender Jahresabschluss
Beteiligungen der VC-Portfolien von mindestens 20 %³					
ALRISE Biosystems GmbH, Berlin ¹	26,86	26,86	179	-678	X
BioGenes GmbH, Berlin ¹	20,02	20,02	264	-3	X
C'est tout GmbH, Berlin ¹	30,00	30,00	173	-105	X
cloudControl GmbH, Berlin ¹	20,01	20,01	79	-380	X
DirectPhotonics Industries GmbH, Berlin ¹	25,00	25,00	124	-171	X
Eagleyard Photonics GmbH, Berlin ¹	28,34	28,34	395	4	X
Eternygen GmbH, Berlin ⁴	24,32	24,32	—	—	
HTM Reetz Hochtemperaturmaterialien und -geräte GmbH, Berlin ¹	30,00	30,00	359	123	X
LAX GmbH, Berlin ¹	25,00	25,00	-336	-1.133	X
Limmer Laser GmbH, Berlin ¹	25,10	25,10	197	-41	X
Luceo Technologies GmbH, Berlin ¹	24,80	24,80	-107	-18	X
Match Technologies GmbH ¹	21,50	21,50	158	-258	X
MikroM Mikroelektronik für Multimedia GmbH, Berlin ¹	23,47	23,47	-1.663	-459	X
Move & Traffic Controls GmbH, Berlin ¹	34,42	34,42	-870	-97	X
MyGall GmbH, Berlin ¹	30,00	30,00	-298	-302	X
optricon Entwicklungsgesellschaft für Optische Technologien mbH, Berlin ¹	22,00	22,00	393	-417	X
PACE Aerospace Engineering and Information Technology GmbH, Berlin ¹	27,04	27,04	1.463	501	X
PictureTree International GmbH, Berlin ⁴	20,02	20,02	—	—	

¹ Jahresabschluss nach HGB

² kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine Mitwirkung an der Geschäfts- und Dividendenpolitik, keine faktische Einflussnahme. Widerlegung IAS 28.7)

³ Für Beteiligungen der VC-Gesellschaften, die die Kriterien eines assoziierten Unternehmens erfüllen, wurde von der Ausnahmeregelung des IAS 28.1 Gebrauch gemacht.

⁴ Gesellschaft in 2012 gegründet

Sofern die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2012 noch nicht vorlagen, beziehen sich die dargestellten Werte jeweils auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011.

(74) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Der Konzern zählt zu den nahe stehenden juristischen Personen nach IAS 24 den alleinigen Anteilseigner der IBB, das Land Berlin (und dessen Mehrheitsbeteiligungen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen), sowie Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen (vgl. Angabe (73)). Als nahe stehende natürliche Personen gemäß IAS 24 werden die Mitglieder des Vorstands des Verwaltungsrates der IBB sowie deren nahe Familienangehörige definiert (vgl. Angabe (78)).

Der Konzern nimmt für die mit dem Land Berlin bestehenden Geschäftsvorfälle die Befreiungsvorschrift des IAS 24.25 in Anspruch. Dargestellt werden gemäß IAS 24.26 die Art und Höhe der Geschäftsvorfälle, die für sich genommen signifikant sind und der qualitative oder quantitative Umfang von Geschäftsvorfällen, die zwar nicht für sich genommen, aber in ihrer Gesamtheit signifikant sind.

Die Bestände resultierend aus Transaktionen (ohne die im Rahmen der Konsolidierung zu eliminierenden Geschäfte) mit nahe stehenden Unternehmen und Personen setzen sich zum 31. Dezember 2012 wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	Land Berlin		Tochter- unternehmen	Assoziierte Unternehmen
	Mehrheits- beteiligungen	Assoziierte Unternehmen		
AKTIVA				
Forderungen an Kunden	2.703,5	304,0	0,0	0,4
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	61,6	0,0	0,0	9,3
Finanzanlagen	54,2	0,0	0,1	0,0
nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	0,0	0,0	0,0	0,7
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.853,8	0,0	0,0	0,0
Rückstellungen	48,6	0,0	0,0	6,9

Zum 31. Dezember 2011:

in Mio. EUR	Land Berlin		Tochter- unternehmen	Assoziierte Unternehmen
	Mehrheits- beteiligungen	Assoziierte Unternehmen		
AKTIVA				
Forderungen an Kunden	1.919,2	133,0	0,0	0,4
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	59,2	0,0	0,0	6,3
Finanzanlagen	53,2	0,0	0,1	0,0
nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	0,0	0,0	0,0	0,7
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.222,7	0,0	0,2	0,0
Rückstellungen	45,8	0,0	0,0	7,0

Die mit dem Land Berlin abgeschlossenen Geschäfte im Berichtsjahr erfolgten im festgelegten Rahmen des Investitionsbankgesetzes. Die IBB darf zur Durchführung ihrer Aufgaben Darlehen, Zuschüsse und andere Finanzierungsformen gewähren und verwalten, Bürgschaften und andere Gewährleistungen übernehmen und verwalten, Unternehmen gründen, Beteiligungen an Unternehmen eingehen, Unternehmensbeteiligungen verwalten und sonstige im Zusammenhang mit Beteiligungen stehende Geschäftsbesorgungen erbringen sowie Beratungs- und sonstige Dienstleistungen wahrnehmen, die in direktem Zusammenhang mit ihrem Fördergeschäft stehen (§ 6 Investitionsbankgesetz).

Die Beziehung zum Land Berlin ist weitgehend im mit der damaligen Wohnungsbaukreditanstalt geschlossenen Vertrag vom 18./30. November 1966 in der Fassung vom 25. November/24. Dezember 1981 („Grundvertrag“) geregelt. Der Vertrag ist aufgrund der in § 3 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Berlin vom 25. November 1992 bzw. in § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Abspaltung der Investitionsbank Berlin aus der Landesbank Berlin vom 25. Mai 2004 geregelten Überführung der WBK zuerst auf die LBB und dann auf die selbstständige IBB durch Gesamtrechtsnachfolge weiterhin bindend.

Die Forderungen gegenüber dem Land Berlin resultieren im Wesentlichen aus im Rahmen der Immobilienfinanzierung von der IBB verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften im Beteiligungskreis des Landes Berlin gewährten Darlehen (EUR 1.462,8 Mio., Vorjahr EUR 1.448,8 Mio.) sowie aus der Finanzierung der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe AöR (EUR 659,1 Mio., Vorjahr EUR 0,0 Mio.). Des Weiteren werden Forderungen gemäß § 8 des Grundvertrags aus der Erstattung des Schuldendienstes für von der IBB am Kapitalmarkt aufgenommene Mittel ausgewiesen (EUR 400,9 Mio., Vorjahr EUR 440,2 Mio.).

Vom Land Berlin wurden Schuldscheindarlehen in Höhe von EUR 44,4 Mio. (Vorjahr EUR 43,5 Mio.) und Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von EUR 71,3 Mio. (Vorjahr EUR 68,9 Mio.) erworben, die unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten sowie Finanzanlagen ausgewiesen werden.

Unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten werden daneben Beteiligungsportfolios ausgewiesen, die assoziierte Unternehmen der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, der VC Fonds Berlin GmbH, der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und der VC Fonds Technologie Berlin GmbH enthalten.

Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile betreffen die Berlin Partner GmbH und die Berlin Tourismus & Kongress GmbH.

Bezüglich der Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin verweisen wir auf die Erläuterungen unter Angabe (52). Die Verbindlichkeiten enthalten Termingeldeinlagen des Landes Berlin in Höhe von EUR 35,2 Mio. (Vorjahr EUR 71,3 Mio.).

Die Rückstellungen gegenüber dem Land Berlin in Höhe von EUR 48,6 Mio. (Vorjahr EUR 45,8 Mio.) resultieren im Wesentlichen aus vom Land Berlin für die VC Fonds Berlin GmbH, die VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und die VC Fonds Technologie Berlin GmbH ausgereichten Zuwendungen, die am Ende der Vertragslaufzeit erfolgsabhängig an das Land zurückzuzahlen sind. Die Rückstellungen gegenüber den assoziierten Unternehmen betreffen Förderleistungen für die Berlin Partner GmbH und die Berlin Tourismus & Kongress GmbH.

Bezüglich der „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (Detailvereinbarung) verweisen wir auf die Angabe (72).

Zur Reduzierung der durch die Detailvereinbarung abgeschirmten Risiken wurden Eigenkapitalanteile an geschlossenen Immobilienfonds durch eine Zweckgesellschaft (FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH) im Treuhandwege für die LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV) von den Fondszeichnern in bislang fünf Fondsanteilserwerben zurückgekauft. Für die gezahlten Kaufpreise hat die LPFV im Rahmen der Erfüllungsübernahme der Detailvereinbarung einen Ausgleichsanspruch gegenüber dem Land Berlin. Die LPFV hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, diese Ausgleichsansprüche mit vorheriger Zustimmung des Landes Berlin im Wege von einrede- und einwendungsfreien Forfaitierungen an die IBB zu veräußern. Gemäß der „Vereinbarungen über die Forfaitierung von Ausgleichsansprüchen“ vom 20. Dezember 2007, 12. Dezember 2011 sowie 26. September 2012 hat sich die IBB zum Forde-rungsankauf der in den Jahren 2008 bis 2013 entstehenden Erstattungsansprüche der LPFV gegenüber dem Land Berlin bis zu einer Höhe von insgesamt max. EUR 867,0 Mio. verpflichtet. In Höhe der noch nicht an die IBB abgetretenen Ansprüche bestehen Kreditzusagen gegenüber dem Land Berlin in Höhe von EUR 241,3 Mio. (Vorjahr EUR 109,9 Mio.). Daneben bestehen Kreditzusagen an Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin in Höhe von EUR 169,5 Mio. (Vorjahr EUR 171,6 Mio.).

Die Finanzgarantien enthalten Verpflichtungen aus Bürgschaften gegenüber Mehrheitsunternehmen und assoziierten Unternehmen des Landes Berlin in Höhe von EUR 28,2 Mio. (Vorjahr EUR 74,7 Mio.).

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung erfolgte durch die IBB die treuhänderische Vergabe von Darlehen und Übernahme von Beteiligungen an assoziierten Unternehmen in Höhe von EUR 3,0 Mio. (Vorjahr EUR 3,1 Mio.).

Im Bereich der Immobilienförderung bestehen Bürgschaften des Landes Berlin gegenüber Gesellschaften des Beteiligungskreises des Landes Berlin in Höhe von EUR 107,9 Mio. (Vorjahr EUR 124,9 Mio.). Die Bearbeitung und Verwaltung der Bürgschaften hat die IBB als Dienstleister für das Land Berlin übernommen.

Transaktionen mit Gemeinschaftsunternehmen des Landes Berlin bestanden nicht.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der IBB wurden alle Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

(75) Bezüge und leistungsorientierte Pensionszusagen der Organe

An den Vorstand und den Verwaltungsrat wurden im Geschäftsjahr 2012 bzw. im Vorjahr folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	Vorstand		Verwaltungsrat	
	2012	2011	2012	2011
Bezüge der Organe				
Gehälter und kurzfristig fällige Leistungen			301	291
Kissing, Ulrich	526	521		
Dr. Schneider, Frank ¹	335	333		
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses				
Rückstellung für leistungsorientierte Pensionszusagen	0	0	—	—
Beiträge an beitragsorientierte Versorgungspläne	50	50	—	—
Bezüge früherer Organmitglieder oder deren Hinterbliebener				
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	517	522	—	—
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Rückstellung für leistungsorientierte Pensionszusagen)	7.009	6.345	—	—

¹ Vorjahreszahl angepasst, siehe Angabe (25)

Die laufenden Gehaltsbestandteile 2012 für Herrn Kissing und Herrn Dr. Schneider enthalten jeweils variable Vergütungsanteile in Höhe von TEUR 96 für das Geschäftsjahr 2011.

Die Zahlung der variablen Erfolgsvergütung erfolgt auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Sie berücksichtigt sowohl die Gesamtleistung als auch individuelle Ziele. Hierzu gehören u. a. die wirtschaftliche Ertragskraft der Bank als auch strategische Ziele.

Bei einer Zielerreichung von 100% ist die variable Erfolgsvergütung im vollen Umfang in Höhe der Vorjahresvergütung festzusetzen. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

(76) Geschäftsvorfälle mit Organen

Mitgliedern des Vorstandes oder des Verwaltungsrates wurden folgende Kredite gewährt:

in TEUR	31.12.2012	31.12.2011
Kredite an Mitglieder des Vorstandes	0	0
Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrates	11	11
Gesamt	11	11

Die Kredite wurden zu folgenden Konditionen und Bedingungen gewährt:

Konditionen	
Nominalzinsen	6,0 % p.a.
Verwaltungskostenbeitrag	0,5 % p.a.
Bedingungen	
Laufzeit	30.12.1993–30.06.2033
Annuitätische Tilgung	2,0 % p.a.
Tilgungsbeginn	01.07.2010
Sicherheiten	Haftung Land Berlin gemäß § 3 Abs. 2 Grundvertrag Grundschild

(77) Corporate Governance

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der Investitionsbank Berlin vom 2. September 2004 in der Fassung vom 7. September 2010 wenden der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) wurden am 17. Februar 2009 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der Investitionsbank Berlin veröffentlicht.

(78) Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der IBB

Vorstand	
Ulrich Kissing	Vorsitzender des Vorstands
Dr. Frank Schneider	Mitglied des Vorstands
Verwaltungsrat	
Cornelia Yzer (seit 23. Oktober 2012, Vorsitzende seit 29. November 2012)	Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin
Sybille von Obernitz (17. Januar bis 11. September 2012, Vorsitzende 14. Februar bis 11. September 2012)	Senatorin a.D. für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin
Harald Wolf (Vorsitzender bis 17. Januar 2012)	Senator a.D. für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin
Michael Müller (seit 17. Januar 2012, stellv. Vorsitzender seit 14. Februar 2012)	Senator für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin
Ingeborg Junge-Reyer (stellv. Vorsitzende bis 9. Januar 2012)	Senatorin a.D. für Stadtentwicklung des Landes Berlin
Dr. Margaretha Sudhof (seit 20. März 2012)	Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
Dr. Ulrich Nußbaum (bis 6. März 2012)	Senator für Finanzen des Landes Berlin
Prof. Dr. Liane Buchholz	Leiterin der Management-Akademie der Sparkassen-Finanzgruppe des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. und Dozentin der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Karin Dietz	Freie Beraterin Diplom-Ingenieurin
Dr. Dietrich Rümker	ehem. Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Schleswig-Holstein
Michael Bomke	Vorsitzender des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Natalie Raulf (bis 31. Dezember 2012)	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Peter Lobanow (bis 31. Dezember 2012)	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Nadja Bernstein (seit 1. Januar 2013)	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Sven Hoffmann (seit 1. Januar 2013)	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin

(79) Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2012	2011
Vollzeitbeschäftigte	458	469
Teilzeitkräfte	163	186
Auszubildende	35	36
Gesamt	656	691

(80) Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr 2012 wurde im Aufwand ein Gesamthonorar von TEUR 451 erfasst. Davon entfallen auf die Abschlussprüfung TEUR 294, auf andere Bestätigungsleistungen TEUR 23 und auf sonstige Leistungen TEUR 134.

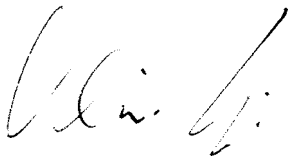
(81) Übrige sonstige Angaben

Der Konzernabschluss, bestehend aus Konzern-Bilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzern-Anhang sowie ergänzend dem Konzernlagebericht, wurde vom Vorstand der IBB aufgestellt.

Der Vorstand hat den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht am 4. März 2013 zur Weitergabe an den Verwaltungsrat freigegeben. Der Verwaltungsrat wird am 25. März 2013 tagen. Er hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt.

Berlin, 4. März 2013

Der Vorstand



Ulrich Kissing



Dr. Frank Schneider

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Investitionsbank Berlin, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 4. März 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

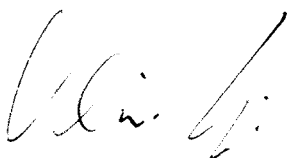
Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Dr. Nicole Bradsch
Wirtschaftsprüferin

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, den 04. März 2013



Ulrich Kissing
Vorsitzender des Vorstands



Dr. Frank Schneider
Mitglied des Vorstands

Impressum

– *Herausgeber*

Investitionsbank Berlin
Vorstandsstab Unternehmenskommunikation
Bundesallee 210
10719 Berlin
Telefon: 030 / 21 25 - 0
Telefax: 030 / 21 25 - 20 20
www.ibb.de

– *Gestaltung*

Adjouri Brand Consultants GmbH
Feurigstraße 54
10827 Berlin
www.adjouri.com

└ Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

└ Telefon: 030 / 2125 - 0
└ Telefax: 030 / 2125 - 2020
└ Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125 - 4747

└ www.ibb.de

